08&09 | 2023

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

POLITIK

Tempo 30 im Ortsgebiet

Seite 26

SICHERHEIT

Der grüne Abbiegepfeil

Seite 54

URBAN FUTURE

In nachhaltigen Ideen schwelgen

Seite 84

Das enorme Potenzial „ungenutzter Flächen“

Der Traum vom Einfamilienhaus ist für die Bodennutzung ein Albtraum. Häuser gäbe es mehr als genug. **Ein Megathema unter dem Radar.** **Seite 12**

FOTO // bilanol - stock.adobe.com

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

Österr. Kommunal-Verlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M

KOMMUNAL.Webinare

NEUE REIHE

Menschliche Professionalität in der Kommunalverwaltung

4 Module
Ab 13.9.2023

Der erfahrene Führungskräftetrainer und Kommunikationsexperte Alexander Riedler behandelt die diversen Menschentypen und das damit verbundene Führungsverhalten.
Woraus sich die Autorität einer Führungskraft speist, wann Grenzüberschreitungen angesprochen werden sollten und warum Authentizität nicht das Maß aller Dinge ist.

Holen Sie sich Wissen für Ihre Gemeinde auf kommunal.at/webinare

Melden Sie sich dort auch direkt für unseren Webinar-Newsletter an, um keine Termine zu verpassen!

KOMMUNAL
GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

KAUFMANN UND DIRNBERGER ÜBERNEHMEN AGENDEN

Wir konzentrieren uns **auf die FAG-Verhandlungen**

Im Juli haben zahlreiche Medienberichte rund um ein Wohnprojekt in der Gemeinde Grafenwörth viel Staub aufgewirbelt. Am 25. Juli fand eine außerordentliche Sitzung des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes statt, bei der Alfred Riedl die diskutierten Themen rund um seine Person ausführlich erklärte. Ein großer Teil der Themen war und ist zwar seit bald zwei Jahren bekannt, dennoch haben neue Details um weitere Grundstückstransaktionen und eine Aufsichtsbeschwerde den Druck auf ihn weiter erhöht. Im Zuge dieser Sitzung hat Präsident Riedl seine Funktion ruhend gestellt, um unsere Interessensvertretung vom medialen Druck zu entlasten. Er will weiters die Ergebnisse der Aufsichtsbehörde bzw. des Landesrechnungshofes abwarten und sich dann auch öffentlich dazu erklären.

Wir beide haben gemeinsam auf Alfred Riedls Wunsch und mit Zustimmung des Präsidiums seine Aufgaben übernommen und führen nun gemeinsam die Geschäfte des Österreichischen Gemeindebundes. In den nächsten Wochen und Monaten stehen viele Themen an, die es im Sinne unserer 2.093 österreichischen Gemeinden zu bearbeiten gilt, wenn wir etwa an den Finanzausgleich oder die Bodenstrategie denken, wo von Riedl und dem starken Team im Büro des Gemeindebundes schon viel Vorarbeit geleistet wurde.

Wir konzentrieren uns jetzt gemeinsam auf die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen, wo der 100 Milliarden Euro schwere Steuerkuchen neu verteilt wird. Für die Gemeinden ist es zentral, nachhaltig die Mittel zu sichern, um all die Aufgaben, die unsere Landsleute von uns erwarten, weiterhin erfüllen zu können. Viele Gemeinden sind mit dem Blick auf die Teuerung schon jetzt kaum in der Lage, ihre wichtigen Zukunftsaufgaben ohne Hilfe von Bund und Ländern zu stemmen. Klar ist jedenfalls, dass die Gemeinden und Städte mehr Geld brauchen werden. Im Rahmen der gemeinsamen Präsidiumssitzung in Bad Aussee Ende August haben wir unsere Positionen zum Finanzausgleich und auch zum Thema Bodenverbrauch neuerlich debattiert und unsere Eckpunkte auch öffentlich kommuniziert.

Die Arbeit in vielen Gemeinden in unserem Land war in den letzten Wochen herausfordernd. Unwetter, Überschwemmungen, Vermurungen und Hangrutsche haben landauf und landab Einsatzkräfte und Gemeindevertreter auf Trab gehalten. Ein großes Danke an die Tausenden freiwilligen Helfer im ganzen Land, die gezeigt haben, was Gemeinde wirklich ausmacht: Gemeinschaft, Zusammenhalt und Zusammenstehen in guten wie in schlechten Zeiten.

> „In den nächsten Wochen und Monaten stehen viele Themen an, **die es im Sinne unserer 2.093 österreichischen Gemeinden zu bearbeiten gilt.“**

ANDREA KAUFMANN
Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes

ERWIN DIRNBERGER
Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an **leserbriefe@kommunal at**

EDITORIAL

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die Starkregenereignisse im August haben gezeigt, dass Gemeinden mehr sind als nur Verwaltungseinheiten. Sie sind das Herzstück unserer Gesellschaft und die ersten Verteidigungslinien in Zeiten der Krise.

Die Gemeinden in Kärnten und der Steiermark – und nicht nur dort – haben mit ihrer Entschlossenheit, Zusammenarbeit und Solidarität bewiesen, dass sie wahre Vorbilder sind. Es ist an der Zeit, ihre Leistungen anzuerkennen und von ihnen zu lernen, um unsere Gesellschaft widerstandsfähiger gegenüber den Herausforderungen des Klimawandels zu machen.

Die schnelle und effektive Reaktion der Gemeinden auf die Starkregenereignisse unterstreicht ihre Fähigkeit, Ressourcen effizient zu mobilisieren und verantwortungsbewusst mit Krisensituationen umzugehen. Die Solidarität der örtlichen Gemeinschaften und die Beteiligung der Freiwilligen während der Krise sind ein deutliches Zeichen für den starken Gemeinschaftsgeist in den Gemeinden.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen ist der Bund gut beraten, wenn er die finanzielle Unterstützung der Gemeinden auf angemessenem Niveau sichert und ihre strategische Bedeutung für die Gesellschaft, ihre Solidarität untereinander, weiter stärkt.

Ihre Redaktion von KOMMUNAL

KOMMUNAL 8&9/2023

IM FOKUS

Der unsichtbare Leerstand im Einfamilienhaus

Alle Einfamilienhäuser würden Platz genug für die ganze Bevölkerung bieten. Ein Megathema unter dem Radar. /12

FOTO // VisualArtStudio - stock.adobe.com

POLITIK & RECHT

Wie geht „Tempo 30 im Ortsgebiet“?

Eine Novelle soll Geschwindigkeitsbeschränkungen erleichtern. Aber es braucht auch Radarüberwachung, /27

FOTO // sz-designs/Stock.Adobe.com

Zwei Profis übernehmen das Ruder im Gemeindebund 30
Andrea Kaufmann und Erwin Dirnberger in zwei Kurzporträts

Starkes Zeichen für Frauen in der (Kommunal-)Politik 32
Das Bürgermeisterinnentreffen 2023 in St. Ulrich bei Steyr

Moldawien: Kleines Land mit großem Herz 36
Ein Feuerwehrprojekt für Freiwilligen-Strukturen im ärmsten Land Europas

Mit „Feuer und Flamme“ für die Feuerwehren 40
Feuerwehr-Präsident Robert Mayer im KOMMUNAL-Interview

Bei Kinderbetreuung „in die Gänge kommen“ 44
WKO-Chef Harald Mahrer fordert mehr Ausbau bei der Kinderbetreuung

(C) Frederick Sams / sams-foto.com

/ 54

Von der Kür zur Pflicht 62
Mehr und mehr rückt ein „geldwerter Aspekt“ von Nachhaltigkeit in den Fokus – und bringt finanzielle Vorteile

Bewältigung von Starkregen und Überflutungen 72
Vorbeugung und gute Infrastruktur helfen bei Katastrophenereignissen

„Es führt kein Weg mehr an Klimaresilienz vorbei“ 76
Gastkommentar von Lorenzo Marchetti, Spezialist für Critical Event Management

GESTALTEN & ARBEITEN

Rechtsabbiegen mit dem „Grünpfeil“ für Radfahrer

Welche Regelungen es für das „Rechtsabbiegen bei Rot“ für Radfahrer gibt: der „permanente Grünpfeil“

FOTO // Lepuschitz

LAND & LEUTE

Der Polit-Profi vom Bodensee

Martin Staudinger, Bürgermeister von Hard am Bodensee, im Porträt

/ 80

Urban Future: In nachhaltigen Ideen schwelgen 84
Drei Tage voller Ideen, Erkenntnissen und Impulsen in Stuttgart

Waldbrandgefahr: Prävention wird immer wichtiger 90
Auch Österreich ist von Trockenheit betroffen – und damit von Waldbrandgefahr

Termine / Personalia 96

Impressum 98

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Alpenländischer Kreditorenverband	94
Bundesministerium für Klimaschutz	50
Familie & Beruf GmbH	75
Gesundes Österreich	47
Hochfilzer GmbH & Co KG	65
InnoFit GmbH	69 & 71
IÖB Public Innovation	68
like2camp	60
McWERK GmbH	58
öGIG GmbH	70
oeticket	66
Österreichische Apothekerkammer	46
Österreichische Ärztekammer	48

KOMMENTAR

Kann die Gemeinde **in Konkurs gehen?**

FOTO // Ph. Monihard

Dass die Lage um die Staatsfinanzen nicht die beste ist, wissen aufmerksame Leserinnen und Leser aus vielfältigen Berichten. Dies ist immer dann der Fall, wenn mehr ausgegeben als eingenommen wird. Von ausgeglichenen Haushalten bzw. Überschüssen sind wir weit entfernt. Abgänge im Haushalt können nur durch Darlehensaufnahmen gedeckt werden. Die Darlehen müssen jedoch zurückgezahlt werden und belasten mit den – im Moment steigenden – Zinszahlungen zusätzlich die Budgets. Innerhalb der EU haben sich die Staaten einen Rahmen für eine zulässige Überschuldung gegeben. Dieser Rahmen wird auch auf nationalstaatlicher Ebene für alle Gebietskörperschaften umgesetzt.

Die letzten Jahre waren durch eine Reihe besonderer Krisen gekennzeichnet. Zuerst die Pandemie, dann der Ukraine-Krieg und letztlich die damit einhergehende Teuerung und eine Explosion der Energiekosten. Diese Sondersituationen haben zu einem Aussetzen des Stabilitätspaktes geführt, weil die meisten Staaten mehr ausgegeben haben, als sie einnehmen konnten. Dies führt naturgemäß zu höheren Defiziten. Wenn die Situation nicht zu Staatspleiten führen soll, gilt es jedoch wiederum einen Konsolidierungskurs einzuschlagen. Die Folgen von drohenden oder eingetretenen Staatspleiten sind bekannt. Argentinien oder Griechenland können als Beispiele dafür herangezogen werden. Die Konsequenzen möchte sich wohl keiner vorstellen.

Für eine Staatspleite gibt es keine besonderen Regelungen. Von der Staatspleite sind sämtliche öffentlichen Einrichtungen und Institutionen betroffen, von den Kindergärten über die Schulen, das öffentliche Gesundheitswesen und den Sozialbereich bis hin zur Justiz. Ein Nährboden für diktatorische Übernahmen der Staatsgewalt.

> „Von der Staatspleite sind sämtliche öffentlichen Einrichtungen und Institutionen betroffen, von den Kindergärten über die Schulen, das öffentliche Gesundheitswesen und den Sozialbereich bis hin zur Justiz. **Ein Nährboden für diktatorische Übernahmen der Staatsgewalt.“**

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an **leserbriefe@kommunal at**

Von der Staatspleite und der Auflösung des Gesamtstaates sind jedoch die Zahlungsunfähigkeiten von Teilgliedern des Staates wie den Gebietskörperschaften Länder und Gemeinden zu unterscheiden. Manchmal gelangen Länder, wie etwa Kärnten in der Vergangenheit, oder ab und zu auch Gemeinden in eine finanziell schwierige Situation. Dies kann vielfältige Ursachen haben. Zum einem sind es die immer steigenden Aufgaben, die den Gemeinden und auch Ländern zum Beispiel in der Elementarpädagogik, im Bildungs-, Gesundheits- oder Pflegebereich aufgebürdet werden, ohne die entsprechenden Mehraufwendungen abzudecken, die daraus entstehen. Ein weiterer Grund liegt aber auch in strukturellen Problemen oder schlechtem Wirtschaften.

Wenn es um die entsprechende finanzielle Ausstattung geht, so ist dies Gegenstand des Finanzausgleichs. Darüber wird gerade intensiv verhandelt und von Ländern und Gemeinden eine Änderung des vertikalen Verteilungsschlüssels (wie viel Prozent der Steuereinnahmen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zufließen) verhandelt. Mehraufgaben müssen auch abgegolten werden. Ohne die Mehrmittel können gewisse Leistungen künftig nicht erbracht werden. Dass nicht alle Gemeinden für ihre Bürger dieselben Leistungsangebote zur Verfügung stellen können, liegt auch an der unterschiedlichen finanziellen Ausstattung innerhalb der Gemeinden. Um diese Unterschiede zwischen den Gemeinden auszugleichen, sind ebenfalls Verhandlungen erforderlich. Doch auch hier gilt,

Eine echte Zahlungsunfähigkeit ist bei Gemeinden jedoch bisher noch nicht eingetreten. Noch keine Gemeinde ist in Konkurs gegangen."

dass gewisse Leistungen und Vorhaben bzw. Investitionen nicht getätigt werden dürfen, wenn die Gemeinden dafür keine finanziellen Mittel haben.

Was passiert aber, wenn sich Gemeinden nicht an diese Grundsätze halten? Nun, wenn mehr ausgegeben als eingenommen wird, dann erzeugt das im Budget einen Abgang. Abgangsgemeinden gibt es einige in Österreich. Hier greift zumeist die Gemeindeaufsicht ein und kann gewisse Sparmaßnahmen verhängen bzw. Förderungen gewähren. Für die Existenz der Gemeinde oder ihre Zahlungsfähigkeit hat das grundsätzlich keine Bedeutung. Durch Konsolidierungsmaßnahmen ist wiederum ein ausgeglichener Haushalt herbeizuführen. Vorhaben und Projekte müssen zurückgestellt werden, eine echte Zahlungsunfähigkeit ist bei Gemeinden jedoch bisher noch nicht eingetreten. Noch keine Gemeinde ist in Konkurs gegangen. Mit der Frage, ob dies rechtlich überhaupt möglich ist, hat sich Martin Huber im KOMMUNAL und online zuletzt intensiv auseinandergesetzt. Zwar wird eine grundsätzliche Insolvenzfähigkeit der Gemeinden nicht bestritten, im Gegensatz zu Privaten sind jedoch gewisse Vermögensbestandteile einer Gemeinde nicht exekutier- bzw. verwertbar bzw. hat eine Gemeinde laufende gesicherte Einnahmen aus ihren eigenen Steuern und Gebühren und aus den Ertragsanteilen.

Im Privatrecht bedeutet ein Konkurs eine kostensparende Vermögensverwertung eines zahlungsunfähigen Schuldners. Ziel ist die gleichmäßige Aufteilung des Vermögens auf die Gläubigerinnen und Gläubiger. Die Folgen des Konkurses im Privatrecht sind zumeist die Einstellung des Betriebes oder eine Betriebsübernahme durch einen Dritten. Ein Schuldenschnitt und eine Weiterführung der Geschäfte sind so nicht vorgesehen.

Bei Matrei in Osttirol haben Anwälte versucht, mit diesen zivilrechtlichen Folgen eines Schuldenschnitts zu spekulieren, da sie vielleicht der Auffassung sind, der „Betrieb" der Gemeinde könne ja wohl nicht eingestellt werden. Richtig ist, dass der Betrieb der Gemeinde zwar nicht eingestellt werden kann, ob die Gemeinde allerdings in ihrer bisherigen Form weiter existieren kann, ist durchaus fraglich. Von der Möglichkeit der Zwangsaufsicht mit vielfältigen Einschränkungen für die gewählte Gemeindevertretung bis hin zu einer Zwangsvereinigung stehen viele Möglichkeiten offen. Die fatalen Folgen auch für die anderen Gemeinden (Anstieg der Finanzierungskosten für alle Gemeinden) haben auch dazu geführt, dass unter Federführung des Landes ein Plan ausgearbeitet wurde, wie die Verbindlichkeiten der Gläubiger befriedigt werden können. Dass dazu auch die Gemeinde einen wesentlichen Beitrag leisten muss, ist klar. In der Vergangenheit hat man – wie Prüfberichte festgestellt haben – offensichtlich über die eigenen Verhältnisse gelebt. Überdimensionierte Infrastrukturprojekte haben wesentlich zur Überschuldung beigetragen. Dass die jetzigen Sparmaßnahmen auch für die Gemeinde einen Kraftakt erfordern, ist augenscheinlich. Er wird aber notwendig sein, um die Gemeinde wieder ins wirtschaftliche Gleichgewicht zu bringen. Dass dies möglich ist, hat zuletzt Wiener Neustadt bewiesen. Insofern ist die Frage nach der Konkursfähigkeit einer Gemeinde theoretisch vielleicht zu bejahen, in der Praxis aber zu verneinen.

DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

THEMA

Die ARGE Eigenheim, der Verband der „Gemeinnützigen Wohnbauträger“, läuft Sturm gegen die strengen Kreditvergaberichtlinien. Hintergrund ist, dass die 2022 von der Finanzmarktaufsicht erlassene Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-Verordnung) nahezu zeitgleich mit den Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank EZB schlagend wurde und zu massiven Einbrüchen am Wohnungsmarkt geführt hat. Unter anderem darf die Kreditrate laut KIM-Verordnung 40 Prozent des Einkommens nicht übersteigen.

„Die von der Finanzmarktaufsicht erlassene Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung **(KIM-Verordnung) schießt am Ziel vorbei**.“

Christian Struber,
Bundesobmann der ARGE Eigenheim

FOTO // Copyright by: FRANZ NEUMAYR Pres

„Einem jungen Paar, das über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 Euro verfügt, **ist es faktisch nicht möglich, Wohnungseigentum zu schaffen.“**

Derselbe

QUELLE: Aussendung Pressestelle ARGE Eigenheim; Rückfragen unter E-Mail: office@freecomm.cc

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

KATALONIEN // Recht auf „Oben ohne“

In Katalonien hat die Regionalregierung Ende Juni laut einem Bericht auf ORF News lokale Behörden darauf hingewiesen, dass auch Frauen ohne Oberteil das Schwimmbad besuchen dürfen. Eigentlich ist das Recht auf Schwimmen ohne Oberteil seit 2020 in einem Gleichstellungsgesetz verankert. Dennoch wurden Frauen seither immer wieder daran gehindert.
Das führte zu Beschwerden – viele davon stammten von einer feministischen Gruppierung namens Mugrons Lliures (Freie Nippel). Lokale Behörden wurden deshalb von der Abteilung für Gleichstellung und Feminismus der katalanischen Regierung dazu aufgerufen, jegliche Form der Diskriminierung zu verhindern.

orf.at/stories/3321865/

FOTO // stock.adobe.com

USA // Bürgermeisterin von Tampa angelt bei Ausflug 30 Kilo Kokain

„Was einem nicht alles ins Netz geht, wenn man in Florida fischen geht“, schreibt die „Kleine Zeitung“ am 10. August. Jane Castor, Bürgermeisterin der Stadt Tampa in Florida, angelte bei einem Ausflug bei der Inselkette Florida Keys 30 Kilo Kokain.
„Mein jüngerer Bruder hat ein Trümmerteil im Wasser gesehen“, sagte Castor, die anlässlich des Geburtstags eines ihrer Söhne in die Keys gereist war, dem Sender „Fox 13“. Die Familie näherte sich in der Hoffnung, dass der Schatten des vermeintlichen Trümmerteils Fische anlocken könnte. „Als wir näher kamen, sagte ich: ‚Oh, das ist wohl ein Kokain-Paket‘“, schilderte die 62-Jährige, die mehr als 30 Jahre bei der Polizei in Tampa gearbeitet hat und sechs Jahre Polizeichefin war.
Für die Familie sei es auch besonders schwierig gewesen, den Fang ins Trockene zu bringen. Das Paket war fast zu schwer, um es an Land zu hieven. Die Behörden veröffentlichten später ein Foto von dem Fund: In dem Paket befanden sich 25 mit Schmetterlingen verzierte Pakete mit Kokain. Laut der Polizei hat das gefundene Kokain einen Warenwert von 1,1 Millionen Dollar.

kleinezeitung.at/international/6313715/

MEXIKO // Bürgermeister heiratet zur Konflikt-Überwindung Krokodil

Seit 230 Jahren pflegen Indigene des Chontal-Volkes dieses Ritual. „Ich akzeptiere diese Verantwortung, weil wir uns lieben", sagte der Bürgermeister bei der Zeremonie. Das Krokodil trug einen grünen Rock, eine Tunika und einen Kopfschmuck aus Bändern. Laut Bürgermeister Víctor Hugo Sosa soll das seit 230 Jahren begangene Ritual dem Volk Wohlstand und Glück bringen. Sosa ist der Bürgermeister von San Pedro Huamelula, einem von Indigenen des Chontal-Volkes bewohnten Ort. Das Reptil mit Namen „Alicia Adriana" ist ein Kaiman, der in Mexiko und Mittelamerika heimisch ist.

FOTO // stock.adobe.com

www.faz.net/aktuell/gesellschaft/tiere/

HILFERUF: BÜRGERMEISTER UND GEMEINDERAT TRETEN GESCHLOSSEN ZURÜCK

Freisbach in der Südpfalz ist finanziell am Ende. Selbst für das Nötigste ist kein Geld mehr vorhanden. In diesem Fall für den dringend nötigen Neubau eines Kindergartens, der aus allen Nähten platzt. Und es ist nicht die einzige Sorge der Gemeinde. Seit Jahren fühlen sich Gemeinderat und Bürgermeister von der „großen Politik" im Stich gelassen. Am Abend (8. August) sind der Bürgermeister und der Gemeinderat geschlossen zurückgetreten – eine einmalige Protestaktion in Deutschland. Die ganze Geschichte und wie es nun weitergehen soll, lesen Sie in KOMMUNAL Deutschland.

kommunal.de/hilferuf-buergermeister-und-gemeinderat-sind-geschlossen-zurueckgetreten

KINDERGARTEN.
VOLKSSCHULE.
LANDESBANK.
FEUERWEHRHAUS.
RATHAUS.

Öffentliche Finanzierungen brauchen lange Erfahrung, hohe Kompetenz, Nähe und Zukunftsperspektive.
Effektive und budgetschonende Lösungen zur Portfoliosteuerung und attraktive All-inclusive-Leasingmodelle. Nachhaltig und zukunftsorientiert – für Gemeinden in ganz Österreich.
Ihr Ansprechpartner:
Leiter Öffentliche Finanzierungen
Dr. Christian Koch: 05 90 910
christian.koch@hyponoe.at

HYPO NOE

GESCHICHTE

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN – AUS UNSEREM ARCHIV

„Da waren's nur noch fünf"

„Die durchaus ernste Problematik der Kindergartentransporte droht zu einer Farce zu werden", meinte Gemeindebund-Generalsekretär Robert Hink in der Ausgabe 10/1998 von KOMMUNAL.

„Wären da nicht Kosten in Höhe dreistelliger (Schilling-)Millionenbeträge, könnte man ja darüber lachen", so Hink, „so aber fragt man sich, was sich der Gesetzgeber dabei eigentlich gedacht hat."
Der Hintergrund: Mit 1. Jänner 1999 tritt die neue Zählweise für Kinder nach § 106 Abs. 6 des Kraftfahrgesetzes KFG endgültig in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt darf pro Sitz „nur noch eine Person in den Kleinbussen befördert werden. Betreffend der Schülertransporte, welche bereits mit Beginn des Schuljahres 1998/99 entsprechend der Gesetzesänderung mit Beginn 1999 umorganisiert wurden, stellte der Familienminister fest, daß die daraus erwachsenden zusätzlichen Kosten in Höhe von 5200 Millionen Schilling* aus dem Familienlastenausgleichsfonds zur Verfügung gestellt werden und allfällige auftretende organisatorische Probleme in der Anlaufphase raschest möglich beseitigt werden. Dürfen künftig in einem neunsitzigen Kleinbus lediglich acht Schüler transportiert werden, so dürfen in demselben Kleinbus nur mehr fünf Kindergartenkinder geführt werden. Das Gesetz sieht nämlich vor,

Kindergartentransport: Vision 20107

Werbung
Post
Business

Mit EinfachWerben finden Sie neue Mitglieder im Handumdrehen.

Die **EinfachWerben** Self-Services der Post sind so einfach, dass aus Ihrem Verein Ihre eigene Werbeagentur wird. Ob Sie Ihre nächste Veranstaltung bewerben oder neue Mitglieder suchen: Sie gestalten Flyer und Online-Banner in wenigen Minuten selbst. Buchung und Versand beauftragen Sie mit ein paar Klicks.

Einfach ausprobieren: **post.at/einfachwerben**

daß die Kindergartenkinder nicht in der ersten Reihe befördert werden dürfen. Außerdem hat die Begleitperson für die transportierten Kindergartenkinder bei diesen in der zweiten oder dritten Reihe zu sitzen.“
Unabhängig von Beratungen zwischen dem zuständen Familienminister und dem Gemeindebund mussten jedoch die Gemeinden 1998 gemeinsam mit den Ländern unter den durch das Kraftfahrgesetz erschwerten Verhältnissen bis Ende 1998 die Kindergartentransporte neu organisieren – wenn auch nicht so wie in der Vision von KOMMUNAL-Zeichner Bruno Haberzettl.

* 5.200.000.000,00 Schilling (bzw. 377.898.737,67 Euro) zu Beginn des Jahres 1999 hätten zu Ende des Jahres 2023 einen Wert von 687.039.814,55 Euro unter Annahme der tatsächlichen Inflation in Österreich. Quelle: finanzrechner.at

Panik vor dem „Jahr 2000“

Im auslaufenden Jahr 1998 wurden auch erste Panik-Attacken vor dem „Jahr 2000“ spürbar. Das machte auch vor den Gemeinden und damit vor KOMMUNAL nicht halt.

„Bei der Frage geht es um die Problematik in vielen Software-Programmen, dass aufgrund fehlenden Vorausdenkens statt vollständiger vierstelliger Jahreszahlen nur eine zweistellige Zahl in unzähligen Programmen auch in Gemeinden eingeflossen sind.

Würde nicht sehr rasch gegengesteuert, was Unsummen kosten würde, droht ab dem Datumssprung 1999 auf 2000 eine digitale Katastrophe“, wie Regierungsrat Gustav Hafner, damals Vorsitzender der Studienkommission für das Rechnungswesen des österreichischen Gemeindebundes, in der Ausgabe 10/1998 von KOMMUNAL befürchtete.

Das führte unter anderem dazu, dass bereits im Ruhestand befindliche Programmierer, die in den „alten Computersprachen“ gearbeitet hatten, gesucht und quasi reaktiviert wurden, um den „Jüngsten Tag“ nach Möglichkeit überstehen zu helfen. Ihre wesentliche Aufgabe war die Fehlersuche im BIOS.

IM FOKUS

Bodenschutz auf Europäisch
Die Wiederherstellungsverordnung – ideologisch und emotional aufgeheizt //
SEITE 20

Heißes Eisen für die Landwirtschaft
Die Auswirkungen der WiederherstellungsVO //
SEITE 22

Wem gehört der Boden überhaupt?
Eine brisante Studie aus Vorarlberg zeigt, „wem das Ländle gehört“ //
SEITE 23

FOTO // Sunset Digital, von Verknüpfung

VISUALARTSTUDIO - stock.adobe.com

Der unsichtbare Leerstand im Einfamilienhaus

Einfamilienhäuser sind für die meisten Deutschen und Österreicher:innen der Traum von Selbstverwirklichung und Zeichen dafür, dass man es geschafft hat. Doch wird dieser Traum von einem Chor von Kritiker:innen begleitet, denn er ist untrennbar verknüpft mit Bodenversiegelung, sozialer Abgrenzung und Zersiedelung. Rund 17 Millionen Einfamilienhäuser stehen in Deutschland, circa 1,5 Millionen in Österreich, ausreichend Wohnraum für die gesamte Bevölkerung. Zu selten wird thematisiert, dass dieser riesige Bestand von relativ wenigen Menschen bewohnt wird. Das enorme Potenzial dieser ungenutzten Flächen – nicht nur was die Senkung des CO_2-Verbrauchs betrifft, sondern auch für die Wohnungsfrage – macht es zu einem Megathema unter dem Radar.

TEXT // TORSTEN KLAFFT & ROLAND GRUBER

Was ist problematisch an Einfamilienhäusern? Oftmals wird die Typologie des Einfamilienhauses grundsätzlich in Frage gestellt. Die Kritik am Einfamilienhaus begleitet schon seine gesamte Geschichte, doch die Beliebtheit der Wohnform lässt sich nicht leugnen. Der akute Handlungsdruck entsteht vielmehr dadurch, dass die bestehenden Häuser nicht ausreichend genutzt werden. Das führt dazu, dass immer weiter unversiegelte Flächen als Bauland ausgewiesen werden, obwohl die Einwohner:innenzahlen vielerorts eigentlich stagnieren. Während junge Familien nach Wohnraum suchen, leben in den bestehenden Einfamilienhäusern meist ältere Paare oder Einzelpersonen. Doch dieser Leerstand bzw. diese Unternutzung ist versteckt und die emotionale Bindung zum Eigenheim verdeckt die tatsächlichen Probleme. Es lohnt sich, sich dem Thema aus den drei Nachhaltigkeitsperspektiven zu nähern, um zu verstehen, auf welcher Ebene Lösungen ansetzen müssen.

Deutschland wie auch Österreich sind durch ländliche Räume geprägt. Rund 70 Prozent der Fläche und etwa 60 Prozent der Einwohner:innen sind bzw. leben in ruralen Gebieten, wo in den letzten Jahrzehnten Siedlungsentwicklung vorwiegend in Form von Einfamilienhäusern am Ortsrand stattfand, während gleichzeitig die Ortskerne ausbluteten. Es kann also von einer flächendeckenden Problematik gesprochen werden, denn es geschieht überall: Das Lebenswerk des eigenen Hauses wird im Alter zur Belastung ohne Ausweg. Einfamilienhäuser werden meist mit mehreren Kinderzimmern für junge Familien gebaut. Nach dem Auszug der Kinder stehen die Kinderzimmer leer. Häufig werden sie nicht einmal neu möbliert und umgenutzt, sondern warten als persönliches Gästezimmer auf den nächsten Besuch.[1] Für die Eltern, denen dann im besten Alter das gesamte Haus zur Verfügung steht, fühlt es sich selbstverständlich an, doch im höheren Alter ändert sich die Situation: Die Treppe ins Obergeschoß wird zum Hindernis, der Staub zentimeterhoch. Es wird immer schwieriger, den Garten zu bewirtschaften oder das Haus sauber zu halten. Der Bewegungsradius und der wirklich genutzte Raum im Haus werden immer kleiner. Angesichts der demografischen Entwicklung und des anstehenden Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge besteht hier dringender Handlungsbedarf.[2]

In fast jeder Familie kann jemand von Eltern, Großeltern oder Bekannten berichten, deren Haus ihnen eigentlich zu groß ist. Dabei stehen größere Sanierungen meist dann an, wenn die Rente kaum zum Heizen des großen Hauses reicht und das Ersparte in die Ausbildung der Kinder gesteckt wurde, die sich wiederum weit weg rund um ihre Studien- oder Arbeitsorte sesshaft gemacht haben. Die Probleme sind immer sehr individuell, aber das Phänomen ist strukturell: Noch immer wird das Einfamilienhaus als Lebenstraum vermarktet und nicht als Wohnlösung für einen Lebensabschnitt für Familien. Hierum hat sich ein Markt etabliert, der den Menschen noch immer suggeriert, dass sie sich mit dem eigenen Haus ein Lebenswerk schaffen können, während die Jahrzehnte später in Erscheinung tretenden Nachteile verschwiegen werden.

Durch den hohen Erschließungsaufwand sind Einfamilienhäuser besonders flächenintensiv und die kleinteiligen Bauvolumen energetisch nur aufwendig zu heizen, was durch dicke Dämmpakete nur kaschiert werden kann. Zudem führt es dazu, dass gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum nur durch das Auto gewährleistet werden können. Jahrzehntelang wurde die Strategie verfolgt, den Raumwiderstand durch mehr individuelle Mobilität zu reduzieren. Wenn alle mit ihrem Auto mobil sind, müssen nur noch wenige Versorgungsknoten erhalten werden. Im Ergebnis haben Dörfer und kleinere Kommunen praktisch keine Versorgungsaufgaben mehr und ihre Identität verloren, weil sie zu Schlaf- und Ruhestätten wurden. Mehr als 85 Prozent der Menschen fahren mit Autos in Städte und Ballungsräume, um dort zu arbeiten, einzukaufen und die kulturellen Angebote zu nutzen. Zurück bleiben Ältere und Immobile: Nur wer sich permanent bewegt, kann noch am Leben teilhaben. Die Folgen sind zu viel Verkehr, zu hoher Flächen- und Ressourcenverbrauch und zu wenig Lebensqualität unmittelbar vor Ort. Zwar hat sich durch die Digitalisierung und Corona das Arbeiten im Homeoffice verbreitet und eine Reduktion des Pendelns mit sich gebracht,

> „Rund um das ‚Einfamilienhaus als Lebenstraum' hat sich ein Markt etabliert, der noch immer suggeriert, dass mit dem eigenen Haus ein Lebenswerk geschaffen werden kann, **während die Jahrzehnte später in Erscheinung tretenden Nachteile verschwiegen werden.**"

1. Unbenommen ist, dass dies auch die 5-Zimmer-Wohnungen im Altbau betrifft. Der vorliegende Text behandelt jedoch die spezifische Konstellation des Einfamilienhauses – vornehmlich im ländlichen Raum. **www.zeit.de/2023/03/nachhaltig-wohnen-haus-freies-zimmer**

2. **www.merkur.de/wirtschaft/mieten-experte-fehlanreize-am-immobilienmarkt-wohnraum-babyboomer-preise-aktuell-92150360.html**

In fast jeder Familie kann jemand von Eltern, Großeltern oder Bekannten berichten, deren Haus ihnen eigentlich zu groß ist. Die Probleme sind immer sehr individuell, aber das Phänomen ist strukturell: Noch immer wird das Einfamilienhaus als Lebenstraum vermarktet und nicht als Wohnlösung für einen Lebensabschnitt für Familien.

das ändert aber noch nichts an der generellen Problematik.

Die immer weiter fortschreitende Zersiedlung, zum großen Teil getrieben von der stetigen Nachfrage nach Bauland, stellt eine enorme Gefahr für die Biodiversität dar. Viele Studien weisen darauf hin, dass Insekten, Vögel und Amphibien unter den Auswirkungen leiden, die die geringere Wasseraufnahmefähigkeit der Böden nach sich zieht.[3] Hinzu kommt der stetig wachsende Bedarf der Baubranche an Rohstoffen. Das Bauwesen erschließt immer neue Materiallagerstätten, deren Transport und Weiterverarbeitung einen Großteil der CO_2-Emissionen verursachen. Innovationen wie zirkuläres Bauen und nachwachsende Materialien setzen sich nur langsam durch und werden in großen Bauvorhaben getestet. Der Einfamilienhausbau ist von konventionellen Bautechniken geprägt, die zumeist allein schon aus finanziellen Gründen weiterhin den Vorzug erhalten.

Soziale Nachhaltigkeit – die Siedlungsstruktur des Einfamilienhauses wird der Diversität unserer Gesellschaft nicht mehr gerecht. Das Wohnraumangebot ist im ländlichen Raum vorrangig an Mehrpersonenhaushalte in Form von Familien gerichtet. So ist eine Art Monokultur des Wohnens entstanden. Dies entspricht jedoch auch im ländlichen Raum nicht mehr den heutigen hochindividualisierten Lebensstilen der Bevölkerung, die in ihrer Vielschichtigkeit der urbanen Diversität kaum nachsteht. Langfristig angelegte Arbeits- und Lebensläufe mit linearen Biografien sind in Deutschland längst nicht mehr die Normalität. In der Bau- und Immobilienbranche ist diese Differenzierung jedoch noch nicht wirklich angekommen: Der Wohnungsmarkt passt sich diesen Entwicklungen nur dann an, wenn Aussicht auf rentable Vermarktungsmodelle besteht. Dabei wird jedoch keine Verbesserung der Wohntypologien für die veränderten Bedürfnisse der Bewohner:innen angestrebt. Während die Typologie des Einfamilienhauses für ältere Paare oder Alleinstehende mit der Zeit zur Belastung wird, fehlen Angebote für ein altengerechtes Wohnen außerhalb des Pflegeheims. Diese sollten im bekannten Umfeld liegen, sodass die sozialen Beziehungen erhalten bleiben können, während kurze Wege und barrierefreie Gebäude wieder mehr Mobilität ermöglichen. Darüber hinaus gibt es aber noch viele andere Lebenssituationen, in denen temporärer und flexibler Wohnraum gebraucht wird. Für immer mehr junge Menschen ist der ländliche Raum nach der Ausbildung oder dem Studium attraktiv, ohne sich direkt auf den Erwerb eines Eigenheims festlegen zu wollen. Vor einer Familiengründung ist der Platzbedarf meist geringer und die ökonomische Situation angespannter. Hinzu kommen Singles, Paare in Trennung, Paare ohne Kinder und ortsflexibel Arbeitende, die vielleicht einen kompakten, kostengünstigen Zweitwohnraum benötigen. Ohne Alternativangebote bleiben die älteren Bewohner:innen in den großen Häusern und so steigt der Druck, neues Bauland für Familien auszuweisen, ohne dass dabei bezahlbarer oder barrierefreier Wohnraum entsteht.

Warum wollen dann trotzdem so viele ein Einfamilienhaus? Im Zuge der Klimakrise wird über dringend notwendige Änderungen unserer Gewohnheiten gesprochen. Dabei geht es in der Debatte meist darum, kein Flugzeug mehr zu nutzen, öfter den Stand-by-Modus abzuschalten oder mehr mit der Bahn zu fahren, statt das eigene Auto zu nehmen – lediglich schlechte Gewohnheiten also. Wenn wir das Thema Wohnen im Kontext der Klimaveränderung aber ernst nehmen, geht es jedoch um weit mehr und es betrifft im Grunde das Privateste und Intimste, was wir haben: das eigene Wohnen! »

3. **www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-02/bodenversiegelung-eintagsfliege-oekosystem-discounter**

Es geht dabei um den Traum, wie ein gelungenes Leben aussieht. Dieser Traum ist tief verankert und wird immer wieder von Neuem geträumt. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu beschrieb schon 1998 in seinem Buch „Der Einzige und sein Eigenheim“ ausführlich, wie solche kulturellen Phänomene über Jahrhunderte heranwachsen, bis sie ganz natürlich und selbstverständlich erscheinen.[4] Mit einem Einfamilienhaus im Eigentum „hat man es geschafft“! Doch was steckt hinter dieser Status-Anzeige? Wie können die Kinder behütet aufwachsen? Wie kann man nach der Lohnarbeit wirklich entspannen? Wie kann man etwas Bleibendes schaffen? Der Soziologe Marcus Menzl sieht die Bedürfnisse Selbstwirksamkeit, Selbstverwirklichung, Status, Sinnstiftung, Freiheit, Sicherheit und Altersvorsorge hinter diesem Traum stehen.[5] Doch diese Bedürfnisse sind nicht ausschließlich im allein stehenden Einfamilienhaus umsetzbar, sondern können auch in alternativen Wohnmodellen bedient werden. Es sind andere Antworten vorstellbar und es gibt dafür viele praktische Beispiele. Doch im ländlichen Raum ist das Einfamilienhaus meist die einzige Antwort. Wenn sich das Angebot nur an den Träumen und nicht an den Herausforderungen orientiert, können auch keine alternativen Träume wachsen und so enden die individuellen Träume in einem kollektiven Albtraum.

Sicherheit, Verlässlichkeit und Geborgenheit sind zentrale Säulen des Einfamilienhauses. Die vollständige Autonomie des Individuums kann sich hier in absoluter Privatheit frei entfalten. Gleichzeitig verschanzen sich die Bewohner:innen – und ihre Häuser gleich mit – hinter meterhohen Thujen-Schutzwällen vor der Nachbarschaft. Die Sicherheit besteht in einem privaten, geschützten Bereich, in dem man selbst entscheiden darf, wer ihn betreten darf, wer ihn einsehen darf und auch was darauf passieren kann. Das ist auch eine Sicherheit vor gesellschaftlichen Problemen, die vor dem Gartenzaun warten müssen. Es ist die Sicherheit, hier seine wohlverdiente Ruhe zu haben.

Daneben ist das Konzept des Einfamilienhauses eng mit der Sicherheit in der Zukunft, der Altersvorsorge verknüpft. In unserer Gesellschaft ist die private Absicherung eine wichtige Säule, die in den letzten Jahrzehnten immer weiter gestärkt wurde.[6] Im Alter keine Miete mehr zahlen zu müssen und zukünftige Abhängigkeiten zu vermeiden, ist ein verständlicher, vielfach propagierter Ansatz. Daher ist es nur naheliegend, dass die größte Investition des Lebens häufig in einen exklusiven Besitz an Grund und Boden geht. Doch wie schon erwähnt fällt der Renteneintritt häufig mit den ersten größeren Sanierungsbedarfen der Gebäude zusammen. Diese Zusammenhänge machen das Versprechen finanzieller Sicherheit im Alter zu einem trügerischen.

Wo können wir ansetzen? Drei Handlungsebenen. Ein derart großflächiges Problem, das so stark mit den individuellen Vorstellungen vom privaten Wohnen verknüpft ist, kann nicht mit der einen großen Maßnahme angepackt werden. Vielmehr eröffnet sich bei genauerer Betrachtung ein breites Handlungsspektrum für eine Transformation. Das Thema ist eine umfassende Gesellschaftsaufgabe, bei der man drei Handlungsebenen herausarbeiten kann: staatliche Rahmensetzungen, regionale und quartiersmaßstäbliche Strategien und individuelle Angebote.

Erstens: Es braucht großen politischen Willen. Da die Ausweisung von Bauland auf der kommunalen Ebene eng mit der Einnahme von Gewerbe- und Grundsteuer verknüpft ist, gibt

FOTO // Julia Schiefer

Das Wohnraumangebot ist im ländlichen Raum vorrangig an Mehrpersonenhaushalte in Form von Familien gerichtet. So ist eine Art Monokultur des Wohnens entstanden. Dies entspricht jedoch auch im ländlichen Raum nicht mehr den heutigen hochindividualisierten Lebensstilen der Bevölkerung

4. Pierre Bourdieu u.a., Der Einzige und sein Eigenheim
5. Marcus Menzl, Vortrag auf der Leerstandskonferenz, Youtube.
6. Susanne Heeg, Wohnen als Anlageform: Vom Gebrauchsgut zur Ware. In: Emanzipation 3 (2) (2013): S. 5-20, URL: **www.emanzipation.org**

es für die lokalen Entscheidungsgremien immer wieder Gründe, im Sinne der Kassenlage zu entscheiden und neue Flächen umzuwidmen. Die Verantwortung für das Erreichen des gesetzten Ziels zur Begrenzung der Neuversiegelung auf deutschlandweit 30 Hektar, österreichweit 2,5 Hektar pro Tag kann daher nicht den Kommunen allein überantwortet werden. Diese Ziele erfordern klare überregionale Rahmensetzungen auf Staatsebene. Dass dies nicht heißen muss, dass die Gemeinden fremdbestimmt werden und keine eigenen Handlungsspielräume mehr haben, zeigt das Modell des Flächenzertifikatehandels. Hierbei wird die Gesamtmenge der versiegelbaren Fläche deutschlandweit auf 30 Hektar pro Tag festgesetzt, wobei jede Kommune Zertifikate entsprechend ihrer Einwohner:innenzahl erhält. Diese können für Bauprojekte im Ort eingesetzt oder anderen Kommunen angeboten werden. Kongruent zum CO_2-Zertifikatehandel erhalten Flächen somit einen Wert auf einem Markt. Hierzu wurden in einem bundesweiten Planspiel des Bundesumweltamtes bereits wichtige Erkenntnisse gewonnen.[7]

Auf jede Bürger:in in Deutschland kommen rund 490 Tonnen Baustoffe[8] und die meisten sind in Wohngebäuden verbaut.[9] Der gesamte Gebäudebestand ist ein riesiges Rohstofflager mit rund 15 Milliarden Tonnen Material und wir verbauen jährlich weitere 500 Millionen Tonnen Baustoffe. Es braucht ein radikales Umdenken: Wir müssen mehr Altes bewahren und mit Neuem kombinieren, um Ressourcen einzusparen. Dem einfachen Umbau mit geringen Mitteln steht jedoch oft die Baugesetzgebung im Weg, die im Grunde fordert, dass jedes Gebäude, das für eine Sanierung „angefasst" wird, am Ende die Standards für Neubauten erfüllt. Es gibt bereits Bestrebungen, die auf eine Aufweichung der Anforderungen für den Bestand abzielen. So wird eine Umbauordnung als neue gesetzliche Grundlage gefordert,[10] die Bauen im Bestand fördert statt erschwert oder die Einführung einer Gebäudeklasse E für experimentelles Bauen[11] abweichend von strengen DIN-Normen, die mehr auf Komfort als auf notwendige Mindestanforderungen abzielen. Doch diese Maßnahmen sind nur auf der großen politischen Ebene der Länder oder des Bundes möglich. Umso größer wäre das Signal an die Baubranche, dass die Bauwende politisch gewollt ist.

Solche Konzepte erfordern ein klares politisches Bekenntnis zur Umsetzung des 30-Hektar-Ziels und zur Stärkung des Gebäudebestandes. Dies hat eher indirekt mit der Problematik des Einfamilienhauses zu tun, setzt aber Anreize für eine nachhaltigere Nutzung von Bestandsflächen und -gebäuden. So liegt der Fokus automatisch auf der Innenentwicklung, also der Reduzierung der Bautätigkeit auf die bereits erschlossenen Siedlungsgebiete. Gesetzesgrundlagen, die beim Neubau stärker die gesellschaftlichen Kosten mit einpreisen und im Gegenzug eine Nach- und Umnutzung von Bestandsgebäuden erleichtern, sind bisher nur sehr zaghaft und kaum mit Sanktionsmechanismen belegt. Demgegenüber stehen immer noch neue Förderprogramme zur Eigentumsstärkung, ohne an Nachhaltigkeitskriterien gebunden zu sein.[12]

Zweitens: Wir brauchen mehr Baukultur, Bürger:innenbeteiligung und Co-Kreation in der Zwischenstadt. Die Politik muss zudem darauf abzielen, dass Bestandsflächen integrierter gedacht werden. Durch die städtebauliche Funktionstrennung liegen viele Raumpotenziale, nicht nur in den Obergeschoßen der Einfamilienhäuser, brach. Der Architekt Jörg Heiler sieht ein enormes Potenzial in der bestehenden Zwischenstadt, also dem Raum außerhalb der Dorfkerne und Innenstädte, der weitgehend marktwirtschaftlichen Mechanismen überlassen ist.[13] Alles, was wir landläufig mit der Zersiedelung in Verbindung bringen, also die Orte der Industrie, der reinen Wohngebiete und der Gewerbestandorte für Discounter und Großhandel. In diesen Räumen leben weltweit zwei Milliarden Menschen – allein in Deutschland geht es um 600.000 Hektar. Heiler zufolge könnten viele Raumansprüche hier untergebracht werden, wenn klassische Paradigmen hinterfragt und so Funktionen überlagert werden: „Ziel einer neuen – einer urbanen – Epoche muss deswegen sein, Getrenntes wieder zu durchmischen und vermeintlich nicht Zusammenpassendes zu verknüpfen", so Heiler. »

7. Umweltbundesamt, **www.umweltbundesamt.de/themen/flaechenzertifikatehandel-flaechenverbauchsziele** und **www.umweltbundesamt.de/publikationen/modellversuch-flaechenzertifikatehandel**

8. Hebel, Sorge um den Bestand

9. Baukulturbericht 2018/19, 101.

10. Architects for Future, **www.architects4future.de/portfolio/publikationen/umbauordnung-fur-deutschland-damit-bauen-klimaneutral-werden-kann**

11. DAB Regional Bayern, **www.byak.de/data/pdfs/Aktuelles/DAB_1_2021_Gebaeudeklasse_E.pdf**

12. **www.zeit.de/wirtschaft/2022-09/bundesbauministerium-klara-geywitz-wohneigentum-kredit**

13. Heiler, Sorge um den Bestand

BEISPIEL FÜR MULTIFUNKTIONALITÄT IN DER ZWISCHENSTADT

Die Zwischenstadt muss in den Fokus der Stadtplanung rücken und zentrales Handlungsfeld der Baukulturförderung werden. Dafür müssen auch die Kommunen ihre Aufgabe der Regulierung des Bauens viel ernster nehmen. Vieles von dem, was für ein gutes, durchmischtes Zusammenleben in einem Ort notwendig ist, kann in der Bauleitplanung verankert werden. Kommunen müssen vom Reagieren wieder zum Agieren kommen, um die Zukunft mitzugestalten. So könnte die Teilbarkeit von Häusern in den Bebauungsplänen vorgeschrieben werden. Das bedeutet aber auch, dass die kommunalen Pläne und Vorgaben besser in die Bevölkerung kommuniziert werden müssen. Eine gute Diskurskultur, sprich eine wertschätzende Bürger:innenbeteiligung, ist ein zentraler Gelingensfaktor, der bei der Förderung der Baukultur immer mitgemeint sein muss. Wo Bürger:innen sich einbringen und mit ihren Vorstellungen und Wünschen co-kreativ mitwirken können, aber auch transparent über die Probleme der Siedlungsentwicklung auf der grünen Wiese informiert werden, werden auch die Gespräche über den Gartenzaun differenzierter.

6 **Lösungsansätze**, wie es gelingen kann, die riesigen Flächenpotenziale von bestehenden Einfamilienhäusern besser zu nutzen.

1 **Es braucht kein neues Bauland für Einfamilienhäuser.** Viele Kommunen, die Bauland ausweisen oder unter Druck stehen, dies zu tun, haben stagnierende Bevölkerungszahlen. Neues Bauland auszuweisen, ohne vorher versucht zu haben, die Ausnutzung im Bestand zu erhöhen, führt nur zu einer Potenzierung des Problems und noch mehr ungenutztem Wohnraum in der Zukunft.

2 **Es gibt genug Einfamilienhäuser!** Wenn nahezu die gesamte Bevölkerung Deutschlands oder Österreichs im derzeitigen Bestand an Einfamilienhäusern unterkommen könnte, so bedeutet dies auch, dass wir keine zusätzlichen Einfamilienhäuser mehr brauchen, um den Bedarf an ihnen zu befriedigen. Es muss gelingen, durch Umbau die Nachfrage mit dem derzeitigen Bestand an Einfamilienhäusern zu decken.

3 **Wir müssen attraktive Alternativen schaffen.** Das Wohnen im eigenen Haus mit Garten hat seine größte Attraktivität für Familienhaushalte, die einen großen Raumbedarf haben. Die Eigentumsform, oft in Verbindung mit der Altersvorsorge, macht es organisatorisch und emotional schwierig, nach dem Auszug der Kinder in eine angemessenere Wohnung umzuziehen. Das liegt nicht zuletzt auch am fehlenden Angebot an schönem und barrierefreiem Wohnraum mit Gartenzugang im gleichen Ort. Wir müssen attraktive Wohnangebote für all diejenigen schaffen, die gar kein Einfamilienhaus brauchen.

4 **Wir müssen den Bestand nutzen**. Das Vorhandene ist das Neue! Wenn wir den Bestand als Arbeitsgrundlage akzeptieren, können sich darin ebenso viele Träume entfalten wie im Neubau. Umbauen statt neu bauen ist nicht nur günstiger und schneller zu realisieren, sondern es ist vor allem im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch das Gebot der Zeit. Durch das stete Weiter-, Um- und Nachnutzen des Bestandes werden zudem auch aus Siedlungen, die einstmals in kurzer Zeit und monoton entstanden sind, bunte und durchmischte Quartiere.

5 **Umziehen ist das Neue Bauen.** Der Traum vom Einfamilienhaus ist auch der Traum vom Wohnen im perfekten Maßanzug. Ein altes Einfamilienhaus verstellt da schon zu Beginn der Planungen viele Möglichkeiten. Dabei ist auch der Neubau mit großen Kompromissen bezüglich des Bauplatzes, der Anbindung oder des sozialen Netzwerkes verbunden, die erst später deutlich werden.
Häufig sind es aber nur kleine Hürden oder Zweifel, die ein Bestandsgebäude gegen den Neubauplatz ausscheiden lassen. Oft fällt die Entscheidung zugunsten der vermeintlich sauberen Neubaulösung ohne geerbte Probleme wegen Unwissenheit oder fehlendem Fachwissen.

6 **Wir müssen Strukturen für Umbauberatung aufbauen.** Ein Bestandsgebäude ist eine Herausforderung, die Unterstützung bei vielen Schritten erfordert, die vielfach größer wirken, als sie tatsächlich sind.
Es bedarf einer Bewusstseinsbildung und einer Beratung, die die Vorteile eines bestehenden (Einfamilien-)Hauses sichtbar und das Risiko überschaubar macht. Dabei ist es nötig, mit den Bauwilligen in einen anerkennenden, aber kritischen Dialog über ihre Bedürfnisse im Zusammenhang mit den Herausforderungen des ökologischen Orts-, Siedlungs- und Stadtumbaus zu treten.
Wenn es uns gelingt, den unsichtbaren Leerstand in halb leeren Einfamilienhäusern wieder zu nutzen, wäre dies nicht nur für den vorherrschenden Wohnungsdruck und somit in der Wohnungsfrage ein Durchbruch, sondern es würde Menschen auch näher zusammenbringen, Gemeinschaft fördern und die Lebensqualität erhöhen.

Drittens: Es braucht mehr Kommunikation und auf der individuellen Ebene. Das Einfamilienhaus ist das Ergebnis einer Bedürfnisbefriedigung, die ohne Aushandlungsprozesse auskommt. Die Grenzen des eigenen Einflussbereiches sind klar umrissen und die Zuständigkeiten sind vermeintlich definiert. Doch spätestens die populären Sendungen zu Nachbarschaftsstreitigkeiten in den 1990er-Jahren machten deutlich, wie trügerisch diese Erwartungen sein können. Wohnen ist immer ein Miteinander, wo Erwartungen artikuliert und gegebenenfalls Lösungen ausgehandelt werden müssen. Doch die Vermeidung von nachbarschaftlicher Nähe wird immer problematischer, wenn der Wohnraum nicht mehr passt, aber die gefühlte Abhängigkeit vom privaten Schutzraum so groß ist, dass eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus wie ein Schreckensszenario erscheint.

Daniel Fuhrhop, Autor des Bestsellers „Verbietet das Bauen“, formuliert in seiner gerade erscheinenden Dissertation die Formel „3U&VW“ zur Aktivierung des unsichtbaren Leerstands in genutzten Wohneinheiten.[14] Zunächst die Untermiete bzw. das Homesharing, wo vorwiegend junge Menschen mit älteren zusammenziehen und sich gegenseitig unterstützen. Alternativ wäre der Umzug in kleinere Wohnungen und damit einhergehend die Übergabe des größeren Hauses an Menschen, die den Platz dringender benötigen. Oder schließlich der Umbau, um das Haus mit mehreren Parteien nebeneinander, aber mit getrennten Zugängen bewohnen zu können. Dies könnte Fuhrhop zufolge mit einer sozialen und gemeinnützigen Wohnraumver-

14. Daniel Fuhrhop, **www.daniel-fuhrhop.de/de/wohnwendeoekonom/wissenschaft/**

TORSTEN KLAFFT HAT ARCHITEKTUR UND SOZIOLOGIE STUDIERT UND IST PROJEKTLEITER BEI NONCONFORM. **ROLAND GRUBER** HAT ARCHITEKTUR UND KULTURMANAGEMENT STUDIERT UND IST GRÜNDER VON NONCONFORM, EINEM DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHEN BÜRO MIT DEM SCHWERPUNKT ZUKUNFTSRAUMENTWICKLUNG

mittlung organisiert werden. Die durch Vermietung eingenommenen Gelder finanzieren dieses System aus Beratung, Vermittlung und Verwaltung, sodass sich ein sich selbst tragender Markt etablieren kann. So können für einzelne Eigentümer:innen die Risiken minimiert und Ängste genommen werden, in dem etwa Mieteinnahmen garantiert werden. In Belgien und Großbritannien funktionieren solch kostendeckenden Verwaltungs- und Beratungsstrukturen bereits gut. Dazu braucht es laut Fuhrhop mehr Projekte für gemeinschaftliches Wohnen, bei denen zum Beispiel Esszimmer und Küche geteilt werden.

Ein Beispiel für dieses Ausziehen und Umsiedeln ist das Projekt Bremer Punkt. Dort wurde in einem Quartier ein sogenanntes Auszugshaus errichtet, wo Umzugswillige einziehen können, ohne die gewohnte Umgebung verlassen zu müssen. Sie bleiben in der Nachbarschaft und ihre alten Wohnungen können nachgenutzt werden. Diese Strategie fördert ein Umdenken in der Gesellschaft: Ich kann mein Haus loslassen, wenn ich es nicht mehr selbst bewirtschaften kann. Das SauRiassl-Syndikat aus Altötting zeigt, welche neuen Wohnformen und Nachbarschaften auch auf dem Land entstehen können, wenn von vornherein die Aushandlung im Zentrum des gemeinsamen Zusammenlebens steht. Dabei liegt es nicht an der Gebäudetypologie, denn hier werden sowohl große Gebäudekomplexe mit mehreren Wohneinheiten als auch ehemalige Einfamilienhäuser erhalten, geteilt und ganz nebenbei dauerhaft der Spekulation mit Wohnraum entzogen. Doch ebenso unpopulär wie der Auszug aus dem eigenen Haus ist der Einzug in ein bestehendes Einfamilienhaus für junge Familien. Im ostwestfälischen Hiddenhausen wurde mit dem Programm „Jung kauft alt“ ein Programm ins Leben gerufen, das mit Beratung und gezielter Förderung bei der Entscheidung hilft.[15]

All diesen Ansätzen ist gemein, dass sie mehr gezielte und individuelle Beratung erfordern. Es braucht Unterstützung bei den einzelnen Schritten, um vermeintliche Hürden überwinden zu können. Fuhrhop beklagt, dass Wohnraumberatung zu oft als Aufgabe der Sozialarbeit betrachtet wird, obwohl viele Betroffene eine qualifizierte Beratung auch bezahlen würden. Hier müssen Immobilienfachkräfte und soziale Träger kooperieren, um die Nachfrage und das Angebot zusammenzubringen. Dabei ist der Maßstab keinesfalls darauf angelegt, dass alle älteren Single-Haushalte zum Auszug bewegt werden. Das Ziel muss sein, dass zunächst die Interessierten erreicht werden, die offen für neue Wohnformen sind, jedoch aufgrund des fehlenden Angebots im alten Haus verbleiben. Die Beispiele in Weyern und Burgrieden zeigen, dass diese Gruppe bereits groß genug ist, um die Nachfrage nach Bauland zu befriedigen. Etablieren sich solche Wohnformen dann zunehmend, wird es auch für die Zweifelnden immer selbstverständlicher, über ihre Wohnsituation nachzudenken. Sollen Menschen tatsächlich überzeugt werden, ihren zu groß gewordenen Wohnraum zu verlassen und in passendere Räume zu ziehen, müssen sie durch gute Argumente und attraktive Alternativen überzeugt werden.

Fazit: Das Einfamilienhaus ist als Wohnform fest verankert in unserer Gesellschaft. Es steht im Zentrum vieler Biografien und stellt in unzähligen Familien den räumlichen Mittelpunkt dar. Es ist das Sinnbild für ein gelungenes Leben und Wohnen in Sicherheit. Aus Sicht der Nachhaltigkeit ist diese Wohnform jedoch hochproblematisch. Das gilt sowohl für die ökologischen Kosten der Versiegelung, den Materialverbrauch und den Energiebedarf als auch für die ökonomische Nachhaltigkeit. Oft wird die größte Investition des Lebens beim Eintritt ins wohlverdiente Rentenalter zur Kostenfalle. Nicht zuletzt müssen auch die sozialen Folgen kritisch betrachtet werden, denn vielerorts hat sich das Einfamilienhaus als einzige Wohnform auf dem Wohnungsmarkt durchgesetzt, sodass diverse Bevölkerungsgruppen kein passendes Angebot für ihre Bedürfnisse finden.

Es geht nicht darum, das Wohnen im Einfamilienhaus in Frage zu stellen, zu verteufeln oder zu verhindern. Dafür ist es zu fest im Verständnis von Wohnen und Leben in Deutschland, Österreich und darüber hinaus verankert. Sondern es geht darum, dem unermüdlichen Hunger nach neuen Häusern durch die Transformation bestehender und untergenutzter Einfamilienhäuser entgegenzuwirken. Dieses riesige Raumpotenzial im Bestand ist für die Wohnungsfrage zu wichtig, als dass man es ignorieren könnte.

Wir schlagen sechs grundlegende Lösungsansätze vor, wie es gelingen kann, im Kontext der Einfamilienhausentwicklung den Umbau im Bestand vor den Neubau zu stellen und dadurch den Traum vom Einfamilienhaus in eine nachhaltige Wohnraumstrategie zu integrieren.

15. **www.hiddenhausen.de/Wohnen/Jung-kauft-Alt/**

Die 8. Leerstandskonferenz fand im Herbst 2022 im bayrischen Kolbermoor statt und wurde vom Wirtschaftsforum Mangfalltal-Inntal gemeinsam mit den LEADER-Regionen Rosenheim und Miesbacher Land veranstaltet. Die beiden Autoren sind die Kuratoren der Leerstandskonferenzen, einem regelmäßigen Diskursformat von nonconform, wo alle Fragen rund um Leerstand bearbeitet werden. **www.nonconform.at**

FOTO // Bernd Rehorst - stock.adobe.com

BODENSCHUTZ – JETZT AUCH EUROPÄISCH

Ideologisch geprägt, **emotional aufgeheizt**

Bodennutzung und Bodenverbrauch stehen nicht nur in Österreich im Zentrum der Aufmerksamkeit, auch die EU hat im Green Deal einiges für den Boden zu bieten. Dabei war es lange umstritten, dass es sich hier um eine europäische Materie handelt, immerhin fehlt an sich die grenzüberschreitende Komponente.

TEXT // DANIELA FRAISS

Aber die Zeiten haben sich geändert und die Umweltfunktionen und CO_2-Speicherrolle gesunder Böden lassen ein Einschreiten der EU nun doch gerechtfertigt erscheinen. Anfang Juli schlug die Kommission eine Bodenbeobachtungsrichtlinie vor, wo es vor allem um die Erhebung vergleichbarer Daten geht. Auch zum Flächenverbrauch – noch ohne europarechtliche Konsequenz, aber Daten führen bekanntlich über kurz oder lang zu Taten. In Wahrheit ist aber auch die Wiederherstellungsverordnung, über die bereits berichtet wurde, eine Bodenschutzrichtlinie. Denn hier geht es um konkrete Renaturierung von Ökosystemen – die viel zitierte Wiedervernässung von Torfmooren ist nur ein plakatives Beispiel für die Bodengesundheit.

Der Wiederherstellungsverordnung den Schrecken nehmen. Die Gemeinden sind von den land- und forstwirtschaftlichen Vorschlägen natürlich auch betroffen, vielmehr aber von den Bestimmungen über städtische Ökosysteme. Wir erinnern uns: Die Kommission schlug Nettogrünflächenverlustverbote für Städte, Kleinstädte und Vororte vor, dazu klar definierte Wachstumsziele für städtisches Grün und Baumüberschirmung. Die Flexibilität hielt sich in Grenzen und die gewählte Definition der betroffenen Kommunen funktionierte zwar in Frankreich und Belgien, erfasste in Skandinavien und Österreich aber Kleinstädte und Vororte, die anderswo als ländlich gelten würden.

> „**Grund und Boden sind einfach heiße Eisen,** das hat die Kommission nicht verstanden, dafür muss man ihr Elfenbeinturmdenken vorwerfen.“

Im EU-Parlament beschloss die EVP-Fraktion nach langen Verhandlungen, den Vorschlag nicht zu unterstützen, im Rat fand sich eine knappe Mehrheit dafür. Ein hochemotionales Dossier, konfliktträchtig wie kein anderes. Und das, obwohl in dieser Legislaturperiode zahlreiche Green-Deal-Gesetze erfolgreich abgeschlossen wurden, im Energiebereich viele mit umfassenden Auswirkungen auf Konsumenten und öffentliche Finanzen. Aber kein anderes Dossier war ideologisch so geprägt und emotional so aufgeheizt. Grund und Boden sind einfach heiße Eisen, das hat die Kommission nicht verstanden, dafür muss man ihr Elfenbeinturmdenken vorwerfen.

Die Ablehnung der EVP führte zwar zum Scheitern der Abstimmung im Umweltausschuss, im Plenum des EU-Parlaments gab es aber eine knappe Mehrheit dafür.

Der Gemeindebund war über das Scheitern im Ausschuss nicht unglücklich. Der Ausschusstext war in einigen Bereichen sogar ambitionierter als der Kommissionsvorschlag und hätte für die Gemeinden nicht die dringend benötigte

MAG. DANIELA FRAISS IST LEITERIN DES BRÜSSELER BÜROS DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

Klarstellung und Flexibilisierung gebracht. Außerdem bestand die Gefahr, dass der Rat die städtischen Ökosysteme in den Trilogverhandlungen aufgibt, um andere, wichtigere Punkte durchzubringen.

Letztlich kann man mit dem Ergebnis aber zufrieden sein. Die Abstimmung im Umweltausschuss war noch hochemotional, mit Applaus für knapp erzielte Mehrheiten. Im Plenum fand sich dann eine Mehrheit jener, die das Dossier retten wollten. Gelingen konnte dies nur mit einem Text, der möglichst nah an der allgemeinen Ausrichtung des Rates war. Die Mitgliedstaaten hatten die Problematik des Vorschlags schon früh erkannt und die Bedenken der Umsetzungsebene einfließen lassen. Es gibt mehr Umsetzungsspielraum für die betroffenen Akteure und weniger gleichlautende Ziele. Eine Verordnung im Richtlinienkleid sozusagen, aber immer noch ambitioniert.

Rat und Parlament müssen jetzt noch fertig verhandeln. Da die Positionen nah beieinander liegen, wird das nicht allzu lange dauern.

Was erwartet die Gemeinden? Grundsätzlich bleibt es dabei: Auch Städte und Gemeinden müssen einen Beitrag zur Wiederherstellung von Ökosystemen leisten. Diese Verpflichtung wird durch ein Nettoverlustverbot für städtische Grünflächen und einen Aufwärtstrend bei städtischem Grün bis 2030 und 2050 umgesetzt. Dies fand sich auch im Kommissionsvorschlag.

Die Wiederherstellungsverordnung führte im Vorfeld der Abstimmung zu Konflikten im EU-Parlament. Mitgliedstaaten können den Anwendungsbereich auf Ortskerne, Stadtzentren und urbane Cluster beschränken und überdies städtische Bezirke bzw. Ortszentren ausnehmen, die einen Grünflächenanteil über 45 Prozent und mehr als zehn Prozent Baumüberschirmung aufweisen.

Neu, und jetzt Gegenstand der Verhandlungen, ist aber, dass das Grünflächenverlustverbot nicht für die einzelne Gemeinde gilt, sondern gesamtstaatlich. Neu ist auch, dass differenziert wird, welche Gemeinden bzw. Ortsteile/Bezirke von den Verpflichtungen betroffen sind. Grundsätzlich bleibt es bei der LAU-Definition aus der Regionalpolitik, die in Österreich rund zehn Prozent aller Gemeinden als nicht ländlich ausweist und daher in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen lässt. Die Mitgliedstaaten können aber den Anwendungsbereich stattdessen auf Ortskerne, Stadtzentren und urbane Cluster beschränken und überdies städtische Bezirke bzw. Ortszentren ausnehmen, die einen Grünflächenanteil über 45 Prozent und mehr als zehn Prozent Baumüberschirmung aufweisen. Dies ist eine zufriedenstellende Lösung, Sinn der Bestimmung war immer, das städtische Mikroklima zu verbessern und nicht, in die Raumordnung einzugreifen. Aber Achtung: Die Kartierung der betroffenen Städte und Gemeinden erfolgt national, ebenso wie die Entscheidung, ob die Maßnahmen nur in Zentren und Ortskernen oder im gesamten Gemeindegebiet umgesetzt werden müssen.

Das bedeutet, der Gemeindebund ist noch nicht aus der Verantwortung und wird sich auch im österreichischen Umsetzungsprozess aktiv einbringen.

Das Parlament übernahm übrigens nicht überall den Wortlaut des Ratskompromisses. Während die Verhandlungspositionen bei den städtischen Ökosystemen weitgehend gleichlautend sind, geht das Parlament bei den Mitsprachemöglichkeiten der lokalen und regionalen Ebene einen Schritt weiter. Lokale und regionale Gebietskörperschaften sollen explizit in die Ausarbeitung der nationalen Wiederherstellungspläne einbezogen werden – eine Forderung, zu der sich die Mitgliedstaaten nicht durchringen konnten …

Ein Wort zum Schluss: Richtlinien- und Verordnungsvorschläge fallen nicht vom Himmel. Die Kommission handelt im Auftrag der Staats- und Regierungschefs, die sich zur Erreichung der Pariser Klimaziele verpflichtet haben. Jede Richtlinie, jede Verordnung soll dazu ihren Beitrag leisten. System- und Verhaltensänderungen sind dann unumgänglich. Dies darf bei aller Polemik nicht vergessen werden.

KOMMENTAR „EU-WIEDERHERSTELLUNGSVERORDNUNG“

Heißes Eisen für **die Landwirtschaft**

Wie kein anderes Vorhaben des „Green Deals“ wird dieser Rechtsakt enorme Auswirkungen auf den Umgang mit der Natur und ihre Bewirtschaftung haben. Vertreter der Land- und Forstwirtschaft haben ebenso wie Wirtschaftsvertreter und die in vielen Kompetenzbereichen betroffenen Bundesländer Kritik am Kommissionsvorschlag geäußert.

FOTO // LKÖ/APA-Fotoservice/Schedl

Neben „allgemeinen“ Wiederherstellungszielen, die potenziell alle „wiederherstellungsbedürftigen“ Flächen EU-weit betreffen und damit Auswirkungen auf eine Vielzahl an Lebens- und Wirtschaftsbereiche haben können, enthält die Verordnung Anforderungen insbesondere an landwirtschaftliche Ökosysteme und Wälder.

In der Landwirtschaft soll künftig etwa der Anteil an „nicht-produktiven“ Landschaftselementen „mit hoher biologischer Vielfalt“ erhöht werden. Die Mitgliedstaaten fordern hier Anpassungen, damit weiterhin eine biodiversitätserhaltende Bewirtschaftung möglich ist. Zudem sollen nach Kommissionsvorschlag trocken gelegte Torfmoorflächen, die landwirtschaftlich genutzt werden, „wiederhergestellt“ und zu einem gewissen Prozentsatz verpflichtend „wiedervernässt“ werden, etwa durch Entfernen von Entwässerungsanlagen. Laut Kommission sollen gewisse Flächen somit künftig „außer Nutzung“ gestellt bzw. die Bewirtschaftung umgestellt werden. Die Mitgliedstaaten fordern eine Verringerung dieser Wiedervernässungspflicht, wenn „wesentliche negative Auswirkungen“ auf Infrastruktur oder bestimmte andere „öffentliche Interessen“ zu befürchten sind.

Als weitere Wiederherstellungsmaßnahmen werden im Anhang etwa die „Aufgabe der Holzernte“, die „Aufgabe des Pflügens von Grünland“ oder das „Entfernen nicht-heimischer Pflanzen“ angeführt. Es bleibt offen, wie und wo dies umgesetzt werden soll. Auch seitens der Mitgliedstaaten und des EU-Parlaments gibt es Bedenken, all diese Maßnahmen verpflichtend umzusetzen.

EU-Parlament sieht Risiko von Produktionsrückgängen und Preissteigerungen. Kritiker sehen durch diese Vorgaben an (Nicht-)Bewirtschaftung neben Grundrechtseingriffen eine Bedrohung der Versorgung mit heimischen Produkten. Daher hat auch das EU-Parlament die Zielvorgaben für die Landwirtschaft vorerst gestrichen. Der verhandlungsführende Berichterstatter (César Luena, S&D) hat jedoch bereits in den Medien signalisiert, dass diese – nicht von seiner Fraktion eingebrachte, aber im Parlament mehrheitlich angenommene – Änderung für ihn im Trilog keine Priorität hat. Mangels alternativer „freier“ Flächen zur Zielerreichung werden aber auch die „allgemeinen“ Wiederherstellungsziele die Land- und Forstwirtschaft betreffen.

Das zeigt auch der (begrüßenswerte) Vorstoß des EU-Parlaments einer vorübergehenden „Zurückstellung“ der Ziele, wenn „außergewöhnliche sozioökonomische Folgen“ vorliegen. Das wäre laut Parlament etwa dann der Fall, wenn sich Genehmigungsverfahren aufgrund von naturschutzbezogenen Restriktionen verzögern, die durchschnittlichen Lebensmittelpreise im Laufe eines Jahres um zehn Prozent steigen oder die Gesamtproduktion von Lebensmitteln in der EU um fünf Prozent zurückgeht.

Ein Schritt vorwärts, zwei zurück. Offen bleiben weiterhin Fragen wie die konkrete Finanzierung dieser Maßnahmen, die Entschädigung potenzieller Ertragseinbußen oder der Umgang mit anderen, möglicherweise zur Zielerreichung notwendigen Eigentumseingriffen und welche Flächen herangezogen werden. Der Abschluss der Verhandlungen auf EU-Ebene ist für heuer geplant. Dann gilt es, national einen praktikablen Weg zu finden, der die Anforderungen an Naturschutz und -erhalt mit dem Erhalt unserer Produktions- und Lebensgrundlagen und einer lebensfähigen heimischen Land- und Forstwirtschaft in Einklang bringt.

„Offen bleiben weiterhin **Fragen, wie die konkrete Finanzierung dieser Maßnahmen** und die Entschädigung potenzieller Ertragseinbußen aussehen soll.“

MAG. FABIANA FREISSMUTH ist Juristin im Referat Rechts- und Umweltpolitik der Landwirtschaftskammer Österreich.

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an **leserbriefe@kommunal.at**

WJB - stock.adobe.com

BRISANTE STUDIE AUS VORARLBERG FRAGT NACH

Wem gehört das Ländle?

Mit der Vorarlberger Studie „Wem gehört das Land?“ gibt es erstmals eine Übersicht, wie viel verfügbaren Baugrund Vorarlberg noch hat und wer entscheiden kann, was damit passiert. Auch wenn es keine Neiddebatte geben soll, ist allein die Frage brisant.

Gleich vorweg betonen die Studienautoren und -auftraggeber ausdrücklich, dass es „zu keiner Zeit Ziel war, in eine Neiddebatte einzusteigen, sondern belastbare Fakten über die tatsächliche Situation am Grundstücksmarkt zu erhalten. Dies ist aus gesellschaftspolitischer Sicht enorm wichtig, hängen davon künftig sowohl die Preisentwicklung am Wohnungsmarkt als auch die Expansionsmöglichkeiten für Wirtschaftsbetriebe ab. Das wiederum hat einen wesentlichen Einfluss auf den künftigen Wohlstand in Vorarlberg. Wir können uns den Luxus einer musealen Erstarrung unserer Wirtschaftsstruktur ebenso wenig leisten wie den Stopp der weiteren Entwicklung am Wohnungsmarkt.“

Das Thema des Eigentums und der Besitzverhältnisse ist tatsächlich von hoher gesellschaftlicher Brisanz, da unausgeglichene Besitzverhältnisse die soziale Ungleichheit fördern und zur Spaltung der Gesellschaft beitragen, Marktmonopole ermöglichen und den Preisanstieg für Grundstücke und Wohnraum mitverursachen. Aus diesen Gründen definiert beispielsweise das Vorarlberger Grundverkehrsgesetz als Ziel, „eine möglichst breite, sozial erträgliche (...) Streuung des Grundeigentums zu erhalten“ (§ 1 lit. b) sowie der Baulandhortung entgegenzuwirken (lit. d) – vgl. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Gesetzgebung (2023): Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken.

Mehrere Studien in Großbritannien haben zuvor schon die Besitzverhältnisse von Grund und Boden untersucht und als Ergebnis ein großes Ungleichgewicht der Bodenbesitzverhältnisse aufgezeigt. In der 2019 veröffentlichten Studie „Who owns England?“ von Guy Shrubsole wurde festgestellt, dass weniger als ein Prozent der Bevölkerung 50 Prozent der Flächen in England besitzt.

Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig findet sich auch in der öffentlichen Diskussion in Vorarlberg die Wahrnehmung, dass wenige Personen und Unternehmen eine Vielzahl an Grundstücken besitzen und akkumulieren. Ob ein solches Ungleichgewicht in den Grundstücksbesitzstrukturen in Vorarlberg tatsächlich besteht, wurde im Rahmen dieser Auftragsstudie detailliert analysiert.

Die bestehende Faktengrundlage und Datenintransparenz war bislang nicht ausreichend, um Studien dieser Art durchzuführen. Mit dem gezeigten Ansatz besteht sowohl die Hoffnung als auch der Anspruch, in Zukunft ähnlich gelagerte Fragestellungen einfacher bearbeiten und beantworten zu können. »

Foto // © Lukas Hämmerle

„Wir wollen **keine Neiddebatte eröffnen!“**

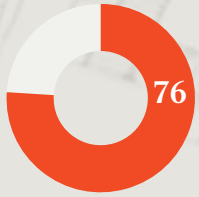
Bernhard Heinzle, Arbeiterkammer-Präsident Vorarlberg

Studienergebnisse in Kürze

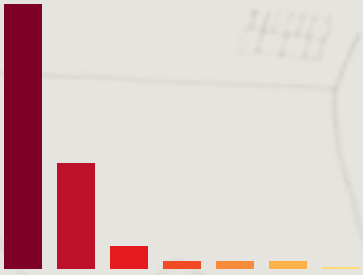
Grund und Eigentümer

Besitzen keinen Anteil an Grund und Boden	58 %
Besitzen (anteilig) Grund und Boden	42 %

10 % der Vorarlberger:innen besitzen 76 % der bebauten und unbebauten Wohnbaugrundstücksflächen.



Die größten Grundstückseigentümer:innen über alle Flächenwidmungskategorien in Vorarlberg



Agrargemeinschaften	35 %
Gemeinden	14 %
Bund	3 %
Land	1 %
Kirchen	1 %
Gemeinnützige Wohnbauträger	0,1 %

Die Ziele der Studie. Zielsetzung der Studie ist es laut Autoren und Auftraggeber nicht, einzelne Grundstücksbesitzer:innen herauszufiltern und zu benennen, sondern die Grundstücksbesitzverhältnisse in Vorarlberg durch die Verschneidung von Grundstückskataster und Flächenwidmungsplan in einem Geoinformationssystem (GIS) einer vertiefenden räumlichen und statistischen Betrachtung zu unterziehen und als Ergebnis Kennzahlen zu Anzahl, Flächengröße, Besitzverteilung und Flächenwidmung aufzubereiten und darzustellen.

Damit die in der implementierten Datenbank vorgehaltenen Grundstücke und Auswertungen nicht einer spezifischen natürlichen oder juristischen Person zugeordnet werden können, wurden die Grundstücksbesitzer:innen anonymisiert.

Ergebnisse: Grundsätzlich kann konstatiert werden, dass rund 50 Prozent der Gesamtfläche im Besitz von Agrargemeinschaften, Gemeinden, Land und Bund sind und somit erschwert verkauft werden können. In diesem Kontext zeigt sich, dass die Besitzverhältnisse in Vorarlberg nicht mit denen in Großbritannien vergleichbar sind.
Nichtsdestotrotz lassen sich klare Ungleichverteilungen in Vorarlberg erkennen.

- Rund 60 Prozent der Vorarlberger:innen besitzen anteilig keinen Grund und Boden.
- Rund zwei Drittel der Vorarlberger:innen besitzen kein Wohnbaugrundstück bzw. keinen Eigentumswohnungsanteil.
- Zehn Prozent der Vorarlberger:innen besitzen 76 Prozent der gesamten Wohnbaugrundstücksflächen.

Diese Besitzverhältnisse tragen das Potenzial einer weiteren gesellschaftlichen Spaltung in sich. Durch diese Ungleichheit werden immer weniger Vorarlberger:innen Wohneigentum haben und immer mehr Vorarlberger:innen in Mietverhältnissen leben. Das Ländle wird zum Land der Mieter:innen. Diese Entwicklung bringt zahlreiche negative Auswirkungen mit sich.

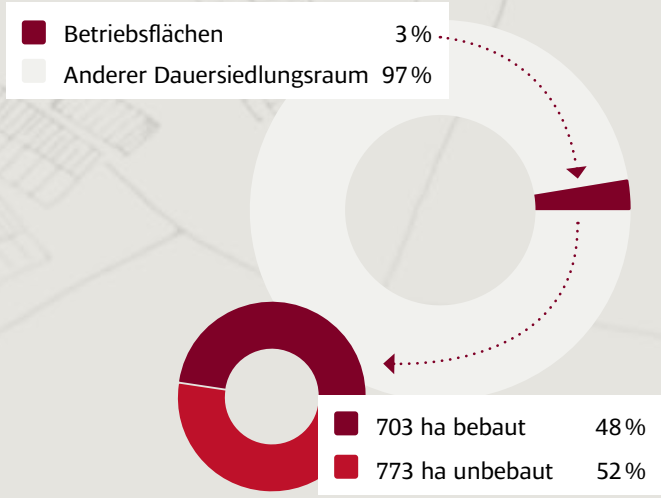
Jeder Mensch in Vorarlberg hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Im Rahmen der Studie wurde jedoch erhoben, dass 64 Prozent gar kein Wohnbaugrundstück oder einen Wohnungsanteil besitzen. Zudem wird hier eine deutliche Spaltung sichtbar: Zehn Prozent der Vorarlberger:innen besitzen 76 Prozent der gesamten Wohnbaugrundstücksflächen und nur noch 16 Prozent der Gesamtbevölkerung besitzen noch unbebaute Wohnbaugrundstücke. Dies führt zunehmend zu Flächenakkumulationen von wenigen Besitzer:innen. Diese Entwicklung wird, wenn nicht entgegengesteuert wird, unweigerlich zu einer weiteren Spaltung führen, fördert langfristig Altersarmut und führt insgesamt zu einer verstärkten Belastung der öffentlichen Hand.

Über die Studie: Die Arbeitsgemeinschaft Telesis und das Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung haben gemeinsam die von der Arbeiterkammer Vorarlberg beauftragte Studie „Wem gehört das Land?“ als Auftragsforschung durchgeführt. Sie steht als PDF auf den Websites **isk-institut.com/laufendes/presse.html** oder **kommunal.at/wem-gehoert-das-laendle** zur Verfügung.

Weitere Zahlen & Fakten:

- Rund 50 % **der Gesamtflächen** sind im Besitz von Agrargemeinschaften, Gemeinden, Land und Bund. Durch die öffentliche Hand sind diese Flächen weitestgehend von Fremdeinflüssen geschützt, ebenso bei Agrargemeinschaften durch ihre Satzungen. Die diesbezüglichen Besitzverhältnisse sind nicht Gegenstand dieser Studie.
- 64 % **der Vorarlberger:innen besitzen kein Wohnbaugrundstück** bzw. keinen Anteil an einer Eigentumswohnung in Vorarlberg.
- 16 % der Gesamtbevölkerung **besitzen noch unbebaute Wohnbaugrundstücke** in Vorarlberg.
- Die Grundstücke und Besitzverhältnisse sind **sehr kleinstrukturiert**. Das Vererben und Bauen sowie die zielgerichtete und effektive Mobilisierung werden dadurch zunehmend erschwert.

Anteil der Betriebsflächen am Dauersiedlungsraum



Gewidmete, aber unbebaute Flächen sind schwer mobilisierbar. Hier liegt die Entscheidungskompetenz bei den Eigentümer:innen. Dies erhöht bei Gemeinden den Widmungsdruck zur Mobilisierung von landwirtschaftlichen Flächen.

Eine weitere negative Folge ist, dass gewidmete Flächen ohne Einfluss der öffentlichen Hand und ohne Einschränkungen des Grundverkehrs auf dem freien Markt veräußerbar sind und somit den Preisdruck auf Grundstücksflächen erhöhen. Diese uneingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten befeuern den Veranlagungswohnbau und verringern das Potenzial an Flächen für den dringend notwendigen Bedarf für Wohneigentum mit Hauptwohnsitz.

Fazit der Arbeiterkammer: Politik muss gestalten und nicht nur verwalten. Ziel der öffentlichen Hand müsse es künftig sein, stärkeren Einfluss auf die räumliche Entwicklung, den Grundverkehr und den Wohnungsmarkt zu nehmen. Wie bisher praktisch alles dem Markt zu überlassen und zu hoffen, es werde schon irgendwie gut gehen, sei maximal noch ideologisch argumentierbar, ignoriere aber völlig die schon deutlich spürbaren negativen Auswirkungen am Wohnungs- und Grundstücksmarkt in Vorarlberg. Die Arbeiterkammer Vorarlberg verfolge diese Entwicklung seit Jahrzehnten und sei immer wieder erstaunt, wie wenig sich die Politik tatsächlich dieser Probleme annehme.

Demnach sei die von der Vorarlberger Arbeiterkammer unter dem damaligen Präsidenten Josef Fink vor über dreißig Jahren aufgestellte Forderung nach einem Bodenfonds für Wohn- und Betriebsgrundstücke konsequent ignoriert worden und erst jetzt sei der politische Wille vorhanden, das Projekt umzusetzen. Was es aber inzwischen vielmehr benötige, sei eine klare Ansage gegen den spekulativen Wohnbau, der sich nicht an den Wohnbedürfnissen der Menschen orientiere, sondern nur an den Profitinteressen einiger Investoren. Als gesetzliche Vertreter der arbeitenden Menschen in Vorarlberg wolle man deshalb eine strenge Bedarfsprüfung nach dem Motto: Wer keinen Bedarf für die Deckung des eigenen Wohnbedarfs hat, kann in Vorarlberg nicht kaufen. Das sei rechtlich zwar nicht einfach umzusetzen, aber möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden sei.

Die von der AK beauftragte Studie von Univ.-Prof. Dr. Peter Bußjäger zeige den Weg dazu auf. Als Vorlage für derartige einschränkende Regelungen könne zudem der landwirtschaftliche Grundverkehr gelten. Denn was für den Schutz der Bauern durchaus Sinn mache, müsse auch für den Schutz der Wohnbevölkerung erlaubt sein. Diese leide unter den massiv gestiegenen Wohnungspreisen am stärksten. Und nachdem Wohnen ein Grundbedürfnis sei, das nicht substituiert werden könne, seien gestaltende Eingriffe in den Grundstücks- und Wohnungsmarkt ein Gebot der Stunde.

„Was es benötigt, ist eine **klare Ansage gegen den spekulativen Wohnbau.**“

Gerald Mathis,
Geschäftsführer des ISK Instituts für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung in Dornbirn

POLITIK & RECHT

Zwei Profis übernehmen das Ruder
Andrea Kaufmann und Erwin Dirnberger in Kurzporträts //
SEITE 30

Starkes Zeichen für Frauen in der Politik
Bürgermeisterinnentreffen 2023 in St. Ulrich //
SEITE 32

Freiwillige vor für Moldawien
Ein Feuerwehr-Projekt für das ärmste Land Europas //
SEITE 36

FOTO // sdtock.adobe.com/SZ-designs

Tempo 30 im Ortsgebiet (?)

Eine Novelle der Straßenverkehrsordnung soll Geschwindigkeitsbeschränkungen im Ortsgebiet erleichtern. Für eine tatsächliche Geschwindigkeitsreduktion bräuchte es aber auch Kontrollen.

TEXT // BERNHARD HAUBENBERGER

Sofern die Behörde nicht eine geringere Höchstgeschwindigkeit erlässt oder eine höhere Geschwindigkeit erlaubt, darf der Lenker eines Fahrzeugs im Ortsgebiet nicht schneller als 50 km/h, auf Autobahnen nicht schneller als 130 km/h und auf den übrigen Freilandstraßen nicht schneller als 100 km/h fahren. So lautet die geltende Fassung des § 20 Abs. 2 der Straßenverkehrsordnung (StVO).

Nachdem von der ursprünglich verfolgten, aber von vielen Seiten kritisierten Zielsetzung einer in der StVO generell festgelegten Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h innerhalb des Ortsgebiets abgegangen wurde (top down), soll nunmehr ein anderer – durchaus im Sinne der Gemeinden gelegener – Weg für Geschwindigkeitsbeschränkungen sorgen.

Zwar sind Gemeinden bislang schon für die Festlegung von Geschwindigkeitsbeschränkun- »

STOCK.ADOBE.COM

gen auf Gemeindestraßen zuständig, nicht selten scheitern sie aber an den Erfordernissen, den Voraussetzungen und der Bürokratie (Sachverständige, Gutachten), die mit verordneten Tempolimits einhergehen. Obwohl es vielerorts augenscheinlich ist und die Gemeinden am ehesten Bescheid wissen, wo zu schnell gefahren wird, wo die Hotspots liegen und wo Temporeduktionen sinnvoll und notwendig sind, sind ihnen vielfach die Hände gebunden, wenn sie auf ihren Gemeindestraßen Geschwindigkeitsbeschränkungen verordnen wollen. Auf Landesstraßen innerhalb des Ortsgebiets haben Gemeinden gleich gar keine Kompetenz und sind auf das Tätigwerden der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden angewiesen, die aber – auch den engen Vorgaben in der StVO wegen – bei Geschwindigkeitsbeschränkungen zurückhaltend sind.

Bottom up statt top down. Die Novelle der StVO sieht nunmehr eine Erleichterung bei der Erlassung von Geschwindigkeitsbeschränkungen vor. So soll statt von oben herab bzw. in der StVO verankert, zukünftig die jeweils zuständige Straßenbehörde in Ortsgebieten in Bereichen mit besonderem Schutzbedürfnis wie zum Beispiel Schulen, Kindergärten, Freizeiteinrichtungen, Krankenhäusern oder Senioreneinrichtungen die gemäß § 20 Abs. 2 erlaubte Höchstgeschwindigkeit verringern können (bottom up). Voraussetzung hierfür: Die Maßnahme muss lediglich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit oder Aufenthaltsqualität insbesondere von Fußgängern oder Radfahrern geeignet erscheinen.

So sinnvoll diese Maßnahme auf den ersten Blick ist, ihr fehlt ein wichtiger Aspekt: Damit die Schere zwischen verordneter Geschwindigkeit und tatsächlich gefahrener Geschwindigkeit nicht noch weiter auseinanderklafft, muss ein Schwerpunkt in dieser Novelle auch die Kontrolle der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit sein. Nachdem die Exekutive

> „Es wäre schon viel gewonnen, wenn die bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkungen eingehalten würden. **Mangels Kontrollen eine Illusion.“**

MAG. BERNHARD HAUBENBEGER IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

(C) RONALD RAMPSCH/stock.adobe.com

an chronischem Personalmangel leidet und Geschwindigkeitsüberwachungen auf Gemeindestraßen de facto nicht stattfinden, ist es unumgänglich, dass den Gemeinden gleichzeitig mit den angedachten Erleichterungen auch gesetzlich die Möglichkeit eingeräumt wird, von sich aus automationsunterstützte Geschwindigkeitsüberwachungen durchzuführen (punktuelle Geschwindigkeitsmessungen gemäß § 98b StVO).

Gemeinden fordern auch Grundlage für Geschwindigkeitsüberwachungen. Bis 2008 haben zahlreiche Gemeinden Radarüberwachungen durchgeführt und dafür gesorgt, dass das Geschwindigkeitsniveau auf Gemeindestraßen und insbesondere an neuralgischen Punkten abgenommen hat. Mit einer Entscheidung der Datenschutzkommission (heute Datenschutzbehörde) nahm die Überwachungstätigkeit der Gemeinden ein jähes Ende. Mangels konkreter gesetzlicher Grundlage für die automationsunterstützte Überwachung durch Gemeinden sah die Datenschutzkommission das Recht all jener auf Datenschutz verletzt, die zu schnell fahren. Entsprechend groß waren der Ärger und das Unverständnis aufseiten der Gemeinden. Seitdem kämpfen die Gemeinden für eine entsprechende gesetzliche Grundlage in der StVO. Anläufe in diese Richtung gab es schon, zu einer Beschlussfassung ist es aber bislang nicht gekommen. Jetzt wäre die Zeit reif.

KOMMENTAR

WAS HABEN PENSIONSANTRITTSALTER UND GESCHWINDIGKEITSBESCHRÄNKUNGEN GEMEINSAM?

„Kluft zwischen Soll und Ist“

In beiden Bereichen gibt es gesetzliche (Soll-)Werte, die vom tatsächlichen (Ist-)Geschehen deutlich abweichen. So gibt es eine Kluft zwischen dem gesetzlichen und dem tatsächlichen („faktischen“) Pensionsantrittsalter.

Ohne effektive Begleitmaßnahmen, wie etwa steuerliche Anreize, um länger im Erwerbsleben zu bleiben, wird sich an dem Umstand auch nichts ändern. Eine reine Erhöhung des gesetzlichen ändert am tatsächlichen Pensionsantrittsalter wenig. Ähnlich (aber mit umgekehrten Vorzeichen) ist es bei der Geschwindigkeit: Auch hier tut sich eine Schere zwischen gesetzlich vorgegebener und tatsächlich gefahrener Geschwindigkeit auf, die man durch eine (weitere) Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit nicht beseitigt, im Gegenteil. Ohne begleitende Maßnahmen ist eher mit einem weiteren Auseinanderdriften der Ist- von der Soll-Geschwindigkeit zu rechnen.

Gleich ob Geschwindigkeitsbeschränkung oder Pensionsantrittsalter: Regularien sind nur so gut, wie sie auch tatsächlich von den Normunterworfenen akzeptiert und beachtet werden. Ohne in der Sache wirksame (Begleit-)Maßnahmen ist die Festlegung von (Soll-)Werten zwar öffentlichkeitswirksam, der eigentlich verfolgten Zielerreichung, die in dem einen Bereich eine Erhöhung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters und auf der anderen Seite eine Reduktion der tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeit sein sollte, aber nicht dienlich.

Die letzten Novellen der Straßenverkehrsordnung waren geprägt von Verschärfungen der Strafmaßnahmen und -sanktionen, sollten die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten überschritten werden. So wurden die Strafrahmen deutlich erhöht, bei extremer Raserei droht sogar die Beschlagnahme des Fahrzeuges. Diese durchaus sinnvollen (Begleit-)Maßnahmen entfalten aber nur dann ihre Wirkung, wenn auch ausreichend Kontrollen stattfinden und der Verkehrsteilnehmer damit rechnen muss, dass ihn die angedrohte Sanktion auch tatsächlich trifft, wenn er Ge- und Verbote missachtet.

bernhard.haubenerger@gemeindebund.gv.at

ANDREA KAUFMANN & ERWIN DIRNBERGER

Zwei Profis übernehmen das Ruder

FOTO // Daniel Mauche/

Andrea Kaufmann, Präsidentin des Vorarlberger Gemeindeverbandes und Bürgermeisterin von Dornbirn

DEJA-VU FÜR EINE PIONIERIN

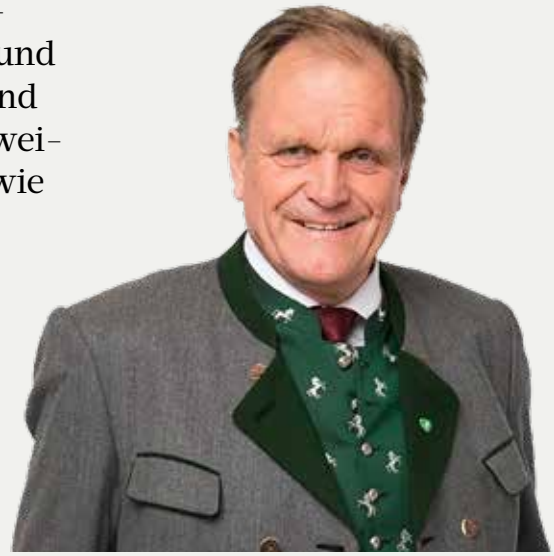
Andrea Kaufmann durchbrach die gläserne Decke, die sich Frauen in der Politik oft zeigt, gleich mehrfach. Sie wurde nicht nur als erste Frau ins Bürgermeisteramt Dornbirns, der größten Vorarlberger Stadt, gewählt, im Gemeindebund war sie auch die erste Frau überhaupt an der Spitze eines Landesverbandes. Nun ist sie auch noch die erste weibliche Spitze auf gesamtösterreichischer Ebene, zusammen mit ihrem steirischen Pendant Erwin Dirnberger. Die Umstände, wie sie in diese Funktionen kam, sind sich dabei recht ähnlich. Als sie im November 2020 beim coronabedingt virtuell abgehaltenen Gemeindeverbandstag zur Präsidentin gewählt wurde, übte sie das Amt bereits rund ein Jahr interimistisch aus, nachdem Harald Köhlmeier zurückgetreten war und der zweite Vizepräsident Werner Müller schon zuvor angekündigt hatte, sich aus gesundheitlichen Gründen zurückzuziehen. „Das war auch für mich selbst relativ überraschend", gibt sie zu. Ihre wichtigste Aufgabe damals war es, mit dem Land Vorarlberg ein Gemeindefinanzpaket auszuverhandeln. Das gelang ihr, trotz der widrigen Umstände: in mehreren Runden, ohne Präsidium, und unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie samt den daher notwendigen Soforthilfen.

Jetzt, im Sommer 2023, keine drei Jahre später, findet sich Kaufmann abermals in einer ganz ähnlichen Situation wieder. Wiederum springt sie als Stellvertreterin ein und übernimmt interimistisch die Präsidialfunktionen. Wiederum als erste Frau in dieser Rolle. Und wieder stehen wichtige Verhandlungen unmittelbar bevor, nämlich jene zum Finanzausgleich. Wer also ist die Frau, die im Duo mit ihrem steirischen Amtskollegen die Interessen der österreichischen Gemeinden durchsetzen soll?

Andrea Kaufmann wurde 1969 als Andrea Blenk, Tochter des langjährigen Nationalratsabgeordneten Wolfgang Blenk, in Dornbirn geboren. Sie studierte Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien und Volkswirtschaftslehre an der Universität Konstanz. Anfang der 90er-Jahre engagiert sie sich in der JVP Dornbirn und wird in weiterer Folge in den JVP-Landes- und Bundesvorstand gewählt. 2003 übernimmt sie die Funktion der Stellvertreterin des ÖAAB-Landesobmanns und bleibt es über 12 Jahre. In ihrer Heimatgemeinde wird sie Stadträtin für Kultur, Familie und Bildung, bis sie nach der Landtagswahl 2009 in das Regierungskabinett Sausgruber IV wechselt und fortan als Landesrätin für Kultur, Wissenschaft und Studienförderung, Weiterbildung, Archiv- und Bibliothekswesen sowie Musikschulen verantwortlich ist.

2011 wird Kaufmann Stellvertreterin des damaligen ÖVP-Bundesparteiobmanns Michael Spindelegger. Ein gutes Jahr später übernimmt sie als Landesrätin vom zurückgetretenen Rainer Gögele zusätzlich noch die Ressorts Hochbau, Maschinenbau, Elektrotechnik, Seilbahnen und Aufzugstechnik. 2013 legt sie ihre Landesfunktion zurück und wird von der Dornbirner Stadtvertretung als erste Frau zur Bürgermeisterin gewählt. Bei den folgenden Bürgermeister-Direktwahlen 2015 und 2020 bestätigt die Bevölkerung sie jeweils bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit in ihrem Amt. Zwei Monate später folgt die Kür zur Präsidentin des Vorarlberger Gemeindeverbandes. Die vierfache Mutter ist eine große Verfechterin von Gemeindekooperationen. „Schon jetzt haben wir über 260 formelle Gemeindekooperationen in Vorarlberg. Dennoch sollte man solche nochmals verstärkt angehen", sagt sie anlässlich ihres damaligen Amtsantritts. Gemeindezusammenlegungen sind hingegen für Kaufmann in Vorarlberg kein Thema.

Andrea Kaufmann ist die erste Frau an der Spitze Dornbirns, an der Spitze des Vorarlberger Landesverbandes und aktuell auch des Österreichischen Gemeindebundes. Und Erwin Dirnberger kann jahrzehntelange Erfahrung vorweisen, sowohl als Bürgermeister und im Gemeindebund wie auch als Landtagsabgeordneter.



Erwin Dirnberger,
Präsident des Gemeindebundes Steiermark und Bürgermeister von Söding-St. Johann

VERSIERTER ROUTINIER AUS DER LIPIZZANERHEIMAT

Erwin Dirnberger, der bisherige erste Stellvertreter des Gemeindebund-Präsidenten, übernahm zusammen mit Andrea Kaufmann die Agenden des Präsidialamtes. Wenn es auch überraschend und kurzfristig gekommen sein mag – so schnell bringt den 66-Jährigen nichts aus der Ruhe, denn der heimatverbundene Steirer ist ein alter Hase, was die Kommunalpolitik, auch über die Gemeindegrenzen hinweg, betrifft.

Dirnberger wurde 1957 in Hallersdorf (Bezirk Voitsberg) geboren. Nicht einmal zehn Jahre zuvor war Hallersdorf noch eine eigene Gemeinde, kam dann aber zur Gemeinde Sankt Johann -Köppling, die es heute ebenfalls nicht mehr gibt. Gemeindezusammenlegungen sollten auch in Dirnbergers weiterem Leben eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Zunächst besucht er jedoch die landwirtschaftliche Fachschule in Stainz und macht in Folge weitere landwirtschaftliche Ausbildungen. Ende der 70er-Jahre beginnt er in einer Molkerei zu arbeiten und wird Obmann der Jungen ÖVP in seiner Heimatgemeinde, die mittlerweile St. Johann-Köppling heißt. Mitte der 80er-Jahre steigt er zum Ortsparteiobmann auf, wird 1990 zum Bürgermeister gewählt – und ist es, mittlerweile 33 Jahre lang, bis heute.

Beruflich bleibt Dirnberger bis 2006 Angestellter in der Molkerei. Nebenerwerbslandwirt ist er bis heute. Politisch zieht es ihn auch in die Landespolitik. 1996 wird er nicht nur ÖVP-Bezirksparteiobmann von Voitsberg, sondern auch Abgeordneter im Steiermärkischen Landtag (heute Landtag Steiermark). Dort übernimmt er die Funktion des ÖVP-Bereichssprechers für Gemeinden sowie für Bau- und Raumordnung. Die Bereiche Gemeinden, ländlicher Raum sowie die Region Voitsberg bleiben seine gesamte politische Laufbahn über Dirnbergers Herzensangelegenheit. Im Jahr 2007 wird er schließlich Präsident des Gemeindebundes Steiermark. Besonderes Engagement zeigt der Bürgermeister von (damals noch) Sankt Johann-Köppling bei der steiermärkischen Gemeindestrukturreform, die auch seine eigene Gemeinde betrifft. Das südwestlich von Graz gelegene Sankt Johann-Köppling in der Lippizanerheimat wird mit der Gemeinde Söding fusioniert und trägt seitdem den Namen Söding-Sankt Johann.

Die Zeit vor den Gemeindezusammenlegungen beschreibt Dirnberger als „sehr herausfordernd, weil die Emotionen hochgingen“. Dort, wo der Wille zur Zusammenarbeit da war, habe es aber von Anfang an gut funktioniert. „In meiner Gemeinde beispielsweise erfolgte die Zusammenlegung vollkommen freiwillig und ohne Vorgabe des Landes. Es gab eine Volksbefragung und alle politischen Parteien waren eingebunden. Es hat gut funktioniert, trotzdem war die Umsetzung im Detail eine Herausforderung“, erinnert sich der Vater von vier Kindern zurück.

Dirnberger beweist dabei auch in schwierigen Zeiten sein politisches Geschick und wird wieder zum Bürgermeister der frisch fusionierten Gemeinde gewählt. Trotz seiner übergeordneten Funktionen im Land und im Gemeindebund setzt er sich weiterhin mit vollem Einsatz für seine Heimatregion Lippizanerheimat ein. Mit „den drei großen H, die es für gute Arbeit in den Gemeinden braucht – nämlich Herz, Hirn und Hand“, kämpft er als Gemeindebund-Präsident der Steiermark für die Stärkung des ländlichen Raumes sowie seit letztem Jahr als neuer Obmann der Wirtschaftsoffensive Voitsberg, die Teil der Lokalen Aktionsgruppe Lipizzanerheimat der gleichnamigen LEADER-Region ist, für nachhaltige integrierte Regionalentwicklung.

BÜRGERMEISTERINNENTREFFEN 2023

Starkes **Zeichen für Frauen** in der Politik

Anfang Juli kamen die österreichischen Bürgermeisterinnen zum alljährlichen Treffen zusammen. Austragungsort war heuer St. Ulrich bei Steyr. Rund 65 Ortschefinnen versammelten sich in der 3.000-Einwohner-Gemeinde, um sich zu vernetzen, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Große Freude über das gelungene Treffen bei der Initiatorin der Bürgermeisterinnentreffen, Bürgermeisterin Sonja Ottenbacher aus Stuhlfelden in Salzburg. 2004 war sie die erste Bürgermeisterin in Salzburg überhaupt, 2019 bis 2022 auch Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes.

Mehr Infos und mehr Bilder auf **gemeindebund.at/buergermeisterinnen-treffen-2023-in-st-ulrich-starkes-zeichen-fuer-frauen-in-der-politik/**

FOTOS // © Franz Gleiß

Rund 65 Ortschefinnen versammelten sich in der 3.000-Einwohner-Gemeinde St. Ulrich bei Steyr, um sich zu vernetzen, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Gastgeberin und Bürgermeisterin Annemarie Wolfsjäger unterstrich, wie wichtig der Austausch untereinander ist.

TEXT // EVA SCHUBERT

Das alljährliche Bürgermeisterinnentreffen bietet einen hervorragenden Rahmen, um sich mit den Kolleginnen zu vernetzen und einander den Rücken zu stärken. „Wir stellen immer wieder fest, dass der Austausch untereinander für die Arbeit in der eigenen Gemeinde unglaublich bereichernd sein kann“, wie Gastgeberin Bürgermeisterin Annemarie Wolfsjäger bei der Begrüßung meinte.

Erfahrung teilen und Inspiration sammeln. Der Montag startete mit einem Erfahrungsaustausch der Ortschefinnen über aktuelle Pilotprojekte in den Gemeinden. Im historischen Gebäude des Museums Arbeitswelt in Steyr diskutierten die Frauen über die brennenden Themen Kinderbetreuung, Verkehr und Energie sowie die praktische Umsetzung von entsprechenden Projekten. So berichtete Maria Knauder aus St. Andrä im Lavanttal über einen geförderten Kindergarten-Neubau und das damit verbundene Betreuungskonzept sowie eine neue Verbindung des Pflegeheim-Gebäudes mit dem Betreuten Wohnen über einen Glaskorridor. Reka Fekete aus Au am Leithaberge erzählte von der raschen Umsetzung einer Tagesbetreuungseinrichtung für unter Dreijährige in einer kleinen Gemeinde. Und Claudia Bock aus Wolfsgraben gewährte einen Einblick in die Errichtung einer Energiegemeinschaft mit gemeindeeigener PV-Anlage mit der Energie Zukunft Niederösterreich (EZN) und die damit verbundenen Probleme, etwa im Zusammenhang mit der Speicherung von Strom und rechtlichen Vorgaben. Öffentlicher Verkehr ist im ländlichen Raum ein großes Problem – Sabine Dorner-Leyerer aus Winklarn berichtete vom Projekt EMIL (Elektromobilität im ländlichen Raum), im Rahmen dessen die Gemeinde ein E-Auto ankaufte und ein bedarfsorientiertes Kinderschulbus-Modell ins Leben rief.

Thema Kinderbetreuung als Dauerbrenner. Im Anschluss stattete Frauenministerin Susanne Raab den Bürgermeisterinnen einen Besuch ab und betonte die wichtige Rolle der Gemeinden im Land. „Besonders im Kinderbetreuungs- und Pflegebereich sind die Kommunen die treibende Kraft bei der Umsetzung und beim Ausbau des Angebots“, so die Ministerin. „Der Bund ist dafür da, die Rahmenbedingungen zu schaffen, und wir brauchen euch, um gemeinsam an einem Strang zu ziehen.“ Raab richtete einen Appell an die Eigenverantwortung in der Bevölkerung, auch im Bereich der Kinderbetreuung und Kindererziehung. Künftig solle mehr Geld an die Bundesländer und an die Gemeinden zur Unterstützung von schutzbedürftigen Frauen verteilt werden, so die Ministerin, die auch auf den geringen Frauenanteil in politischen Positionen einging.

Raab hob auch das Projekt „Girls in Politics“ hervor, in dessen Rahmen Mädchen und junge Frauen zum internationalen Tag der Mädchen ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bei der Arbeit begleiten und dadurch Kommunalpolitik „schnuppern“ dürfen. Mit den Bürgermeisterinnen diskutierte die Frauenministerin über die Themen Karenzverkürzung, Haftung, Kinderarmut, Ferienbetreuung, Regelungen zum Schülertransport, Gleichstellung in der Politik und den wachsenden Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Gemeinden. »

EVA SCHUBERT, BAKK. BA, IST REDAKTEURIN BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND

„Es braucht mehr Gleichstellung in der Kommunalpolitik. Wir müssen auch an die Männer appellieren, mehr Frauen zur politischen Mitbestimmung zu motivieren."

Susanne Raab, Frauenministerin

Das Highlight des Nachmittags bildete der Workshop „Der Körper kann nicht lügen" mit dem Pantomimen und Körpersprache-Experten Samy Molcho.

Rechts: Geselliges Beisammensein gehört zum Austausch dazu.

Ganz rechts: St. Ulrich wurde 1982 per Deklaration zur weltweit ersten „Friedensgemeinde".

FOTOS // © Franz Gleiß

Was die Körpersprache verrät. Das Highlight des Nachmittags bildete der Workshop „Der Körper kann nicht lügen" mit dem Pantomimen und Körpersprache-Experten Samy Molcho, bei dem die Teilnehmerinnen vieles über die Macht der Körpersprache erfuhren und wie diese im zwischenmenschlichen Kontakt gedeutet und eingesetzt werden kann.

Friedensgemeinde St. Ulrich setzt Zeichen. Am Dienstag bekamen die Bürgermeisterinnen einen Einblick in das Projekt „Friedensgemeinde St. Ulrich": Die Kommune wurde im Jahr 1982 im Zuge einer Deklaration zur ersten Friedensgemeinde der Welt. Seitdem wurde ein internationales Partnerstädte-Netzwerk geschaffen und es wurden zahlreiche Initiativen für den Frieden gesetzt – angefangen von Denkmälern über den St. Ulricher Friedensappell bis hin zu Jugendprojekten zum Beginn des Ukraine-Kriegs. Als Zeichen der Solidarität knüpften die Bürgermeisterinnen anschließend mit bunten Bändern ein symbolisches Kunstwerk. Bei einem Workshop mit Petra Gajar vom Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) wurden diese Themen weiter vertieft sowie Gesundheit im Amt angesprochen.

Landeshauptmann zu Gast am Galaabend. Den Abschluss des Bürgermeisterinnentreffens machte der traditionelle Galaabend, an dem auch Landeshauptmann Thomas Stelzer teilnahm. Stelzer: „Auf die Gemeinden und Regionen kommen in den nächsten Jahren viele Herausforderungen zu. Als Bürgermeisterinnen habt ihr es da nicht immer leicht, ihr seid direkt dran an den Sorgen der Menschen. Vielen Dank für eure Arbeit in den Gemeinden!"
Angereichert mit vielen neuen Informationen, Kontakten und Erfahrungswerten konnten die Bürgermeisterinnen nach dem Treffen wieder in ihre Gemeinden zurückkehren. „Es ist schön zu spüren, dass man nicht allein ist", lautete das Fazit der Ortschefinnen, die sich bereits auf das Bürgermeisterinnentreffen 2024 in den burgenländischen Gemeinden Rauchwart und Deutsch-Kaltenbrunn freuen.

bmi.gv.at

Vorsicht vor betrügerischen SMS

Betrüger verschicken in Österreich immer wieder SMS mit Informationen zu vermeintlichen Bestellungen – diese enthalten Links zu gefährlicher Schadsoftware oder wollen Sie zur Herausgabe Ihrer Kreditkarteninformationen bewegen!

- **Fake-SMS löschen**
- **Auf keinen Fall auf verdächtige Links klicken**
- **Telefonnummer blockieren**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Bundesministerium
Inneres

DIE REPUBLIK MOLDAU

Ein kleines **Land mit großem Herz**

Die Republik Moldau oder Moldawien liegt am östlichen Ende Europas, eingebettet zwischen Rumänien und der Ukraine. Das Land, das flächenmäßig etwas kleiner ist als das Burgenland, Wien, Niederösterreich und Oberösterreich zusammen, beheimatet 2,6 Millionen Einwohner und gilt als das ärmste Land Europas.

TEXT & FOTOS // ANDREAS RIEGER

Seit rund einem Jahr ist Moldau EU-Beitrittskandidat, der Wunsch nach wirtschaftlichem Aufschwung mit einer Orientierung nach Westen ist vielerorts spür- und sichtbar. Doch die Zeiten bleiben herausfordernd. Ein Feuerwehr-Projekt aus Vorarlberg unterstützt seit zehn Jahren den Aufbau regionaler Strukturen.

Nur 1,5 Flugstunden von Wien entfernt taucht man bereits auf dem Weg aus der Hauptstadt Chișinău in die ländlichen Gebiete in eine andere Welt ein, in der die Zeit stehen geblieben scheint. Die Straßen sind eigentlich Feldwege, Autobahnen gibt es nur wenige Kilometer. Ähnlich marod ist die Sicherheitsinfrastruktur: Ein flächendeckendes Feuerwehrnetz ist Mangelware. Wir – eine Delegation des Österreichischen Gemeindebundes, des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes, der Gemeindebünde der Republik Moldau sowie der Ukraine – besuchten die 1.600-Seelen-Ortschaft Suhuluceni rund 80 Kilometer nördlich der Hauptstadt. Der Bürgermeister der Gemeinde hat erfahren, dass in den vergangenen zehn Jahren bereits 17 Freiwillige Feuerwehren in Moldau gegründet wurden. Nun will er auch eine.

Es braucht Strukturen. Zu diesem Zweck hat er die Projektleitung – in Abstimmung mit der nächstgelegenen und für sein Einzugsgebiet zuständigen Berufsfeuerwehr, die rund 30 Fahrminuten entfernt stationiert ist – zu sich eingeladen. Dafür wurde ein Saal in der örtlichen Schule reserviert. Neben den Vertretern der Gemeinde haben sich auch die Bürgermeister der umliegenden Orte eingefunden, denn sie alle wollen mitarbeiten und gemeinsam für mehr Sicherheit in ihrer Umgebung sorgen.

DIE REPUBLIK MOLDAU ist ein Binnenstaat in Südosteuropa. Sie grenzt im Westen an den EU-Mitgliedstaat Rumänien. Im Norden, Osten und Süden wird Moldau vollständig von der Ukraine umschlossen, denn zwischen Moldau und dem Schwarzen Meer liegt die ukrainische Region Budschak, die von Bessarabien abgetrennt wurde.
Historisch gehörte das Territorium ab der Gründung des Fürstentums Moldau zu diesem Staat, ab 1812 zum Russischen Kaiserreich, nach dem Ersten Weltkrieg großteils zu Rumänien und ab 1940 zur Sowjetunion. Als eigenständiger Staat existiert die Republik Moldau seit 1991, als sich

die Moldauische SSR während der Auflösung der Sowjetunion für unabhängig erklärte. Seit jener Zeit behindert der Transnistrien-Konflikt erheblich die politische Entwicklung des Staates; der Staatsteil Transnistrien steht nicht unter Kontrolle der moldauischen Regierung und wird von Russland unterstützt. Moldau ist seit dem 23. Juni 2022 EU-Beitrittskandidat.
Der Staatsname geht auf die Moldova (Moldau; nicht zu verwechseln mit der Moldau in Tschechien) zurück, auch wenn das heutige Staatsgebiet nicht mehr von diesem Fluss berührt wird. Der Staat wird nichtamtlich häufig „Moldawien“ genannt.

Hans Kohler, langjähriger Bürgermeister der Marktgemeinde Rankweil, ist der Gründervater des Vorarlberger Projekts „structure projects network“, einer kleinen, unabhängigen NGO, die sich um die Steigerung des ehrenamtlichen Engagements in Moldau bemüht. Gemeinsam mit dem ehemaligen Landesfeuerwehrinspektor von Vorarlberg, Hubert Vetter, und Martin Burtscher, Bürgermeister der Gemeinde Dalaas und auch lange Jahre Feuerwehrkommandant, wird vor der Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr den Gemeinden auf den Zahn gefühlt. Steht der Bürgermeister dahinter und hat er ehrliche Absichten? Ist die Akzeptanz durch die Berufsfeuerwehr gegeben? Gibt es ein Gebäude, das zur Verfügung gestellt werden kann? Gibt es potenzielle Mitglieder, die sich engagieren werden? Ein umfangreicher Katalog wird gemeinsam durchgearbeitet, bevor es zur Gründung – und damit verbunden zu einer Fahrzeugspende aus Vorarlberg – kommt.

„Ein Fahrzeug allein reicht nicht, es braucht die Absichtserklärung der Gemeinde, es braucht Freiwillige, es braucht Struktur und in weiterer Folge regelmäßige Ausbildung und Verbandsarbeit, unabhängig vom Staat, aber natürlich in guter Zusammenarbeit mit den Behörden“, erklärt Hans Kohler die Herangehensweise. Wenn es dann so weit ist, übernehmen Vorarlberger Feuerwehrmitglieder die Fahrzeugüberstellung und Einschulung. Ein Mentoring-Handbuch unterstützt sie dabei, damit nichts ausgelassen wird und alle Punkte berücksichtigt werden. So kann auch davon ausgegangen werden, dass für alle Gemeinden dieselben Standards gelten. Die Evaluierung in Suhuluceni und weiteren vier Gemeinden fand Mitte Juni statt, im Oktober sollen die Gründungen erfolgen.

Mit gutem Beispiel voran. Gute Beispiele gibt es mittlerweile viele. Eines davon ist Selemet mit rund 3.500 Einwohnern, rund eine Stunde südlich der Hauptstadt. Dort wurde bereits 2018 eine Freiwillige Feuerwehr nach österreichischem Vorbild gegründet – die motivierte Bürgermeisterin Tatiana Badan, die auch Präsidentin des moldauischen Gemeindebundes CALM (Congresul Autorităţilor Locale din Moldova) ist, begrüßte die Delegation, inklusive angetretener Feuerwehr mit Österreich-Fähnchen.

Man ist stolz und dankbar für die Unterstützung aus dem Westen. Nach Hintergrundgesprächen, bei denen auch die österreichische Botschafterin in Moldau, Stella Avallone, anwesend war, demonstrierte die FF Selemet bei einer Einsatzübung ihr Können, bevor die Delegation weiterreiste.

Gastfreundschaft wird hier besonders großgeschrieben, jeder ist willkommen und wird herzlich begrüßt. „Die Republik Moldau ist ein kleines Land mit großem Herz“, fasst es Botschafterin Avallone sehr treffend zusammen.

Feuerwehrpräsident Robert Mayer zeigt sich beeindruckt: „Es ist erstaunlich, was sich hier in den letzten Jahren getan hat. Natürlich macht es stolz, in einem fremden Land mit wehenden österreichischen Fahnen begrüßt zu werden und auf Feuerwehrhäusern den Projektnamen zu lesen. Diese Initiative zeigt, wie wertvoll unser Wissen im Bereich des ehrenamtlichen Engagements ist und dass wir dieses hinaustragen müssen. Hinzu kommt auch ein starkes Gefühl der Demut, vergleicht man doch unweigerlich unsere Feuerwehr-Infrastruktur mit jener in Moldau. Wir »

Die von Österreich mitgegründeten Feuerwehren in Moldau tragen am Fahrzeug und auf den Uniformen den Spender-Namen und den eigenen Namen. So identifizieren sich Spender und Empfänger miteinander und bleiben als Partnerfeuerwehren verbunden.

Oben: Frauen sind bei den neu gegründeten Feuerwehren in Moldawien gerne gesehen.

Feuerwehr-Präsident Robert Mayer und Österreichs Botschafterin Stella Avallone

Links: Stolz begrüßt Selemets Bürgermeisterin Tatiana Badan, die auch Präsidentin des moldauischen Gemeindebundes CALM ist, die Delegation, im Hintergrund die FF Selemet.

Die Unterstützung der Ukraine von Feuerwehrseite war auch Inhalt der Gespräche des ÖBFV bei EU-Kommissar Janez Lenarčič in Brüssel. Beim Besuch in Moldau waren auch ukrainische Feuerwehrler dabei, ein weiterer Austausch ist geplant.

Lesen Sie auch das Interview mit Robert Mayer auf Seite 40.

Bei jeder Feuerwehr wird betont, in Zukunft auch auf die Kinder zugehen zu wollen. Man hat verstanden, dass die Stärkung des Landes in den Händen der Jugend liegt und regionales Engagement an die Gemeinde bindet.

müssen dankbar sein, dass unsere Vorfahren so viel Energie in unser System gesteckt haben. Wir sind jetzt in der Lage, einer neuen Generation in einem anderen Land dasselbe zu ermöglichen. Auch wenn es noch viele Generationen dauern wird – es ist möglich."

Der Samen keimt. Hans Kohler führte die Delegation zu den Gerätehäusern von weiteren vier Feuerwehren. Jeder scheint ihn zu kennen. Oft war er schon vor Ort, vor der Gründung und auch danach immer wieder. Beispiele wie in Selemet gibt es viele. Mittlerweile engagieren sich auch jüngere Männer – vereinzelt auch Frauen – ehrenamtlich bei der Feuerwehr. In Bogzesti (500 Einwohner) erzählte uns der mit der Abwanderung kämpfende Bürgermeister, dass seit der Gründung der Feuerwehr im Jahr 2017 die Leute wieder miteinander reden. In Cojusna (ca. 6.200 Einwohner) gibt es beim jährlichen Weinfest eine öffentliche Übung der Feuerwehr, um der Bevölkerung den Mehrwert zu zeigen und neue Mitglieder zu gewinnen.

„Die gemeinsame Exkursion in die Republik Moldau hat uns klar und deutlich gezeigt, wie stolz wir auf unser Feuerwehrwesen und die 350.000 Ehrenamtlichen in allen Bundesländern sein können. In einem Land, das mit Ehrenamt keine Erfahrung hat, erkennen wir durch die Initiative von Hans Kohler und seinen Kollegen, welchen Wert der freiwillige Einsatz für andere für die Gesellschaft wirklich hat", resümierte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

Interesse aus dem Nachbarland. Ständiger Begleiter dieser Exkursion, die auf Initiative und Einladung des österreichischen Gemeindebundes organisiert wurde, waren Vertreterinnen und Vertreter des Gemeindebundes sowie des Katastrophenschutzes der Ukraine. Im Gemeindebund ist man überzeugt, dass das „Modell Moldau" auch in der Ukraine Fuß fassen kann: „Gemeinsam mit dem Österreichischen Bundesfeuerwehrverband will der Österreichische Gemeindebund die Erfahrungen aus Vorarlberg nutzen, um das bewährte österreichische Feuerwehrsystem in die Ukraine zu tragen. Ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement stärkt auch die Gemeinden und letztlich einen unabhängigen Staat."

Im vom Krieg gebeutelten Land steht man unweigerlich vor einer Neuausrichtung. Die Stärkung der Regionen wird nach Kriegsende in den Mittelpunkt rücken, man befürchtet, dass viele Geflüchtete nicht mehr zurückkommen und Gemeinden verwaist bleiben. Das Modell der Freiwilligen Feuerwehren nach österreichischem Vorbild hat ihr Interesse geweckt. Erste direkte Kontakte konnten durch das Zusammentreffen geknüpft werden, ein weiterer Austausch ist noch heuer geplant.

Gemeinsam hat der ÖBFV mit dem Deutschen und dem Polnischen Feuerwehrverband bereits eine diesbezügliche Absichtserklärung verfasst und ein gemeinsames Engagement bekundet (Details dazu siehe Mai-Ausgabe des ÖBFV-Fachmagazins FEUERWEHR.AT).

Die Unterstützung der Ukraine von Feuerwehrseite war auch Inhalt der Gespräche des ÖBFV bei EU-Kommissar Janez Lenarčič in Brüssel (FEUERWEHR.AT wird in der September-Ausgabe darüber berichten). „Es passiert aktuell schon sehr viel für die Ukraine. Neben Fahrzeug- und Gerätespenden wird nun auch der persönliche Kontakt intensiviert. Bleibt zu hoffen, dass der Krieg bald ein Ende findet und die Hilfe auch auf Ausbildung und einen intensiven Erfahrungsaustausch erweitert werden kann. Ich bin überzeugt, dass wir hier einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der ukrainischen Regionen leisten können", zeigt sich Feuerwehr-Präsident Mayer zuversichtlich.

> **„Ein Fahrzeug allein reicht nicht,** es braucht die Absichtserklärung der Gemeinde, es braucht Freiwillige, es braucht Struktur und in weiterer Folge regelmäßige Ausbildung."
>
> **Hans Kohler,** langjähriger Bürgermeister der Marktgemeinde Rankweil, ist der Gründervater des Vorarlberger Projekts „structure projects network"

BRANDRAT **ANDREAS RIEGER** LEITET DIE STABSSTELLE KOMMUNIKATION DES BUNDESFEUERWEHRVERBANDES

FOTO // Mathias Seyfert

ROBERT MAYER IM KOMMUNAL-GESPRÄCH

„Feuer & Flamme“ für die Feuerwehr

Die freiwilligen Feuerwehren sind einer der Hauptpfeiler des sicheren Zusammenlebens in Österreich. Ohne die Tausenden Freiwilligen wären Ereignisse wie Anfang August in Kärnten und der Steiermark nicht zu bewältigen. KOMMUNAL sprach mit Bundesfeuerwehrpräsident Robert Mayer kurz vor dessen Aufbruch zum 24. Bundesfeuerwehrjugendleistungsbewerb in Osttirol.

Herr Präsident, die Feuerwehren – und vor allem die freiwilligen Feuerwehren – sind eine zentrale Stütze des kommunalen Lebens. Wie sieht es denn mit den Mitgliederzahlen aus? Gibt es noch genügend Freiwillige?
ROBERT MAYER: Wir sind mit der Entwicklung sehr zufrieden, die Statistiken der letzten Jahre zeigen eine positive Entwicklung, gerade in der Feuerwehrjugend ist der Zulauf nach wie vor groß. Ich freue mich sehr, dass immer mehr Frauen und vor allem auch Mädchen den Weg in die Feuerwehr bzw. die Feuerwehrjugend finden. Besonders hervorheben möchte ich, dass immer mehr Frauen auch Führungsverantwortung übernehmen und in Kommandofunktionen gewählt werden sowie sich auf Abschnitts- und Bezirksebene engagieren. Aber auch als Atemschutzgeräteträgerin oder Kraftfahrerin behaupten sich Feuerwehrfrauen im täglichen Einsatzdienst. Das zeigt auch die Statistik 2022, aus der hervorgeht, dass im Vergleich zum Jahr davor ein Plus von 2.819 Frauen und Mädchen dokumentiert wurde. Das bedeutet, dass rund 60 % der Neumitglieder im Jahr 2022 weiblich waren.

Die Änderung der Gemeindestrukturen – sehr viele Zweitwohnsitzer vor allem in urbanen Speckgürteln – bringt es ja mit sich, dass viele Menschen nicht die Bindung zur jeweiligen Gemeinde wie die lokale „Stammbevölkerung“ haben. Wirkt sich das auf die Einsatzbereitschaft der Feuerwehren aus? Und wenn ja, wie?
Es zeichnet sich hier eine sehr problematische Entwicklung ganz allgemein ab. Die Bindung an die Wohngemeinde, sich zu engagieren und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, findet immer seltener statt, gleichzeitig möchten aber alle Vorzüge (auch die uneingeschränkte Hilfe) konsumiert werden. Diese Entwicklung und die Mobilität unserer Gesellschaft sind Faktoren, die wir schon seit einiger Zeit beobachten und auf die wir uns einstellen müssen. So gibt es mittlerweile die Möglichkeit von Zweitmitgliedschaften, damit Feuerwehrmitglieder am Wochenende in ihrer Stammfeuerwehr aktiv sein können und unter der Woche ihr Engagement bei der Feuerwehr in der Nähe des Arbeits- oder Ausbildungsplatzes einbringen können. Dadurch wird auch die Chance auf Anschluss und das Knüpfen neuer sozialer Kontakte in einer neuen Umgebung – wenn man beispielsweise ein Studium beginnt – gefördert.

Das wirft auch die Frage nach der Lebensdauer bzw. der Eignung der Fahrzeuge und Ausrüstung für neue Gefahrenlagen auf. Sind die Feuerwehren auf moderne Gefahren ausreichend vorbereitet, auch mit Schulungen?
Wir stehen aktuell einer sehr rasanten und herausfordernden technischen Entwicklung gegenüber. Das betrifft einerseits das Einsatzspektrum und andererseits die Technisierung der Ausrüstung und Ausstattung. Die derzeitigen Finanzierungen decken überwiegend Investitionen in Ausrüstung und Gerät ab, wobei wir hier eine erhebliche Schieflage aufgrund der massiven Teuerungen haben. In den Landesfeuerwehrverbänden wurde in den letzten Jahren bereits begonnen, neue Fahrzeug- und Ausrüstungskonzepte umzusetzen. Im Besonderen geht es dabei beispielsweise um Logistikfahrzeuge, die sich speziell bei den Katastropheneinsätzen

Das Interview wurde redaktionell gekürzt. Lesen Sie den Volltext und die Antworten zu Fragen wie nach den **Feuerwehrfesten,** der **Suche nach Freiwilligen**, den **neuen Anforderungen durch PV-Anlagen,** der **Digitalisierung,** der **Hilfe beim Aufbau von Freiwilligenstrukturen in anderen Ländern** und nicht zuletzt der **Finanzierung** auf

https://kommunal.at/feuer-und-flamme-fuer-das-ehrenamt

oder folgen Sie dem QR-Code:

Robert Mayer, Präsident des Österreichischen Feuerwehrverbandes

> Die **Bindung an die Wohngemeinde, sich zu engagieren** und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, findet immer seltener statt.“
>
> **Robert Mayer**

ZUR PERSON

Beim 22. Bundesfeuerwehrtag 2022 in St. Pölten wurde **Robert Mayer** zum neuen Feuerwehrpräsidenten gewählt. Mayer trat 1989 der FF Schwanenstadt bei, in der er bis heute noch seinen Dienst als Feuerwehrmann mit Leidenschaft versieht. Sein Engagement für das Feuerwehrwesen führte ihn 2011 in die Funktion als stellvertretender Landesfeuerwehrkommandant.
Die Führung des oberösterreichischen Landesfeuerwehrverbandes übernahm er 2019.

und Großschadenslagen bestens bewähren. Ein besonderer Fokus gilt auch der Ausrüstung für Vegetationsbrände bzw. Waldbrände. Der Fokus wird in Zukunft neben der technischen Entwicklung auch sehr stark bei der Ausbildung liegen müssen. Die Landesfeuerwehrschulen müssen entsprechend finanziert werden, um nicht nur auszubilden, sondern auch dringend notwendige Inhalte entwickeln zu können.

Sie waren im Juli in der Republik Moldau, wo der Feuerwehrverband und unter anderem der Gemeindebund den Aufbau von Freiwilligen-Strukturen unterstützen (und nicht nur dort), auch mit Fahrzeugen. Wenn diese Fahrzeuge in anderen Ländern weiterlaufen können, wieso müssen sie bei uns nach einer gewissen Kilometerleistung oder aus Altersgründen ausgemustert werden?
Die meisten Löschfahrzeuge haben eine Mindestnutzungsdauer von 25 Jahren. Teilweise werden sie auch länger betrieben. In dieser Zeit entwickelt sich der Stand der Technik massiv weiter. In der vorher gestellten Frage findet sich eigentlich die Antwort zu dieser Frage. Wenn man die Länder vergleicht und damit auch die Anforderungen an das Feuerwehrwesen, dann erklärt sich die notwendige Modernisierung bei uns.
In der Republik Moldau entsteht, dank des großartigen Engagements auch aus Österreich (insbesondere durch Vorarlberg), ein freiwilliges Feuerwehrsystem. Die Anforderung sind dabei wesentlich anders im Hinblick auf das Einsatzgeschehen als bei uns.

Noch eine Belastung, die gerade in den vergangenen Monaten immer spürbarer wird, ist die Zahl und Dauer der Einsätze nach Unwetterereignissen. Hangrutschungen, Hagelschäden, Murenabgänge usw. nehmen immer mehr zu und es wird vermehrt die Frage gestellt, wie die FF das schaffen sollen. Auch die langen Abwesenheiten vom Arbeitsplatz werden immer wieder diskutiert. Wie reagiert man da im Verband?
Wir sind hier neben der Akzeptanz und Unterstützung der Familie auch von der Wirtschaft ganz klar abhängig. Wir sehen es aber als eine wertvolle Partnerschaft und eine Win-win-Situation für beide Seiten. Der ÖBFV unterstützt dieses Zusammenspiel aus Unternehmen und Gesellschaft, indem zum Beispiel regelmäßig „feuerwehrfreundliche Arbeitgeber“ ausgezeichnet werden, um jene Unternehmen vor den Vorhang zu holen, die sich hier besonders hervortun. Viele Bereiche aus dem öffentlichen Dienst (Gemeinden, Länder ...) schaffen die Möglichkeit von Dienstfreistellungen.
Zusätzlich wurde aus Mitteln des Kat-Fonds eine Möglichkeit geschaffen, Arbeitgeber zu entschädigen, wenn sie ihre Arbeitnehmer bei Großschadensereignissen freistellen. In allen Bundesländern wurden Einheiten etabliert, um Ablösen aus nicht so stark betroffenen Regionen sicherzustellen (Katastrophenhilfsdienste). Das funktioniert aufgrund der Flächendeckung und der guten Ausstattung sehr gut.
Generell sehen wir sehr großes Verständnis der Arbeitgeber, wenn es um Katastrophen- oder Großschadensereignisse geht. Bei dieser Gelegenheit bedanke ich mich bei allen Arbeitgebern, die das Engagement ihrer Mitarbeiter zu schätzen wissen und durch die Unterstützung dieser Menschen einen wesentlichen Beitrag zu mehr Sicherheit in unserem Land leisten.

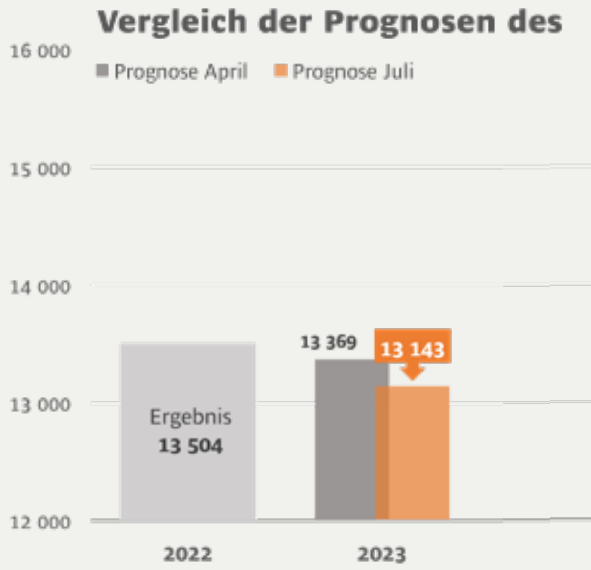
WEITERER DÄMPFER FÜR ERTRAGSANTEILE

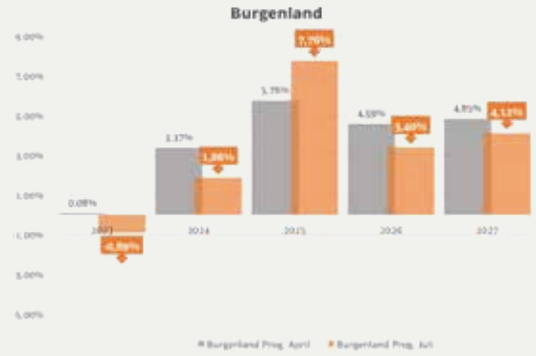
Prognosen **weiter nach unten** korrigiert

Im Rahmen des Bundesvoranschlags (BVA 2023) legte das Finanzministerium im Oktober 2022 eine Prognose der Ertragsanteile vor, die bereits die sogenannte Abschaffung der kalten Progression beinhaltete und auch den Ausgangspunkt für die im Dezember 2022 gestarteten Verhandlungen zum Finanzausgleich ab 2024 bildete. Zu diesem Zeitpunkt im Herbst 2022 ging die Wirtschaftsforschung für 2023 von einem realen BIP-Wachstum von etwa 0,2 Prozent aus.

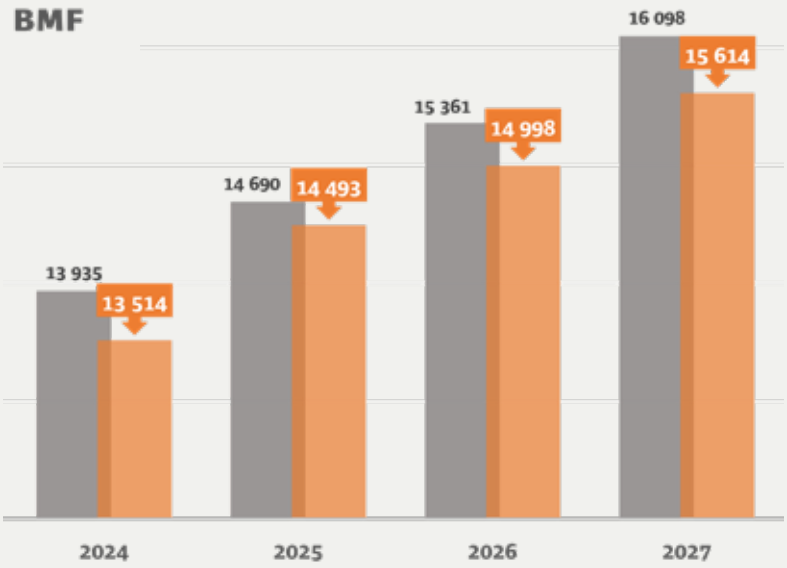
Obgleich sich die Konjunkturerwartung der Wirtschaftsforschung für 2023 und 2024 im Frühjahr leicht verbesserte, musste das Finanzministerium bereits Mitte April 2023 seine Prognose der Gemeinde-Ertragsanteile deutlich nach unten korrigieren. Im Vergleich zur Oktober-2022-Prognose betrug die Korrektur für den Zeitraum 2023 bis 2026 fast eine Milliarde Euro.

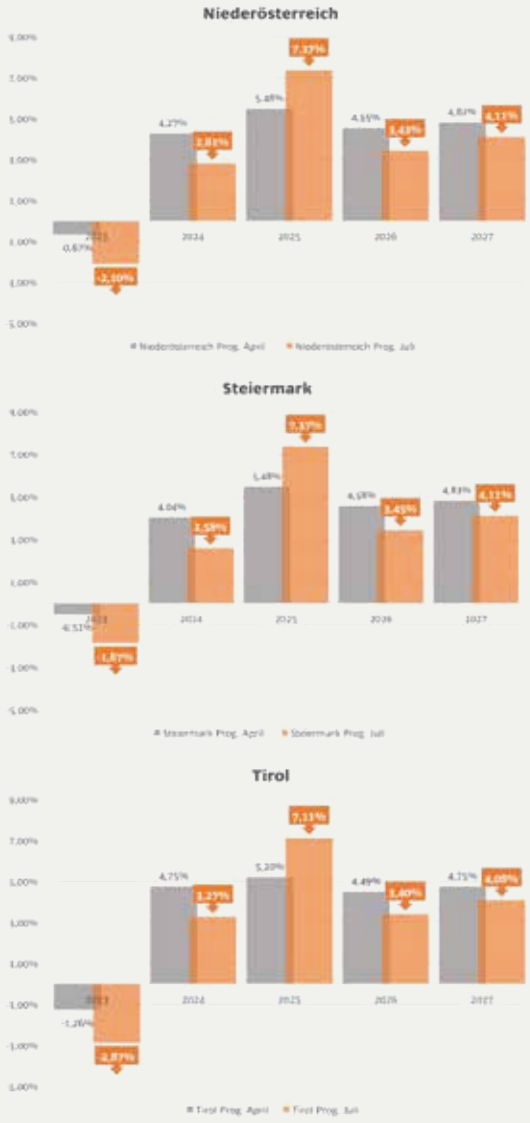
Darüber hinaus rechnete das BMF seither für das Jahr 2023 mit einem tatsächlichen Rückgang der Gemeinde-Ertragsanteile (–1,0 Prozent gegenüber 2022). Dieser Knick der Gemeinde-Ertragsanteile wird sich nicht nur auf die anstehenden Voranschläge auswirken, sondern auch auf die in den kommenden Wochen zu finalisierenden Gespräche zum Finanzausgleich 2024 bis 2028.





Die korrigierten Prognosen für die Bundesländer im Vergleich





Ende Juni revidierte das WIFO seine Erwartung des realen BIP-Wachstums für 2024 von 1,8 auf 1,4 Prozent nach unten. Für 2023 wird weiterhin mit schwachen +0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gerechnet.

Auf Basis dieser neuen Konjunkturprognosen legte das Finanzministerium Mitte Juli eine neue Ertragsanteile-Prognose bis 2027 vor, die noch einmal einen drastischen Rückgang der Gemeinde-Ertragsanteile zeigt. Wie auch aus der Grafik ersichtlich, hat das BMF noch im April die Einnahmen der Gemeinden aus Ertragsanteilen für die Jahre 2023 bis 2027 um fast 1,7 Milliarden Euro höher eingeschätzt, als dies nun Mitte Juli der Fall war.

Das Minus des heurigen Jahres dürfte nun nicht nur 1 Prozent, sondern bundesweit durchschnittlich fast 3 Prozent betragen. Auch zeigt das geringe erwartete Ertragsanteile-Wachstum für 2024 (+2,8 Prozent), dass der Aufholeffekt erst 2025 eintreten dürfte.

DIALOG AUF AUGENHÖHE

„Coffee with Cops“

Die neue Aktion der Polizei „Coffee with Cops“ startete mit Unterstützung der ÖBB am 25. Juli 2023 österreichweit auf 27 Bahnhöfen. Das Interesse innerhalb der Bevölkerung war groß, weitere Termine sind geplant.

(C) ARMIN HALM

Miteinander auf Augenhöhe über Probleme, Anliegen oder Alltägliches sprechen: Das ist das erklärte Ziel der im Rahmen der Initiative „GEMEINSAM.SICHER mit unserer Polizei“ gestarteten Aktion „Coffee with Cops“. Bei einer Tasse Kaffee können sich Bürgerinnen und Bürger mit Polizistinnen und Polizisten aus ihrer Region über Themen unterhalten, die ihnen am Herzen liegen. Durch das zwanglose und persönliche Gespräch wird eine Vertrauensbasis geschaffen. Beim gemeinsamen Kaffee können Fragen rund um allgemeine Themen zur Polizei, etwa Informationen über den Polizeiberuf und die dafür notwendige Ausbildung, aber auch zu Alltagsthemen und Sicherheitsanliegen geklärt werden. Das Projekt „Coffee with Cops“ ist also eine zeitgemäße Variante des Community-Policing-Ansatzes nach internationalem Vorbild.
„Viele Bürgerinnen und Bürger erklärten, dass sie wegen doch eher lapidarer Themen keine Polizeiinspektion aufsuchen, sich aber freuen würden, sich in diesem Rahmen austauschen zu können“, erklärte der Leiter des Büros Kriminalprävention und Opferschutz im Bundeskriminalamt Bernhard Schafrath, BA MA.

Weitere Termine bereits geplant. In der ersten Oktoberwoche wird es rund um den Internationalen „Coffee with Cops Day“ österreichweit täglich Aktionen geben. Darüber hinaus werden zukünftig weitere regionale „Coffee with Cops“-Termine in ganz Österreich angeboten, die durch die dortigen Sicherheitskoordinator:innen in Absprache mit anderen Kooperations- und Sicherheitspartnern, Gemeinden, Vereinen, Organisationen oder der Wirtschaft in den Regionen organisiert werden.

Kommunikation innerhalb der Gemeinde. Jede Gemeinde hat ihre eigenen spezifischen Themen, die die dort ansässigen Bürgerinnen und Bürger beschäftigen. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber auch der Gemeinderat können mit der Polizei regionale „Coffee with Cops“-Aktionen innerhalb ihrer Gemeinde vereinbaren und (mit) organisieren. Die regional zuständigen Sicherheitskoordinatorinnen und -koordinatoren sowie Sicherheitsbeauftragte in den Polizeiinspektionen fungieren hierbei als direkte Ansprechstelle für die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde.

Ihre Polizeiinspektion unter **www.gemeinsamsicher.at**

WKÖ-CHEF HARALD MAHRER IM GESPRÄCH

„Bei Kinderbetreuung **in die Gänge kommen“**

Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer forderte Anfang August einen umfassenden Ausbau der Kinderbetreuung. Er sieht darin nicht nur einen Schlüssel zur Arbeitsplatzschaffung in Zeiten des Arbeitskräftemangels, sondern auch einen Weg zu Chancengerechtigkeit und einer besseren Zukunft für Kinder und Eltern.

Sie fordern den Ausbau der Kinderbetreuung und haben dazu eine Agenda Kinderbildung & Kinderbetreuung präsentiert. Warum ist das der Wirtschaft ein so großes Anliegen?

HARALD MAHRER: Eine flächendeckende und hochwertige Kinderbetreuung ist der Schlüssel zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine bessere Vereinbarkeit hätte einen enormen Arbeitsplatzeffekt. Gerade in Zeiten des Arbeitskräftemangels ist es dringend notwendig, Eltern die Möglichkeit zu geben, Wochenstunden aufzustocken. Laut einer AMS-Erhebung geben allein 65.200 Frauen in Österreich an, dass sie ihre Arbeitszeit ausweiten würden, wenn sie mehr Kinderbetreuung hätten.

Der Nutzen von Kinderbildung und Kinderbetreuung geht aber darüber hinaus: Kinder profitieren, weil in diesen Jahren das Fundament für ihre persönliche Entwicklung gelegt wird und sie Chancengerechtigkeit erhalten, Eltern profitieren, weil sie erst dann, wenn ein entsprechendes Betreuungsangebot vorhanden ist, echte Wahlfreiheit haben, und natürlich profitieren die Betriebe und die Gesellschaft. Das ibw (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft) hat errechnet, dass jeder in frühkindliche Bildung investierte Euro achtfach an die Gesellschaft zurückkommt. Investitionen in Kinderbildung und Kinderbetreuung sind also ein Gewinn fürs ganze Land.

Österreich hinkt vor allem bei der Betreuungsquote der unter 3-Jährigen hinterher, das Barcelona-Ziel einer Betreuungsquote von 33 Prozent wird seit Jahren nicht erreicht. Was sind aus Ihrer Sicht die Hauptgründe dafür?

Ein wesentlicher Grund für den äußerst unbefriedigenden Status quo sind die fragmentierten Zuständigkeiten in Österreich. Bund, Länder, Gemeinden sowie private Träger teilen sich – je nach Bundesland unterschiedlich – die Kompetenzen auf. Es gibt keinen vorgegebenen qualitativen Rahmen, keine einheitlichen Gruppengrößen und sogar die Gehälter der Elementarpädagog:innen variieren je nach Bundesland. Das wiederum macht die Finanzierung sehr komplex und das gesamte System Kinderbetreuung intransparent und schwer administrierbar.

Was können Gemeinden tun, um diese Situation zu ändern?

Es muss uns klar sein: Kinder sind keine heiße Kartoffel, deren Anliegen von einer Ebene zur anderen herumgeschoben werden, sondern Kinder sind der größte Schatz, den ein Land hat. Die Zeit des Herumeierns und des Verschiebens von Verantwortung von einer Ebene zur anderen muss daher endlich vorbei sein. Jetzt geht es darum, Rückgrat zu zeigen und mutige Entscheidungen zu treffen. Dies können innovative Konzepte für Gemeindekooperationen sein, ein attraktives Angebot an Nachmittagsbetreuung sowie die Abdeckung von Ferienzeiten oder eine wohnortnahe Betreuung nach dem Vorarlberger Modell. Und ja, die Gemeinden sind da sicher in einer herausfordernden Situation, denn es gibt fixe Planungshorizonte im kommunalen Bereich – gleichzeitig muss es gelingen, die Kinderbetreuung in den Regionen zu stärken.

Ein Grund, warum manche Gemeinden keine ganztägige Betreuung anbieten, ist auch, dass sie oft gar nicht nachgefragt wird.

AGENDA KINDERBILDUNG & KINDERBETREUUNG

Die Agenda Kinderbildung & Kinderbetreuung wurde von der WKÖ gemeinsam mit Experten entwickelt. Sie definiert konkrete Maßnahmen in den drei Handlungsfeldern frühkindliche Bildung, qualitativer und quantitativer Ausbau des Betreuungsangebots sowie Personal- und Ausbildungsoffensive. Jetzt sei, so Mahrer, die Politik am Zug: Setzt sie die vorgeschlagenen Maßnahmen um, dann sollten laut WKÖ die in der Agenda gesteckten Ziele erreicht werden können. Sie lauten, bis 2030 die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen auf 45 Prozent anzuheben, in der Betreuung der 3- bis 6-Jährigen echte Wahlfreiheit zu schaffen und die Öffnungszeiten um zwei Stunden pro Tag auszuweiten.

FOTO// WKÖ/Studeny

„Ich bin überzeugt: Wenn wir erst das Angebot schaffen, dann **ist auch die Nachfrage da.**“

Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer im Gespräch mit Hans Braun von KOMMUNAL

Das ist ein Katze-beißt-sich-in-den-Schwanz-Problem. Viele Eltern, insbesondere Frauen, arbeiten nur für wenige Stunden und benötigen daher nicht mehr Betreuung. Umgekehrt arbeiten viele Teilzeit, weil es nicht ausreichend Betreuungsplätze mit Öffnungszeiten gibt, die mit einer modernen Arbeitswelt kompatibel sind. Daher brauchen wir attraktive Kinderbetreuung ebenso wie mehr Anreize, um Stunden aufzustocken. Und ich bin überzeugt: Wenn wir erst das Angebot schaffen, dann ist auch eine Nachfrage da. Denn erst wenn es das Angebot gibt, besteht echte Wahlfreiheit.

Viele Gemeinden würden gerne bessere Kinderbetreuung anbieten, können sich das aber nicht leisten. Wie sollen sie die Kosten des Ausbaus stemmen?

Es ist richtig, dass Investitionen nötig sind. Doch Kinderbildung und Kinderbetreuung muss uns etwas wert sein. Um die Ziele, die wir uns gesetzt haben, zu erreichen, sind bis 2030 kumuliert Investitionen von österreichweit 6,32 Milliarden Euro nötig. Diesen stehen aber Mehreinnahmen an Lohnsteuer, Körperschaftssteuer, Mehrwertsteuer etc. gegenüber, sodass die fiskalischen Effekte bereits 2027 höher wären als die Ausgaben. Außerdem erhöht sich das BIP durch den Ausbau ab 2030 um 7,01 Milliarden Euro pro Jahr. Das zeigt: Investitionen in unsere Kinder sind echte Zukunftsinvestitionen.

Im Finanzausgleich wird den Gemeinden dennoch oft nicht genug Geld dafür zur Verfügung gestellt.

Ich habe volles Verständnis dafür, dass Gemeinden eine Reihe von Investitionen haben, die Geld kosten. Im Finanzausgleich muss man jetzt Prioritäten setzen. Wir wissen aus einer market-Umfrage, dass ein Ausbau der Kinderbetreuung auch in der Bevölkerung oberste Priorität hat. Jeweils 81 Prozent der Bevölkerung und der befragten Unternehmen sagen, dass ein Ausbau des Betreuungsangebots wichtig oder sogar sehr wichtig wäre.
Wir müssen daher mutige Investitionen tätigen – Investitionen in kleine Kinder sind das bestinvestierte Geld, das die Republik ausgeben kann.

Sie haben in der Agenda Kinderbildung & Kinderbetreuung sehr ehrgeizige Ziele formuliert, etwa die Erhöhung der Betreuungsquote der unter 3-Jährigen auf 45 Prozent bis 2030. Ist das realistisch und gibt es überhaupt ausreichend Personal dafür?

Die personelle Situation ist tatsächlich ein Engpassfaktor. Es muss mehr Anerkennung für das Personal geben und auch eine Bezahlung, die der gesellschaftlichen Wichtigkeit ihrer Tätigkeit entspricht. Es ist viel mehr als nur Betreuung. Auch darf es keinen Wildwuchs bei der Aus- und Weiterbildung geben, diese darf im Burgenland nicht anders aussehen als in Vorarlberg. Dasselbe gilt für Öffnungszeiten, Ferienöffnung oder Gruppengrößen.

Mit unserer Agenda liegt die Bauanleitung für Bund, Länder und Gemeinden auf dem Tisch und könnte ab sofort umgesetzt werden. Die Ziele sind durchaus realistisch. Wir brauchen nur endlich einen nationalen Schulterschluss.

ZUR PERSON

Harald Mahrer (ÖVP) ist seit Mai 2018 unter anderem Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) und Präsident der Oesterreichischen Nationalbank. Von 2014 bis 2017 war Mahrer in der Bundesregierung Faymann II unter Minister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) Staatssekretär im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, bevor er nach dem Rücktritt Mitterlehners von 2016 bis 2017 selbst zum Minister aufstieg.

ÖSTERREICHISCHE APOTHEKERKAMMER

Die Apotheke: 365 Mal „Tag der offenen Tür“

Niemand schlägt die öffentlichen Apotheken in puncto Niederschwelligkeit, Versorgung und Service. Und das ohne Urlaubs- oder sonstige Schließzeiten. Eine Verbesserung des Gesundheitssystems gelingt nur mit den rund 1.400 öffentlichen Apotheken.

FOTO // Hörmandinger

In Österreich gibt es rund 900 Notabgabestellen für Medikamente, die von Ärztinnen und Ärzten betrieben werden. In abgelegenen ländlichen Gemeinden können diese speziellen Einrichtungen der dortigen Bevölkerung den Zugang zu den benötigten Arzneimitteln erleichtern. Die Ärztekammer verfolgt allerdings das Ziel, möglichst viele praktizierende Kolleginnen und Kollegen mit derartigen Notabgabestellen, auch genannt Hausapotheken, auszustatten. Der Hintergrund dürfte finanzieller Natur sein: Besagte Hausapotheken sind für mache Ärztinnen und Ärzte bis zu 50 Prozent umsatzrelevant und können laut Gesundheitsminister Johannes Rauch stolze 70.000 Euro Zusatzeinkommen im Jahr einbringen. Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Ärztekammer ihren Mitgliedern durch das „Zuckerl“ einer ärztlichen Notabgabestelle die Attraktivität des Arztberufs auf dem Land schmackhaft machen möchte. Das ist vermeintlich billiger als das Anheben der Gehälter. Eine Verbesserung der Patientenversorgung mit Arzneimitteln wird dadurch definitiv nicht erreicht. Ganz im Gegenteil. Es hilft ein Blick auf die Fakten.

Nein der Apothekerschaft. Die Standesvertretung der Apothekerinnen und Apotheker spricht sich gegen einen „Wildwuchs“ von Hausapotheken aus, der oft nur den jeweiligen Ärzten und Ärztinnen nützt, die Arzneimittelversorgung der Landbevölkerung aber insgesamt verschlechtert. Die Antwort der Apothekerkammer auf die Forderungen der Ärzteschaft ist eindeutig: Medikamente gehören in die Apotheke. Die Trennung zwischen apothekerlicher und ärztlicher Tätigkeit ist ethisch und versorgungstechnisch unbedingt notwendig und internationaler Standard. Die Arzneimittelabgabe durch den Arzt kann daher immer nur eine Notlösung für Ausnahmefälle darstellen und niemals eine öffentliche Apotheke ersetzen. Öffentliche Apotheken haben 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr geöffnet. Der Vorstoß der Ärztekammer würde die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung also nicht verbessern, sondern erheblich verschlechtern. Denn im Gegensatz zu den öffentlichen Apotheken müssen Patientinnen und Patienten von ärztlichen Hausapotheken kürzere Öffnungszeiten, urlaubsbedingte Schließungen und ein minimales Arzneimittellager in Kauf nehmen und auf patientenindividuell hergestellte Arzneimittel verzichten. Das sieht übrigens auch der Gesundheitsminister so. Die Forderung der Ärztekammer nach mehr Notabgabestellen nimmt Rauch äußerst gelassen: „Das zaubert mir ein Lächeln ins Gesicht“, sagte er unlängst.

Ein Besuch im Gesundheitshaus. In der Tat ist ein funktionierendes Gesundheitssystem ohne Apotheken nicht vorstellbar. Stellt man sich die österreichische Gesundheitsversorgung wie ein Einfamilienhaus vor, dann bilden die öffentlichen Apotheken das Erdgeschoß und somit das Fundament des gesamten Gebäudes. Im darüberliegenden Stockwerk befinden sich die Primärversorgungszentren, die praktischen Ärzte und die Fachärzte. Ganz oben, im zweiten Stock, „wohnen“ Krankenhausapotheke und Spital, sei es für stationäre oder ambulante Patientinnen und Patienten. Je höher das Stockwerk, desto höher die Kosten.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Die Herausforderungen des heimischen Gesundheitswesens werden immer deutlicher sichtbar. Deshalb ist es aktuell nötiger denn je, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Und das Potenzial von Apotheken ist dabei enorm.

MEHR INFOS
Und wie sieht das Gesundheitshaus aus? Scannen Sie den QR-Code und treten Sie ein!

SEMINARPROGRAMM FÜR BÜRGERMEISTER:INNEN UND AMTSLEITER:INNEN 2023

„Gut geht's"

FOTO // © Klaus Ranger/GÖG, FGÖ

Fortbildungen des Fonds Gesundes Österreich für kommunale Führungskräfte

SEMINAR	TERMIN	ORT	BUNDESLAND
„Blick über den Tellerrand"	**18.-20.10.2023**	Hotel Falkensteiner	OÖ
„Zamm.helfen"	**28.09.2023**, 16:00-17:00 Uhr	online	
„Gesund arbeiten im Homeoffice"	**12.10.2023**, 16:00-17:00 Uhr	online	

„Blick über den Tellerrand". Fragen rund ums Essen sind alltäglich, doch keineswegs trivial. Für gute Entscheidungen braucht es vielschichtige Reflexion und klare Wertvorstellungen. In diesem Seminar reden wir also über das Essen! Wir denken gemeinsam über Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für einen klimaschonenden und gesunden Genuss in unseren Gemeinden nach.

„Zamm.helfen: Caritas und Caring Community Stubaier Höhenweg" – online. Dieses Seminar gibt einen Einblick in das Sorgenetzwerk des Stubaier Höhenweges. Arbeitsweise, Erfolge und Herausforderungen des weitläufigen und erfolgreichen Projekts der Caritas werden vorgestellt. Lernen Sie ein Beispiel guter Praxis kennen!

„Gesund arbeiten im Homeoffice" – online. Dieser Online-Input zeigt Ihnen wesentliche Rahmenbedingungen und Faktoren, die ein gesundheitsförderndes Arbeiten im Homeoffice ermöglichen. Es werden Themen wie „Virtuelles Führen", „Arbeitsorganisation" oder „Arbeitsraumgestaltung" besprochen.

Fonds Gesundes Österreich

INFOS & ANMELDUNG
Ing. Petra Gajar
Fonds Gesundes Österreich
Mail: **petra.gajar@goeg.at**
Web: **www.fgoe.org/Buergermeister_innen-Seminare**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Auch der zweite Auftritt der Österreichischen Ärztekammer bei der größten Fachmesse für die Top-Entscheidungsträger aus Österreichs Gemeinden bot durchgehend Raum für den Dialog mit den Bürgermeistern, um die ärztliche Versorgung ihrer Orte zu sichern.

FOTOS // © ÖÄK / Martin Lachmair

TEXT // SASCHA BUNDA, SOPHIE NIEDENZU

Durchs Reden kommen d'Leut zam: Die Österreichische Ärztekammer hat wieder den direkten Dialog mit Gemeindevertretern gesucht und war erneut bei der Kommunalmesse mit einem eigenen Stand anwesend. Auch beim zweiten Auftritt war von Beginn an klar, dass man nahtlos an die Premiere des Vorjahres anknüpfen würde: Ab Minute eins war der ÖÄK-Stand einer der zentralen Punkte in der Innsbrucker Messehalle. Hier herrschte Hochbetrieb, mit unzähligen Gemeindevertretern entwickelten sich schnell spannende Diskussionen mit den anwesenden Funktionären, darunter Harald Schlögel, geschäftsführender Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer, Stefan Kastner, Präsident der Ärztekammer für Tirol, sowie Artur Wechselberger, ehemaliger ÖÄK-Präsident. Wieder wurde schnell deutlich, wie sehr das Thema ärztliche Versorgung die Bürgermeister und sonstigen Gemeindevertreter berührt. Immer wieder erzählten sie von der Ungewissheit in der Bevölkerung und auch von der persönlichen politischen Verantwortung, der sie sich in dieser Frage stellen müssten. Gemeinsam mit den ÖÄK-Vertretern konnten dann im Dialog rasch Lösungsmöglichkeiten besprochen oder zumindest die vorherrschenden Probleme und Sorgen erörtert werden.

Ärztliche Hausapotheken relevant. Ein Thema bei der Kommunalmesse waren auch ärztliche Hausapotheken. Gerade in Bezug auf unbesetzte Kassenstellen im ländlichen Raum gelten diese als ein nicht unwesentlicher Faktor: Eine aktuelle Studie kommt zu dem Schluss, dass der Ausbau von ärztlichen Hausapotheken 400 neue Kassenärzte bringen könnte. Der Weg dazu wäre einfach, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert – und damit der Apothekenmarkt liberalisiert – werden: Derzeit bereitet die Sechs-Kilometer-Grenze, die den Abstand zwischen öffentlichen Apotheken und ärztlichen Hausapotheken reglementiert, vielen Gemeinden Kopfzerbrechen. Das artet mancherorts darin aus, dass Bezirkshauptmannschaften Begehungen durchführen, ob bestimmte Straßen zu Einbahnen gemacht werden können, um über die Sechs-Kilometer-Grenze zu kommen. Erst zum Jahreswechsel sah sich eine niederösterreichische Kleingemeinde gezwungen, ein völlig neues Ärztehaus in einem über drei Kilometer entfernten Ort zu bauen, um so eine Hausapotheke zu ermöglichen und damit eine neue Ärztin finden zu können. Das zu streng geregelte Apothekengesetz setzt eine fatale Negativspirale für die Gemeinde in Gang. Die Suche nach einem Arzt wird ohne Hausapotheke deutlich schwerer, teilweise droht dann eine Absiedelung aus dem Ort. Das wieder bringt schwerwiegende Folgen mit sich, letztlich auch für die Apotheken selbst: Wenn nämlich der Arzt fehlt, der die Medikamente verschreibt, dann kann sie auch keine Apotheke verkaufen. Das Ergebnis ist eine Null-Arzt-Gemeinde mit sinkender Bevölkerungszahl und defizitärer Apotheke, warnt die Österreichische Ärztekammer.

Gegenseitiges Verständnis. Insgesamt zeigte sich bei der Kommunalmesse einmal mehr: Das Verständnis für die Anliegen der Ärzteschaft ist

Auf der Kommunalmesse 2023 herrschte Hochbetrieb, mit unzähligen Gemeindevertretern entwickelten sich schnell spannende Diskussionen.

Am zweiten Tag der Messe konnte Harald Schlögel u.a. Innenminister Gerhard Karner am ÖÄK-Stand begrüßen, der Verständnis für die Anliegen der Ärzteschaft signalisierte.

MEHR INFOS

Mag. Sascha Bunda
Leiter Öffentlichkeitsarbeit
Österreichische Ärztekammer
Weihburggasse 10–12
1010 Wien
+43 1 51406 3341
Mobil: +43 676 840 475 341
s.bunda@aerztekammer.at
www.aerztekammer.at

Mag. Sophie Niedenzu, MSc
stv. Leiterin Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Ärztekammer
Weihburggasse 10–12
1010 Wien
+43 1 51406-3316
s.niedenzu@aerztekammer.at

sehr hoch – und nicht nur im Dialog mit den Bürgermeistern deutlich wahrzunehmen. Denn am zweiten Tag der Kommunalmesse konnte Harald Schlögel dann Bundeskanzler Karl Nehammer und Innenminister Gerhard Karner am ÖÄK-Stand begrüßen, die beide ebenfalls ihr Verständnis für die Anliegen der Ärzteschaft signalisierten. Dass verstärke Bemühungen der Gemeinden notwendig sind, um auch in Zukunft noch einen Arzt im Ort zu haben, war den kommunalen Entscheidungsträgern bereits bewusst. Gemeinsam mit den Funktionären der Ärztekammern wurde erörtert, wie an einer Verbesserung der Situation mitgearbeitet werden kann, auch die ÖÄK-Petition zur ärztlichen Versorgung wurde vielfach unterzeichnet, auch von hochrangigen Politikern. Auch die aufliegende Spezialausgabe der „Bürgermeister Zeitung", die in Zusammenarbeit zwischen Kommunal-Verlag und Österreichischer Ärztekammer entstanden ist und sich ausschließlich dem Thema „Ärztliche Versorgung" widmet, stieß auf großes Interesse. Auf der Ideenwand sammelten sich Anregungen wie „Medikamente auch beim Arzt" oder „bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf".

Entsprechend positiv fällt das Fazit zur Kommunalmesse aus: Der Kontakt zu den österreichischen Bürgermeistern stieß auf beiden Seiten auf großes Interesse und bot einen fruchtbaren Boden für gegenseitiges Verständnis und gemeinsame Aktivitäten. Die Gesundheitsversorgung am Land eint beide Seiten und nur gemeinsam kann eine Verbesserung erreicht werden.

ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KLIMAAKTIV MOBIL

Gut beraten mit klimaaktiv mobil

Die Klimaschutzinitiative des BMK unterstützt Gemeinden mit umfassenden Beratungsangeboten und attraktiven Förderungen auf dem Weg zur Mobilitätswende.

Der Sommer 2023 hat drastische Spuren hinterlassen: Hitzewellen und nachfolgende Unwetter mit Überflutungen in vielen Teilen Österreichs haben den Menschen und der Umwelt stark zugesetzt. Extremwetterereignisse sind Folgen des Klimawandels, der durch den Verkehr mitverursacht wird, denn der Verkehr ist ein wesentlicher Treiber für die Zunahme der klimaschädlichen Treibhausgase. Umso wichtiger ist es, die Mobilitätswende zu beschleunigen und dem Klimawandel noch rascher als bisher entgegenzuwirken.

klima**aktiv** mobil, die Initiative des Klimaschutzministeriums (BMK), unterstützt die österreichischen Gemeinden dabei, nachhaltige Mobilitätsmaßnahmen zu entwickeln und praktisch umzusetzen. Die Expertinnen und Experten von klima**aktiv** mobil bieten maßgeschneiderte Beratungen an, geben Anstöße zum Umsetzen klimafreundlicher Mobilitätslösungen und begleiten auf dem Weg zur Fördereinreichung.

Durch die Förderung der Aktiven Mobilität, der Stärkung des öffentlichen Verkehrs oder der Umstellung des Gemeindefuhrparks steigt die Lebensqualität der Menschen. Insbesondere der Rad- und Fußverkehr trägt dazu bei, Mobilität für alle zu ermöglichen und gleichzeitig die Belastungen durch den entstehenden Verkehr zu verringern. Zusätzlich fördert das Radfahren und Zu-Fuß-Gehen die individuelle Gesundheit, erhöht den sozialen Austausch, belebt den öffentlichen Raum und stärkt die lokale Wirtschaft. Gemeinden, die ihren Fokus auf den Ausbau Aktiver Mobilität legen, profitieren also gleich mehrfach.

VERANSTALTUNGSTIPPS

29.09.2023: Im Webinar „klima**aktiv** mobil Förderantrag: Von der Projektidee zur finanziellen Unterstützung“ erfahren Sie, wie Sie von Ihrem Projektvorhaben zur konkreten Förderung der geplanten Maßnahme gelangen.

Infos und Anmeldung: **klimaaktivmobil.at/webinar-foerderungen**

11.-12.10.2023: „Gut zu Fuß in mittelgroßen Gemeinden und Städten – Strategien und Verhalten“: Unter diesem Titel steht die 17. Österreichische Fachkonferenz für Fußgänger:innen im Kunsthaus Weiz/Steiermark.

Information und Anmeldung: **walk-space.at**

Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

klimaaktiv mobil

MEHR INFOS

MOBILITÄTSMANAGEMENT FÜR STÄDTE, GEMEINDEN UND REGIONEN

komobile – HERRY Consult

Tel: +43 7612 70911

Mail: **kommunal@klimaaktivmobil.at**

Web: **klimaaktivmobil.at/kommunal**

FOTO // © Philipp Grausam

Seit 1. März 2023 stehen Gemeinden, Städten und Regionen wieder umfassende Fördermöglichkeiten im Bereich klimafreundlicher Mobilitätslösungen zur Forcierung der Aktiven Mobilität und eines umweltfreundlichen Mobilitätsmanagements zur Verfügung. Nebenstehend ein Überblick:

KLIMAAKTIV MOBIL + KIP 2023

klimaaktiv mobil-Förderungen können **mit dem Kommunalen Investitionsprogramm (KIP 2023) kombiniert** werden.

Damit stehen den Gemeinden zwei Finanzierungsinstrumente zur Verbesserung der Aktiven Mobilität zur Verfügung, die einander optimal ergänzen.

Einreichungen bei klimaaktiv mobil sind bis spätestens 29.02.2024 (12 Uhr) möglich.

INDIVIDUELLER RADVERKEHR

Gefördert werden klimafreundliche und innovative Mobilitätslösungen mit bis zu 50 % der förderfähigen Investitions- und Betriebskosten:

- Kombinierte Geh- und Radwege, Radwege, Radschnellverbindungen
- In Kombination damit förderfähig: Wegweisung und Informationssysteme, Leiteinrichtungen und Bodenmarkierungen, Dauerzählstellen, Informationskampagnen
- Radabstellanlagen, Anschaffung von (E-)Transporträdern, (E-)Falträdern, (E-)Fahrrädern, Radverleih und E-Ladestationen

RADNETZ-AUSBAUPROGRAMME

Gefördert werden bis zu 50 % der förderfähigen Investitions- und Betriebskosten für:

- Bauliche Maßnahmen wie Radwege, Radabstellanlagen, Bike & Ride-Systeme
- Radverleihsysteme, Radfuhrparks und z.B. die Anschaffung von Fahrrädern
- Informations- und Leitsysteme sowie Bewusstseinsbildung
- Raum- und Siedlungsentwicklung (fördersatzerhöhend, keine direkte Förderung)
- Strategien/Konzepte bzw. Maßnahmenpläne zur klimaneutralen Mobilität 2040 oder eines SUMP (Sustainable Urban Mobility Plan)

GESICHERTER FUSSVERKEHR

Auf Basis eines örtlichen Fußverkehrskonzepts bzw. eines Masterplans Gehen sind folgende Investitionen bis zu 50 % der Investitions- und Betriebskosten förderfähig oder fördersatzerhöhend:

- Bauliche Maßnahmen wie Fußgänger- und Begegnungszonen, Gehsteigverbreiterungen oder bessere Durchlässigkeit von Fußverkehrsverbindungen
- Raum- und Siedlungsplanung wie z. B. zur Nachverdichtung oder Ortskernbelebung (nur fördersatzerhöhend, keine direkte Förderung)
- Informations- und Leitsysteme sowie Bewusstseinsbildung

MOBILITÄTS-MANAGEMENT

Für folgende Maßnahmen werden bis zu 30 % der Investitions- und Betriebskosten gefördert:

- Umsetzung von Bike- oder Carsharing- bzw. Jobrad-Modellen
- Bedarfsorientierte Verkehrssysteme wie Rufbus bzw. -taxi oder Wanderbus
- Besucher:innen-Mobilität bei Veranstaltungen wie z. B. Fahrrad-Shuttles
- Bewusstseinsbildende Maßnahmen wie Info-Kampagnen

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, ENERGIE, MOBILITÄT, INNOVATION UND TECHNOLOGIE

POLIZEI

Bundesministerium
Inneres

GEMEINSAM KÖNNEN WIR MEHR SICHERHEIT ERREICHEN!

Polizeiarbeit im Wandel der Zeit.
Ziel von „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ ist, Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Sicherheit in ihrer Gemeinde oder Stadt mitwirken zu lassen, sowie den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei zu verbessern.

Alle Infos unter
gemeinsamsicher.at
und in der **mobilen App**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GUTACHTEN GIBT ENTWARNUNG

Bürgermeisteramt **weiter offen für Rechtsanwälte**

In der Ausgabe 7c von KOMMUNAL Anfang Juli wurde darüber berichtet, dass das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) vom 5. Oktober 2022 (G 173/2022) eine Unvereinbarkeit des Rechtsanwaltsberufs mit dem Bürgermeisteramt mit sich bringen könnte.

TEXT // MATHIAS PICHLER

Zur Erinnerung: Der VfGH hatte sich damit befasst, ob die Regelung des § 20 lit. a Rechtsanwaltsordnung (RAO), der die Unvereinbarkeit bestimmter Nebenbeschäftigungen mit der Ausübung der Rechtsanwaltschaft regelt, verfassungskonform ist. Verkürzt zusammengefasst bestanden gleichheitsrechtliche Bedenken, weil die Regelung eine Unvereinbarkeit für Beamte, nicht aber für Vertragsbedienstete vorsah. Das Höchstgericht teilte schließlich die Bedenken. Für den VfGH bestehen keine sachlichen Gründe, weshalb die Unvereinbarkeit mit der Ausübung der Rechtsanwaltschaft allein von der dienstrechtlichen Stellung des Organs abhängig sein soll.

Die unterschiedliche Behandlung von Beamten und Vertragsbediensteten verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz. Aus diesem Grund hob der VfGH mit seinem Erkenntnis die Wortfolge „durch ernannte berufsmäßige Organe“ in § 20 lit. a RAO auf, wobei die Aufhebung mit Ablauf des 31. Oktober 2023 in Kraft tritt.

Angst vor der „Unvereinbarkeit“. Die Aufhebung der zuvor angeführten Wortfolge ließ jedoch generell die Unvereinbarkeit all jener entgeltlichen Tätigkeiten, die unter der Leitung der im Gesetz angeführten obersten Organe erfolgen, befürchten. Nach Art. 20 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) führen neben ernannten berufsmäßigen Organen (= Beamte) und vertraglich bestellten Organen (= Vertragsbedienstete) auch gewählte Organe die Verwaltung. Unter den Begriff der gewählten Organe fallen ebenso die Bürgermeister:innen. Im übertragenen Wirkungsbereich haben sie gemäß Art. 119 Abs. 2 B-VG die Angelegenheiten des Bundes oder des Landes unter der Weisung des zuständigen Bundes- oder Landesorgans zu vollziehen. Aufgrund des mit dem VfGH-Erkenntnis einhergehenden Wegfalls der Wortfolge „durch ernannte berufsmäßige Organe“ war unklar, ob der Beruf des Rechtsanwalts bzw. der Rechtsanwältin weiterhin mit der Tätigkeit als Bürgermeister:in vereinbar sein würde. Mögliche Konsequenzen verunsicherten die betroffenen Bürgermeister:innen.

Ein im Auftrag des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages eingeholtes Gutachten gibt nun die erhoffte Entwarnung. Dieses zeigt anhand der historischen Entwicklung des § 20 lit. a RAO sowie der dazu ergangenen Rechtsprechung auf, dass der Unvereinbarkeitsregelung eine Differenzierung zwischen „gewählten“ und „ernannten“ bzw. „bestellten“ Organen zugrunde liegt. Von einer Unvereinbarkeit sollen demnach gerade nicht gewählte Funktionsträger betroffen sein. Im Ergebnis sind von der Unvereinbarkeit des § 20 lit. a RAO somit Beamte und nunmehr auch Vertragsbedienstete umfasst, nicht aber gewählte Organe und damit nicht die Bürgermeister:innen. Und daran hat sich laut dem Gutachten durch das gegenständliche VfGH-Erkenntnis nichts geändert.

Das Bürgermeisteramt bleibt also weiterhin mit dem Rechtsanwaltsberuf vereinbar. Das Ergebnis ist ein wichtiges: Denn das Bürgermeisteramt muss möglichst vielen Menschen offenstehen. Gerade Rechtsanwält:innen bringen mit ihrem juristischen Fachwissen eine wichtige Kompetenz für den Job als Bürgermeister:in mit. Es wäre unverständlich gewesen, diese Berufsgruppe vom Amt auszuschließen – insbesondere in Zeiten, in denen es schwieriger wird, Menschen dafür zu gewinnen.

Abschließend verbleibt dennoch der Wunsch nach einer legistischen Klarstellung im Rahmen der nächsten Novellierung der RAO, um Unklarheiten vollends ausschließen zu können. Das vorliegende Gutachten bietet dafür eine geeignete Grundlage.

> „Das Ergebnis ist ein wichtiges: Denn **das Bürgermeisteramt muss möglichst vielen Menschen offenstehen.“**

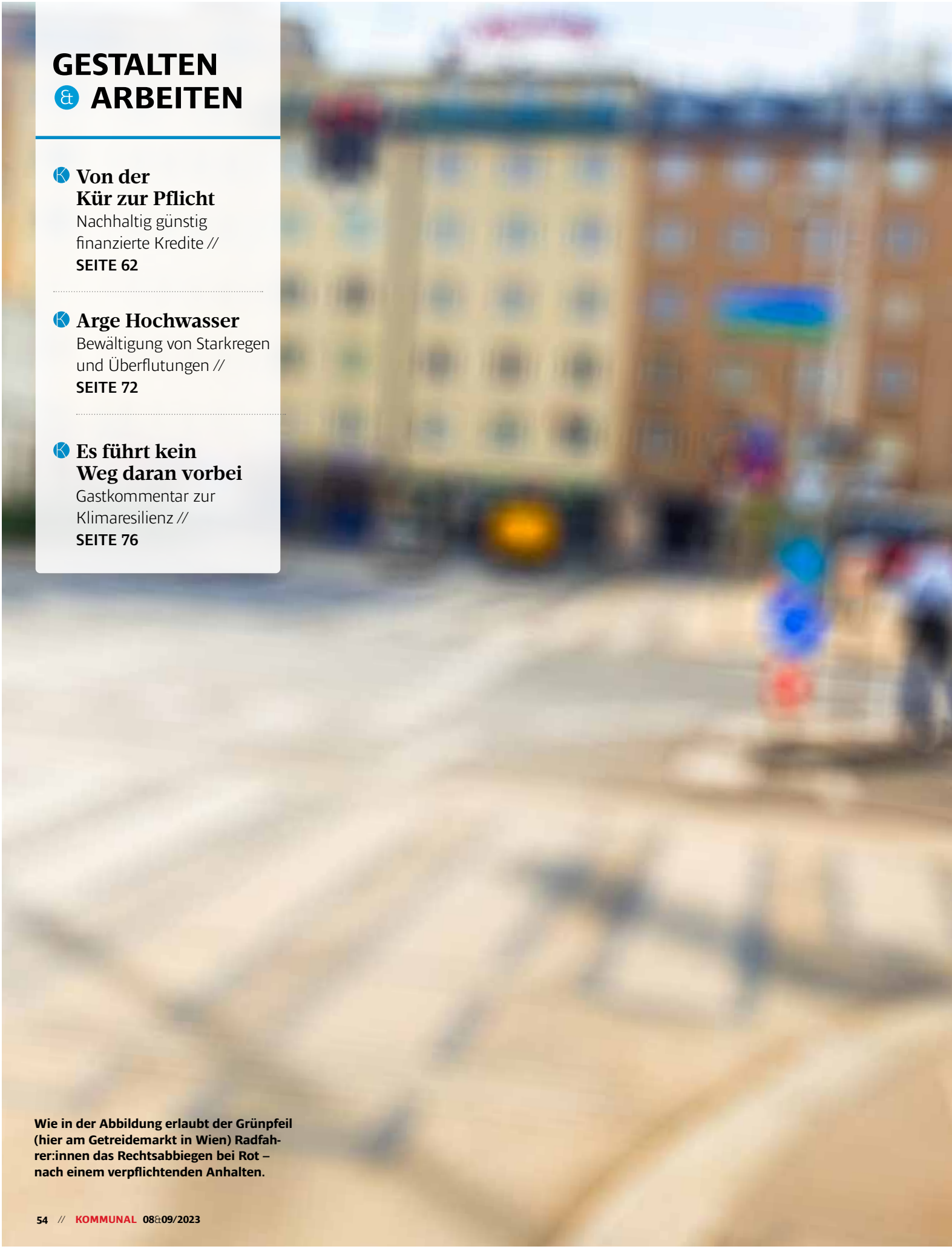
DR. MATHIAS PICHLER
IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

GESTALTEN & ARBEITEN

Von der Kür zur Pflicht
Nachhaltig günstig finanzierte Kredite //
SEITE 62

Arge Hochwasser
Bewältigung von Starkregen und Überflutungen //
SEITE 72

Es führt kein Weg daran vorbei
Gastkommentar zur Klimaresilienz //
SEITE 76



Wie in der Abbildung erlaubt der Grünpfeil (hier am Getreidemarkt in Wien) Radfahrer:innen das Rechtsabbiegen bei Rot – nach einem verpflichtenden Anhalten.

FOTO // FSV/Lepuschitz

Der Grünpfeil für Radfahrer

Die 33. Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) bringt für Gemeinden Neuerungen für Verkehrsplanungen im Bereich von Ampelregelungen auf Kreuzungen. Bei der Berücksichtigung von Rechtsabbiegen der Radfahrer bei Rot für PKW kann nun auch der permanente Grünpfeil für Radfahrer nach Halt (§ 54 Abs. 5 StVO) als Zusatztafel neben der roten Ampel angewendet werden. Wann dies sinnvoll ist, wird in einer aktuellen Regelung festgelegt.

TEXT // EHRENFRIED LEPUSCHITZ

Laut § 38 Abs. 5a kann die zuständige Behörde (im Normalfall die Bezirkshauptmannschaften, in Wien die MA 46) bestimmen, an welchen Kreuzungen Grünpfeile für den Radverkehr angebracht werden. Technische Regelungen im Gesetz bekommen aber erst dann eine gute praktische Umsetzung, wenn über technische Regelwerke und gute Planungen Sicherheitsbedenken benannt und ausgeräumt werden. Die Straßenverkehrsordnung (StVO) spricht eindeutig davon, dass nur in Situationen, in denen keine Bedenken bezüglich der Verkehrssicherheit bestehen, die neue Regelung angewendet werden darf.

Es bedarf bei neuen Festlegungen in der StVO oft Umsetzungsregelungen, die über technische Normen und Richtlinien abgebildet werden und den Stand der Technik in geschriebener Form »

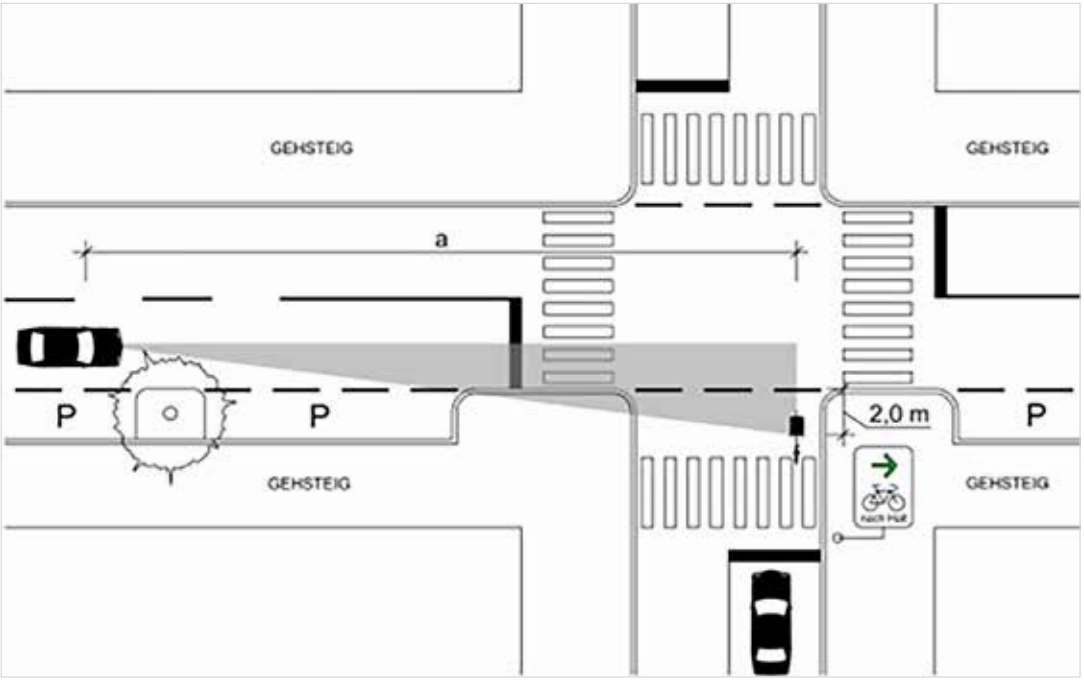


FOTO & GRAFIK // Lepuschitz / RVS Arbeitspapier Nr. 36

festhalten. Die Forschungsgesellschaft Straße – Schiene – Verkehr (FSV) ist eine Organisation, die sich zentral mit der Standardisierung im Verkehrswesen beschäftigt und für das Straßenwesen Richtlinien erstellt. Die Entwicklung von Verkehrszeichen und Vorgaben für deren zweckmäßige Verwendung werden in unterschiedlichen Arbeitsausschüssen und Gremien erarbeitet und als Richtlinien der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Diese dienen häufig als Vorlage für Planungen und werden von verschiedenen Stellen, vom BMK über Landesdienststellen bis zu Förderstellen, zur Anwendung empfohlen.

Technische Grundlagen und Anwendungskriterien. Vom Arbeitsausschuss Aktive Mobilität unter der Leitung von Dipl.-Ing. Klaus Robatsch, Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV), wurde für den permanenten „Grünpfeil für den Radverkehr nach Halt“ eine technische Grundlage in Form eines Arbeitspapiers erschaffen. Das RVS-Arbeitspapier Nr. 36 definiert Einsatzkriterien, die für oder gegen die Anbringung des Grünpfeils sprechen. Der permanente Grünpfeil ist als Zusatztafel bei Ampeln vorgesehen und soll aber erst nach ausreichender Prüfung durch das planende Büro bzw. durch die Behörde angewendet werden. Diese Prüfung der Örtlichkeit betrifft mehrere Kriterien, die Verkehrssicherheit ist immer an erster Stelle. Das Arbeitspapier ist eine Richtschnur, an der sich die Planungen orientieren können.

Führerscheinbesitzerinnen und -besitzer wissen, dass Anfahrsichtweiten ein Maß für die Verkehrssicherheit darstellen. Auch im Bereich des Rechtsabbiegens bei Rot für den Fahrradverkehr gilt, dass nur bei ausreichender Sichtweite des anhaltenden Radfahrers ein sicheres Abbiegen möglich wird (siehe Grafik). Ist die Sichtweite nicht ausreichend vorhanden, sollte dort die Behörde das Rechtsabbiegen bei Rot nicht erlauben.

Ebenso ist es ein Ausschlusskriterium, wenn der Fahrradverkehr rechts in eine Straße abbiegt, auf der die zulässige Höchstgeschwindigkeit mehr als 50 km/h beträgt.

Im Umkreis von Seniorenheimen, Krankenhäusern und Schulen und dadurch stark frequentierter Kreuzungen wird empfohlen, auf den Rechtsabbiegepfeil zu verzichten, um Unfälle mit gebrechlichen Personen oder Kindern zu verhindern. Weitere Kriterien betreffen die zulässige Höchstgeschwindigkeit der KFZ, Fahrstreifenbreiten und die Verkehrsstärken. Bei hoher Verkehrsfrequenz durch KFZ oder Radfahrer kann das Einfädeln bei der Kreuzungsausfahrt der limitierende Faktor sein.

Prüfung durch die Behörden. Die beispielhaft genannten Kriterien sind vonseiten der Behörde zu prüfen, wenn per Verordnung dem Fahrrad-

DER BEZUG DER FSV-RICHTLINIEN

Unter „Publikationen“ auf der Website **www.fsv.at** sind die Regelwerke und Leistungsbeschreibungen gegen einen Selbstkostenbeitrag zum Download verfügbar.

Als gemeinnütziger Verein dient die FSV dem Verkehrswesen durch die Festlegung einheitlicher technischer Standards.

Durch klimaaktiv mobil, die Klimaschutzinitiative des BMK, werden 11 RVS kostenfrei bereitgestellt (**www.klimaaktivmobil.fsv.at**).

verkehr bei einer Ampel das Rechtsabbiegen bei Rot erlaubt werden soll. Da die Erfahrungen mit Abbiegen bei Rot für Radfahrerinnen und Radfahrer aber erst gewonnen werden müssen, ist in Zukunft mit Ergänzungen bzw. Änderungen in der Richtlinie zu rechnen. Sowohl die Behörden als auch KFV und FSV werden das Funktionieren der Grünpfeile gut beobachten, um Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.
Es ist daher angeraten, vor einer eingehenden Diskussion in der Gemeinde dieses für die Umsetzung wichtige und leicht verständliche Regelwerk durchzusehen und damit einer zukünftigen Neuregelung entsprechend eine Basis zu geben, die pro oder contra Grünpfeilregelung spricht. Schließlich ist die Regelung in vielen Fällen ein Vorteil, aber in manchen Fällen ein zukünftiger Unfallherd, der sich mit den technischen Grundlagen vermeiden lässt.
Das RVS-Arbeitspapier Nr. 36 wird derzeit von klimaaktiv mobil kostenfrei zur Verfügung gestellt und kann unter klimaaktivmobil.fsv.at bezogen werden.

Grafik oben links: Erforderliche Anfahrsichtweite – bei einer Fahrgeschwindigkeit des PKW von 50 km/h ist eine Anfahrsichtweite von 70 m erforderlich (Quelle: RVS-Arbeitspapier Nr. 36).

Oben: Nur wenn der grüne Pfeil neben der Ampel angebracht ist, darf der Radfahrer, die Radfahrerin gegebenenfalls bei Rot abbiegen.

DI (FH) DI EHRENFRIED LEPUSCHITZ IST TECHNISCHER MITARBEITER/REFERENT BEI DER FORSCHUNGSGESELLSCHAFT STRASSE – SCHIENE – VERKEHR

Über die FSV

Die Forschungsgesellschaft Straße – Schiene – Verkehr (FSV) bildet eine Plattform für Fachleute, die sich mit Planung, Bau, Erhaltung, Betrieb und Nutzung von Verkehrsanlagen befassen. Sie versteht sich als Kompetenzzentrum, das allen Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung offensteht. Als Ansprechpartnerin für Auftraggeber und Auftragnehmer ist sie das Bindeglied für den öffentlichen sowie den privaten Sektor im Verkehrswesen.
Die FSV wurde bereits in den 1950er-Jahren gegründet – schon damals wurde unter dem Namen „Forschungsgemeinschaft für das Straßenwesen" den technischen Entwicklungen im Straßenwesen Rechnung getragen. In den 1980er-Jahren hat die FSV begonnen, ihre Aktivitäten zu erweitern. In den 2000er-Jahren wurde der Name in die heutige Form gebracht und das Eisenbahnwesen als weiteres Arbeitsspektrum der FSV etabliert.
Die Gremien der FSV bilden das Netzwerk von über 1.400 Personen für den Wissensaustausch und für die Weiterentwicklung des Fachgebiets auf nationaler und internationaler Ebene.
In der FSV wird der Stand der Technik in Form von Richtlinien (RVE/RVS) für das Straßen- und Eisenbahnwesen festgeschrieben. Die Richtlinienarbeit zielt auf technisch optimierte, sichere und nachhaltige Verkehrsinfrastrukturanlagen ab. Dies umfasst auch vertragliche, rechtliche Aspekte und die Standardisierten Leistungsbeschreibungen Verkehr und Infrastruktur (LB-VI). Seit etlichen Jahren wird das Verkehrsministerium in Fragen der Verkehrssicherheit unterstützt, die Zertifizierungen und Rezertifizierungen von Straßenverkehrssicherheitsgutachtern werden in der FSV koordiniert, Seminare zur fachlichen Aus- und Weiterbildung werden jährlich von vielen Anwärtern besucht.
Die FSV fördert eine nachhaltige Mobilität durch Forschung, Entwicklung, Richtliniensetzung und Weiterbildung im Bereich der Gestaltung und des Betriebs von Verkehrsanlagen im Straßen- und Eisenbahnwesen. Und sie publiziert ihr Fachwissen und ihre Arbeitsergebnisse in Fachtagungen, periodischen Veröffentlichungen und in Form einer Schriftenreihe.

www.fsv.at

ACP eduWERK

Das iPad in der Gemeinde

Bisher wird das iPad hauptsächlich mit der Nutzung im Schulalltag assoziiert, doch nicht nur im Klassenzimmer und bei organisatorischen Themen an den Schulen, sondern auch im Gemeindealltag erleichtern die Geräte viele Aufgaben. Sie unterstützen bei der Verwaltung von Ressourcen und fördern die Bürgerbeteiligung. Ein Vorbild ist die Gemeinde Gampern, die das iPad nicht nur in der Kindertagesstätte und Volksschule, sondern auch im Arbeitsalltag der Gemeinde erfolgreich nutzt.

„Durch die Optimierung von standardisierten Abläufen mittels unserer Apple-Geräte erarbeiten wir uns den notwendigen Spielraum für innovative Projektideen, die unsere Gemeinde in allen zukunftsträchtigen Bereichen weiterbringen. Das ist ‚state of the art' und erfolgt noch dazu zeit- und ortsungebunden", erklärt Christoph Stockinger, Amtsleiter der Gemeinde Gampern.

Dank seiner Langlebigkeit ist das iPad ein zuverlässiger Partner über viele Jahre und minimiert die Kosten für Reparaturen und Ersatzgeräte. Alte Geräte können im Rahmen des Trade-In-Service gegen ihren Restwert eingetauscht werden, wodurch sich die Kosten für neue reduzieren. So kann trotz knappem Budget immer mit der neuesten Technik gearbeitet werden. Geben Sie Ihrer Gemeinde den digitalen Vorsprung, den sie verdient.

FOTO // © Apple 2022/

Nutzen Sie die Chance, Ihre Gemeindearbeit zu optimieren, und gestalten Sie mit ACP eduWERK als verlässlichem Partner eine moderne und innovative Gemeinde!

ACP eduWERK

MEHR INFOS

ACP eduWERK
Mayerhofgasse 1/15
1040 Wien
Österreich
E-Mail:
https://eduwerk.acp.at/kontakt
Tel: +43 1 93 46 065
Web: **eduwerk.acp.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FOTO // chayanit - stock.adobe.com

Anpassung ist unumgänglich

FOTO // BMK

Die Ergebnisse der aktuell größten Umfrage zu den Themen Klimawandel und der Anpassung an diesen in Österreich sprechen eine deutliche Sprache: Rund 93 Prozent der knapp 17.000 Befragten gaben an, dass der Klimawandel eine „erwiesene Tatsache" ist und auf seine Folgen reagiert werden muss. 85 Prozent sehen den Klimawandel als „ernst zu nehmendes Problem" für ihre Region und fordern eine aktive Vorbereitung auf die Folgen der Klimakrise.

Verglichen mit der ersten Befragung in Klimawandel-Anpassungsmodellregionen (KLAR!) 2021 ist das Bewusstsein für das Thema Klimawandel trotz multipler Krisen wie Pandemie und Energiepreissteigerung gleich hoch geblieben.

Unter dem Link **https://klar-anpassungsregionen.at/klar-regionen-1/klar-befragung-2023** finden Sie die Zusammenfassung der Befragungsergebnisse.

„Der Kampf gegen die Klimakrise bringt enorme Chancen mit sich: mehr Lebensqualität, mehr Ernährungssicherheit, eine lebendige Natur und gute Luft zum Atmen."

Leonore Gewessler,
Klimaschutzministerin

a3BAU.Webinare
Geballtes Wissen.
Jederzeit.
Die a3BAU.Webinare
im Videopaket
THEMEN:
EPDs | Landschaftsplanung | Bauverträge
Holen Sie sich Wissen einfach in Ihr Büro
auf a3bau.at/webinare
a3BAU

LIKE2CAMP

Die Revolution des Camping-Tourismus

In der Corona-Zeit erlebte der Camping-Tourismus eine Renaissance, die Campingplätze waren überfüllt, private Stellplätze schossen aus dem Boden und das Wildcampen nahm zu.

Diesen Aufwärtstrend nutzt like2camp und schafft, basierend auf den neuen Ansprüchen, eine Win-win-Situation für alle Stakeholder. Like2camp verbindet legale Stellplätze auf einer Buchungsplattform, treibt die touristische Wertschöpfung an und vermittelt gleichzeitig das authentische Gefühl des „Wildcampings“ innerhalb gesetzlicher Rahmenbedingungen.

- **Wertschöpfung für Regionen:** Diese digitale Buchungsplattform bringt nicht nur Camping- Enthusiasten zusammen, sondern eröffnet auch neue Horizonte für Regionen.

Unser Herz schlägt für **Ihre Wünsche.**

BKS Bank
www.bks.at

Claudia Kubelka

- **Die Kraft der Statistiken**: Die Fakten sprechen für sich. In Österreich und Deutschland sind 3 Millionen Wohnwagen und -mobile registriert und zahlreiche Vans und ausgebaute LKWs auf den Straßen unterwegs, was auf ein enormes Marktpotenzial hinweist.
- **Ein Blick in die Zukunft:** Die Bedürfnisse der Camper verändern sich, und like2camp versucht dies abzuholen.
- **Einfachheit und Innovation:** Der Buchungsprozess wird digitalisiert und der Aufwand für Stellplatzbetreiber und Camper dadurch minimiert.

Die Entwicklung ist eine Chance für Gemeinden, von einem wachsenden Wirtschaftszweig zu profitieren und gleichzeitig das Erlebnis des „Wildcampings" auf legale und nachhaltige Weise zu ermöglichen. Gemeinden haben dadurch die Möglichkeit, sich als Vorreiter im Camping-Tourismus zu positionieren und ihre Attraktivität für outdoorbegeisterte Besucher zu steigern. „Durch like2camp ergeben sich zwei Vorteile – zum einen gibt es ein gutes Stellplatzangebot und ‚wildes Campen' kann eingeschränkt werden. Und zum anderen kann die Gemeinde auf einfachem Weg die Nächtigungsabgaben einheben", so Claudia Kubelka, Bürgermeisterin von Annaberg in NÖ. „Das Pilotprojekt im Naturpark Ötscher-Tormäuer zeigt, wie gut attraktive Stellplätze angenommen werden. Wenn es uns gelingt, regionale Wertschöpfungsketten über den Verkauf von regionalen Produkten oder in der heimischen Gastronomie zu stärken, stehen wir dieser Reiseform äußerst positiv gegenüber."

MEHR INFOS
like2camp
Verena Sowa
Tel: +43 676 6021991
E-Mail: hello@like2camp.com
Web: **like2camp.com**

Gut, besser, Gemeinde

Linde

€ 88,–
digital erhältlich

€ 58,–
digital erhältlich

€ 42,–
digital erhältlich

Steuern.
Wirtschaft.
Recht.
Am Punkt.

Versandkostenfrei bestellen
lindeverlag.at

FOTO // pixel-shot.com (Leonid Yastremskiy)/stock.adobe.com

NACHHALTIG GÜNSTIGER FINANZIERT

„Von der Kür **zur Pflicht“**

Nachhaltigkeit verbinden wir bis dato insbesondere mit wirksamen Beiträgen zu den so genannten ESG-Zielen, also Umwelt (Environmental), Gesellschaft (Social) und gute Unternehmensführung (Governance). Mehr und mehr rückt jedoch ein weiterer, im wahrsten Sinne des Wortes geldwerter Aspekt von Nachhaltigkeit in den Fokus.

TEXT // ANDREAS DOLEZAL

Unsere Welt verändert sich. Klimawandel und Umweltverschmutzung schreiten voran. Global steigende Temperaturen und Extremwetterereignisse, auch direkt vor unserer eigenen Haustür, zeugen davon. Immer breitere Bevölkerungsschichten verlangen von Politik, Unternehmen und Kommunen mehr nachhaltige Verantwortung. Nachhaltigkeit wird, aus vielen Gründen, von der Kür zur Pflicht.

Für Städte und Gemeinden ist gelebte Nachhaltigkeit bereits selbstverständlich. Abfalltrennung und Recycling, Barrierefreiheit von Amtsgebäuden und Internetseiten sowie ein ausgeglichenes Budget sind nur je ein Beispiel für aktive Beiträge zu den ESG-Zielen. Viele Kommunen haben erkannt, dass Nachhaltigkeit zwar zuerst angemessenen Einsatz bedingt, dann aber zahlreiche Vorteile bringt.

Nachhaltige Fragen bei Kreditvergaben. Banken müssen auf europarechtlicher Grundlage die mit ihren Investitionen verbundenen Nachhaltigkeitsrisiken erheben und bewerten. Zu Investitionen in diesem Sinne zählen auch Kredite. Neben Bonität und Zahlungsfähigkeit von Kreditnehmern stellen Banken im Zuge von Kreditvergaben vermehrt Fragen zu nachhaltigen, umwelt- und klimabezogenen Merkmalen von zu finanzierenden Projekten.

ANDREAS DOLEZAL
BEGLEITET ALS ZERTIFIZIERTER NACHHALTIGKEITSMANAGER (CERTIFIED CSR EXPERT) UND EXPERTE FÜR SUSTAINABLE FINANCE UNTERNEHMEN UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN BEI IHRER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

Nachhaltigkeit bringt finanzielle Vorteile: Um bis zu 0,2 Prozent p.a. günstigere Darlehenszinsen summieren sich in den meist vielen Jahren der Kreditlaufzeit auf erkleckliche Beträge und schonen das Budget.

Wie energieeffizient ist das Gebäude, etwa ein Kindergarten, das errichtet werden soll? Diese und weitere Fragen zu nachhaltigen Merkmalen können Banken zum Beispiel stellen.

Wie energieeffizient ist das Gebäude, etwa ein Kindergarten, das errichtet werden soll? Ist die Energieversorgung ausschließlich mit erneuerbaren Energiequellen vorgesehen? Wird eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach eigenen Strom erzeugen? Werden für den Bau recycelte Baustoffe verwendet? Diese und weitere Fragen zu nachhaltigen Merkmalen können Banken zum Beispiel stellen.

Auch die Lage eines zu finanzierenden Gebäudes kann eine Rolle spielen, wenn es etwa auf einer potenziell (durch den zunehmenden Klimawandel) überschwemmungsgefährdeten Fläche gebaut werden soll. Banken müssen auf Basis eines Leitfadens der Finanzmarktaufsicht unter anderem berücksichtigen, ob Naturkatastrophen die Schuldentragfähigkeit von Kreditnehmern beeinträchtigen können. Und das kann auch bei Kommunen der Fall sein.

Geldwerte Vorteile für Kommunen. Neben wirksamen Beiträgen zu Klima- und Umweltschutz haben nachhaltige Aspekte von Finanzierungsprojekten einen weiteren Vorteil für Kreditnehmer: Nachhaltigkeit kann die Darlehenszinsen günstiger machen. Dieser geldwerte Vorteil gewinnt gerade in Zeiten steigender Zinsen an Attraktivität.

Die aktuelle Vergabepraxis bei Finanzierungen belegt dies bereits. Heinz Hofstaetter und Werner »

> „Neben Bonität und Zahlungsfähigkeit von Kreditnehmern stellen Banken im Zuge von Kreditvergaben **vermehrt Fragen zu Nachhaltigkeit.“**

Lehner, Geschäftsführer der FRC – Finance & Risk Consult GmbH, sind Experten für kommunale Finanzierungen und unterstützen mit ihrer digitalen Kreditplattform eine Vielzahl an Städten und Gemeinden. Sie berichten aus der Praxis, dass Kredite für Projekte, die nachhaltige Merkmale aufweisen, um bis zu 0,2 Prozent p.a. günstiger sind als für jene, die keine nachhaltigen Aspekte berücksichtigen.

Nachhaltigkeit bringt viele Vorteile. Neben dem Nutzen für Klima, Umwelt und Bevölkerung können nachhaltige Merkmale von Finanzierungsprojekten Städten und Gemeinden echte finanzielle Vorteile im Sinne der guten Unternehmensführung bringen. Um bis zu 0,2 Prozent p.a. günstigere Darlehenszinsen summieren sich in den meist vielen Jahren der Kreditlaufzeit auf erkleckliche Beträge und schonen das Budget bzw. eröffnen finanzielle Freiräume für zusätzliche kommunale Aktivitäten.

Mehr zum Thema Nachhaltigkeit für Städte und Gemeinden und die damit erzielbaren Vorteile finden Sie im Buch des Autors „Public Sustainability“.

Senden Sie eine kurze Nachricht an **consulting@andreasdolezal.at** und Sie erhalten ein persönliches Gratis-Exemplar per Post.

NACHHALTIGKEIT nennen wir eine dauerhafte Entwicklung, die unsere heutigen Bedürfnisse befriedigt, ohne dabei zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht (mehr) befriedigen können (Definition gemäß Brundtland-Bericht von 1987). Nachhaltiges Handeln hat also zum Ziel, uns und allen Generationen nach uns eine lebenswerte Welt zu erhalten.

HOCHFILZER LÄDT IN GANZ ÖSTERREICH ZU PROFI-TESTTAGEN

Geräteneuheiten testen

Bereits zum 15. Mal lädt Hochfilzer zu den Profi-Testtagen ein und kommt mit den Geräteneuheiten zum großen Geländetest nach Tirol, Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich/Wien, Steiermark und Kärnten.

EGO Power+. Der Akkugerätespezialist EGO Power+ setzt auch in diesem Jahr neue Maßstäbe mit über 20 Neuheiten für die private und professionelle Gartenpflege. Gerade auch auf die Anforderungen professioneller Anwender wird mit neuen Produkten eingegangen. Die im Vorjahr eingeführte Linie an Lifestyle-Produkten wird erweitert.

ECHO. Der ECHO Akku-Rasentrimmer DTT-2100 stellt die ideale Lösung für Areale dar, in denen umherfliegendes Schnittgut und Steine potenzielle Schäden verursachen könnten. Mit dem Fokus auf eine leistungsstarke Performance arbeitet dieser Rasentrimmer dank der 56 V starken Akkus nicht nur leise, sondern auch äußerst effizient. In nur zehn Minuten werden 100 m² Rasenfläche gemäht.

Etesia ET-Lander. Der vollelektrische Dreiseitenkipper ET-Lander von Etesia verfügt über eine große Ladefläche, die über das Armaturenbrett oder per Fernsteuerung bedient werden kann. Lasten von bis zu einer Tonne können transportiert und zusätzlich bis zu 750 kg gezogen werden.

Pellenc. Der Akkugeräte-Hersteller Pellenc bietet mit seiner breit gefächerten Produktpalette eine emissionsfreie Alternative zu herkömmlichen benzinbetriebenen Maschinen. Konzipiert für die professionelle Grünflächen- und Landschaftspflege liefern die Geräte dieselbe Kraft, Leistung und Ausdauer und sind zudem leise, wirtschaftlich und CO_2-neutral.

Ronald Hrnecek (Geschäftsführung): „In diesem Jahr freuen wir uns besonders auf unsere Profi-Testtage. Sie stehen im Zeichen unseres 50-jährigen Firmenjubiläums und bieten die Möglichkeit, viele spannende Neuheiten zu erleben. Unsere Profi-Testtage sollen für alle Besucher ein bereicherndes Ereignis werden."

AS-Motor. Der ferngesteuerte Schlegelmäher AS 1000 Ovis RC ist die Lösung für schwer zugängliche, unwegsame und steile Flächen. Das robuste Schlegelmähwerk passt sich dank groß ausgelegtem Pendelweg hervorragend an Bodenunebenheiten an.

Ariens. Der Arrow Stand-On Nullwendekreis-Mäher von Ariens bietet beeindruckende Leistung für das Mähen großer Flächen. Mit einem wahlweise 81 cm oder 91 cm breiten Mähdeck vereint der Arrow die Vorteile eines Nullwendekreismähers mit der flachen Form eines handgeführten Rasenmähers.

Der Arrow Stand-On Nullwendekreis-Mäher von Ariens bietet beeindruckende Leistung für das Mähen großer Flächen.

Die Testtage finden jeweils von 09:00 bis 16:00 Uhr bei jeder Witterung statt.
Dienstag, 26.09.2023, Natters (T)
Mittwoch, 27.09.2023, Grödig bei Salzburg (S)
Donnerstag, 28.09.2023, Ansfelden (OÖ)
Dienstag, 03.10.2023, Altlengbach (NÖ)
Mittwoch, 04.10.2023, Gleisdorf (Stmk)
Donnerstag, 05.10.202,: Klagenfurt (Ktn)

Anmeldung
Tel.: 05338/8405-0
E-Mail: **info@hochfilzer.com**
www.hochfilzer.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Ihr starker Partner im Gesundheitsbereich

Für eine ganzheitlich nachhaltige Reinigung

A circular future | www.wmprof.com

Werner & Mertz Professional

FOTO // Sasche Radke

MARIA OBERMAYER, GF REGIONALES WEINKOMITEE WEINVIERTEL

So organisiert man eine erfolgreiche Weinverkostung

In der Wiener Hofburg wird alljährlich im März der neue Jahrgang aus dem Weinviertel – der Weinviertel DAC, der echte Grüne Veltliner – präsentiert. Jahr für Jahr kommen mehr Weingenießer:innen. Wie schafft man es, dass ein Event erfolgreich und immer beliebter wird? Ein Interview gibt einen Blick hinter die Kulissen.

Guten Tag, Frau Obermayer, gleich zur Sache: Gibt es ein Geheimnis, warum ein Event erfolgreich ist?
MARIA OBERMAYER: Guten Tag, da kann ich nur aus eigener Erfahrung sprechen. Das Wichtigste ist zuallererst die Idee hinter dem Event und das Produkt selbst. Und dann braucht es die perfekte Inszenierung dazu.

Das muss in sich stimmig sein und die Besucher:innen interessieren. Bei uns ist das der Weinviertel DAC, der Herkunftswein aus dem Weinviertel. Das ist immer ein echter Grüner Veltliner, den die Winzer:innen Jahr für Jahr erstmals präsentieren.

Die Event-Location der Wiener Hofburg mit ihrem imperialen Ambiente als Auftakt unserer Tour ist der perfekte Ort für diese Inszenierung. Unsere Gäste warten jedes Jahr gespannt auf den neuen Jahrgang, das Event ist über die Jahre ein geschätzter Fixpunkt unter den Weinliebhaber:innen geworden. Auch diese Kontinuität ist ein Erfolgsfaktor.

Vieles für den Erfolg passiert auch hinter den Kulissen. Was bedeutet hinter den Kulissen?
Nach der Jahrgangspräsentation ist vor der Jahrgangspräsentation! Die Planung beginnt etwa ein Jahr vor dem Event. Es geht um die gesamte Planung, die Abstimmung mit den Winzer:innen, die Kommunikation und die Präsentation selbst. Jeder denkt an den Saal, die Tische, die Dekoration, aber es geht um weit mehr. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist auch ein perfekt funktionierendes Ticketing.

Wieso das Ticketing, Frau Obermayer?
Wir hatten dieses Jahr alleine in der Hofburg fast 3.000 Besucher:innen und 140 Winzer:innen, die ihre Weine präsentierten. Dazu gab es zwei abgetrennte Areale: einen Bereich für das Fachpublikum, für Sommeliers, Gastro und die Presse. Dort wurden die edlen Weinviertel DAC Reserve und Weinviertel DAC Grand Reserve vorgestellt und degustiert – also von Profis für Profis. Der zweite Bereich war für die Weingenießenden und Interessierten reserviert. Bei 100 Besucher:innen scheint das halbwegs überschaubar, aber bei fast 3.000 Menschen und zwei verschiedenen Bereichen braucht es eine Art Leitsystem.

Wie funktioniert das?
Welche:r Besucher:in in welchen Bereich kommt, regelt das Ticketing-System. Jeder Gast bekommt einen QR-Code aufs Handy. Der Eintritt selbst ist nur ein kurzer Scan des QR-Codes, wie wir ihn alle vom Flughafen kennen. Für uns im Regionalen Weinkomitee Weinviertel waren und sind die Bekanntheit von oeticket, das gute Image, das fachliche Know-how und die umfangreiche Erfahrung entscheidend. Wir haben uns für oeticket.Light entschieden, eine „kleine" Tochter des größten Ticketing-Anbieters Österreichs. oeticket managt die Mega-Konzerte, Festivals und Events wie jene im Ernst-Happel-Stadion, oeticket. Light hingegen „kleinere" Veranstaltungen mit bis zu 3.000 Besucher:innen. Wir brauchen gerade im Eingangsbereich ein perfektes Gästemanagement, um Wartezeiten zu vermeiden. Ein reibungsloser Ablauf ist für das Gelingen des Events wichtig, schon kleine Fehler können hier immense Auswirkungen haben.

Wie erfolgte der Kartenverkauf vor dem Ticketing-System von oeticket?
... (lacht auf) Das hat echt Kraft und Nerven gekostet.

FOTO // Andrea Krahofer

Das Ticketing-System kann man leicht selbst einrichten. Es funktioniert intuitiv, grundlegende Excelkenntnisse reichen aus."

Maria Obermayer, Geschäftsführung Regionales Weinkomitee Weinviertel

Hier war – trotz damals noch geringerer Besucherzahlen – eine immense Arbeitskraft notwendig, die wir nun besser investieren können, um das Event noch erfolgreicher zu machen.

Das klingt anstrengend, dagegen klingt das Ticketing-System oeticket.Light recht einfach.
Ja, das Ticketing-System kann man leicht selbst einrichten. Es funktioniert intuitiv, grundlegende Excelkenntnisse reichen aus. Der Ticket-Verkauf erfolgt digital per Buchungstool von oeticket.Light, welches man auch in der eigenen Webseite implementieren kann – inklusive Saalplan. Das Beste ist, dass man jederzeit auf einen Klick abrufen kann, wie viele Tickets schon verkauft wurden, und in welcher Kategorie. Bei Fragen hilft das Serviceteam.

Konkreter zu den Zahlen, wie teuer ist so ein Ticketing-System?
Das kommt ganz auf die Anforderungen an, aber man kann individuelle, flexible Pakete zusammenstellen. Das beginnt bei zehn Besucher:innen und geht bis zur Nutzung des gesamten oeticket-Netzwerks inklusive Verkauf auf oeticket.com und allen Vorverkaufsstellen sowie allen Werbemöglichkeiten des größten Ticket-Portals Österreichs. Alles mit Aufschlüsselung nach Kennzahlen, Ticketing, Reporting, Umsatzzahlen etc. Das spart noch einmal Arbeit.

Kommt das Ticketing-System wieder zum Einsatz?
Sicher. Und wir haben es jetzt schon das zweite Mal eingesetzt. Ich kann es jedem:r Veranstalter:in – und da gerade den kleineren – empfehlen. Wir von Weinviertel DAC werden die nächsten Jahrespräsentationen und unsere Wein-Tour durch Österreich wieder mit oeticket.Light durchführen – am besten, Sie notieren gleich den 6. März 2024 in der Wiener Hofburg!

Danke für diesen Blick hinter die Kulissen.

oeticketlight

ERFOLGREICH TICKETS VERKAUFEN

- EINFACH & INTUITIV: Bringen Sie Ihre Tickets ganz leicht & schnell selbst in den Verkauf mit Ihrem eigenen Ticketshop.
- STARKE REICHWEITE: Profitieren Sie von der Reichweite/dem Netzwerk von oeticket.com & allen bekannten Vorverkaufsstellen.
- GÜNSTIG & FLEXIBEL: Nutzen Sie oeticket.Light als Veranstalter:in kostenlos und ohne Vertragsbindung.

www.oeticket-light.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BERATUNG FÜR FÖRDERUNGEN

Unterstützung für innovative Gemeinden

Die IÖB-Servicestelle bietet interessante Möglichkeiten und Services für Städte und Gemeinden auf ihrem Weg in eine moderne Zukunft.

Vom digitalen Tool für Bürgerinnen und Bürger über verbesserte Prozesse im Amt bis hin zu neuen nachhaltigen und intelligenten Geräten: In Städten und Gemeinden gibt es laufend Potenzial für innovative Projekte. Als IÖB-Servicestelle unterstützen wir Sie kostenlos mit unseren Beratungs- und Unterstützungsleistungen.

Förderprogramm – IÖB-Toolbox. Die IÖB-Toolbox ist das Förderangebot für Innovationsbeschaffungen (Produkte und Dienstleistungen). Finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK), können Beschaffungsprojekte mit bis zu 90 Prozent der Projektkosten (maximal 100.000 EUR Fördersumme) gefördert werden. Abgewickelt wird die Förderung durch die Austria Wirtschaftsservice GesmbH (aws), die IÖB-Servicestelle steht Ihnen im gesamten Prozess der Einreichung beratend zur Seite.

Beispiele für förderbare Projekte reichen von neuen Anwendungen im Bereich Bürgerservice oder zur Unterstützung der Verwaltung bis hin zum Einsatz neuer energiesparender Haustechnik oder innovativer Geräteträger und Geräte für den Wirtschaftshof. Förderbar sind öffentliche Auftraggeber gemäß österreichischem Bundesvergabegesetz mit Sitz in Österreich, außerhalb der Bundesverwaltung. Die Einreichung erfolgt in wenigen einfachen Schritten über den aws Fördermanager. Mehr Infos finden Sie unter **www.ioeb.at/toolbox**.

Innovationen auf einen Blick am Marktplatz Innovation. Für jene, die auf der Suche nach innovativen Lösungen und Produkten sind, bieten wir über die IÖB-Innovationsplattform (**www.ioeb-innovationsplattform.at**) eine Reihe von unterschiedlichen Möglichkeiten an. Am Marktplatz Innovation finden Sie eine Vielzahl von Lösungen österreichischer Unternehmen, die durch eine Expertenjury auf ihren Innovationsgrad und Mehrwert für öffentliche Institutionen bewertet wurden.

Zusätzlich bieten wir über die Innovationsplattform die Möglichkeit durch IÖB Open Innovation Challenges neue Ideen und Lösungskonzepte für Ihre aktuellen Herausforderungen zu suchen.

MEHR INFOS

Die IÖB-Servicestelle bietet auch kostenlose Beratung, Schulungen und Veranstaltungen rund um das Thema innovative Beschaffung an. Sie haben Fragen zu unserem Angebot? Wir stehen Ihnen gerne unter **ioeb@ioeb.at** oder **+43 1 245 70 817** zur Verfügung. Weitere Information zu unserem Angebot finden Sie auf **www.ioeb.at**.

Die IÖB-Servicestelle ist eine Initiative des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft und des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie in Kooperation mit der Bundesbeschaffung GmbH.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

SALZGRADIERWERK VON INNOFIT

Innovativer Ansatz für die innere Fitness

Salzgradierwerke sind seit Langem bekannt für ihre gesundheitsfördernden Eigenschaften. „Wir sind stets an neuen Ansätzen für Fitness interessiert und haben als perfekte Ergänzung zu unseren Outdoor-Fitnessgeräten diese neue Produktserie entdeckt“, sagt Celina Bejska, Geschäftsführerin von Innofit GmbH. Diese beeindruckenden Strukturen, die es in vielen Größen und Ausführungen gibt, haben eine lange Tradition in der natürlichen Behandlung von Atemwegsbeschwerden und anderen gesundheitlichen Problemen wie Asthma oder Bronchitis, denn die Mikropartikel wirken entzündungshemmend, lindern Schwellungen in den Atemwegen und lösen überschüssigen Schleim, was nachhaltig die Atmung erleichtert.

Ein Salzgradierwerk besteht aus einem Holzgerüst, das mit Schwarzdornzweigen oder Reisig bedeckt ist. Diese Zweige werden mit einer konzentrierten Solelösung benetzt. Wenn die Sole durch das Holz sickert, verdunstet das Wasser, wodurch die in der Sole enthaltenen Salzpartikel in der Luft freigesetzt werden. Besucher des Gradierwerks können durch die Anlage spazieren und dabei die salzhaltige Luft einatmen.

„Abgesehen von der Stärkung der Atemwege wird Stress reduziert und geistige Entspannung gefördert“, erläutert Celina Bejska weiter den Mehrwert dieser Anlagen.

In einem Gradierwerk wird eine Salzlösung über aufgeschichtetes Reisig geleitet, wobei Wasser verdunstet, das ähnlich wie Meeresluft einen positiven Effekt bei Pollenallergikern und Asthmatikern sowie vielen anderen Erkrankungen hat.

FOTO // innofit

KONTAKT
Die Firma Innofit übernimmt ab sofort den Vertrieb der Salzgradierwerke für den österreichischen Markt und steht für Anfragen zur Verfügung:
E-Mail: **info@innofit.at**,
Tel: +43-664-444 43 32

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ÖSTERREICHISCHE GLASFASER-INFRASTRUKTURGESELLSCHAFT (ÖGIG)

Mit Glasfaser sicher in die digitale Zukunft

Das leistungsstarke Glasfaserinternet der Österreichischen Glasfaser-Infrastrukturgesellschaft (öGIG) sichert die blitzschnelle Verarbeitung großer Datenmengen und bietet gleichzeitig höchste Ausfallsicherheit. Finden Sie hier die wichtigsten Informationen.

FOTO // istock.com/vorDa

Schnelles und stabiles Internet ist in Zeiten von Streaming, Home-Office und Telemedizin das Maß aller Dinge.

Seit 2012 hat sich die Menge an digitalen Daten, die weltweit durch das Netz rauschen, verzehnfacht. Ob Schule, Job oder Freizeit – schnelles und stabiles Internet ist in Zeiten von Streaming, Home-Office und Telemedizin das Maß aller Dinge und wird in Zukunft noch wichtiger. „Spätestens seit der Etablierung von Home-Office und Home-Schooling reicht es nicht mehr, einfach nur einen Internetzugang zu haben", berichtet Hartwig Tauber, Geschäftsführer der öGIG. „Unser datengefüllter Alltag braucht ultraschnelles, unbegrenztes und ungeteiltes Breitband-Internet." Ein Anspruch, der viele Regionen mit herkömmlichen VDSL-Anschlüssen und Kabelnetz mittlerweile an ihre Leistungsgrenzen bringt und nach einer zuverlässigeren Internet-Infrastruktur verlangt.

Technologievorreiter Glasfaser. Die Lösung heißt ultraschnelles Glasfaserinternet. Mit einer Bandbreite von bis zu 1000 Mbit/s, also 1 Gigabit/s, hat Glasfaser im Vergleich mit anderen Technologien die Nase vorn. Ein flächendeckendes Glasfasernetz kann die „digitale Versorgung" Österreichs nachhaltig sicherstellen. Mit Fiber-To-The-Home (FTTH) gelangen Daten in großer Bandbreite direkt in Häuser und Büros und garantieren so ungeteilte Kapazitäten für Haushalte und Unternehmen.

Weil die leistungsstarken Lichtwellenleiter mit Bandbreite, Tempo und Zuverlässigkeit punkten, robust und belastbar sind, gelten sie längst als Übertragungsmedium der Zukunft. Die moderne Internettechnologie ist jedoch nicht nur leistungsfähig – sie wird auch als besonders stabil und ausfallsicher eingestuft. Ihre Komponenten besitzen im Vergleich zu Kupfer und Kabel eine lange Lebensdauer.

„Wir machen eine **sichere Datenübertragung möglich.**"

Hartwig Tauber, Geschäftsführer der öGIG

Sicher und leistungsstark. Denn auch betreffend Sicherheit bringt die Glasfaser Vorteile: Glasfasern sind – im Gegensatz zu herkömmlichen Kupferkabeln – unempfindlicher gegenüber Spannungs- und Temperaturschwankungen. Da die Datenübertragung durch optische Signale erfolgt, sind Glasfaserkabel für elektronische Störungen unempfindlich und geben obendrein selbst keine Strahlungsemissionen ab – ein weiterer Aspekt, der für die betriebliche Nutzung, aber auch für die Lebensqualität in Gemeinden von großer Relevanz ist.

Österreichische Glasfaser Infrastruktur Gesellschaft

So geht Glasfaser.

MEHR INFOS
öGIG GmbH
Europaplatz 7, 3100 St. Pölten

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

HOCHWERTIGE EDELSTAHLGERÄTE NEU BEI INNOFIT

Outdoor Fitnessgeräte

Outdoor-Fitnessgeräte erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Mit ihrer edlen Optik und ihrer vielseitigen Funktionalität bietet die Edelstahlausführung gleichzeitig eine robuste, widerstandsfähige Variante.

Regen, Sonne und wechselnde Temperaturen können dem Material nichts anhaben, sodass die Geräte über viele Jahre hinweg in einem hervorragenden Zustand bleiben. Dies gewährleistet nicht nur eine dauerhafte Investition für die Gemeinde, sondern auch eine konstante Verfügbarkeit von Fitnessmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Sortiment an Edelstahlgeräten ist breit gefächert und ermöglicht es, verschiedene Muskelgruppen zu trainieren und das Training individuell an die Bedürfnisse jedes Einzelnen anzupassen. Ganz gleich, ob es um Kraftaufbau, Ausdauer oder Flexibilität geht, diese Geräte bieten für jeden etwas. Die Wirkung auf die Gesundheit ist ebenfalls beeindruckend. Das Training an den Outdoor-Fitnessgeräten fördert die körperliche Fitness, stärkt das Herz-Kreislauf-System und verbessert die Beweglichkeit. Da die Geräte für Menschen jeden Alters geeignet sind, schaffen sie eine inklusive Umgebung, in der Menschen zusammenkommen und gemeinsam an ihrer Gesundheit arbeiten.

Dies fördert nicht nur die körperliche Gesundheit, sondern auch das soziale Miteinander und das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft.

Investitionen in hochwertige Outdoor-Fitnessgeräte sind somit eine Investition in die Gesundheit und das Wohlbefinden der gesamten Gemeinschaft.

KONTAKT
Ab sofort neu bei Innofit!
E-Mail: **info@innofit.at**
Tel: +43 664 4444332

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

AS MOTOR EGO PELLENC ETESIA ECHO ARIENS FUJII

- **Di, 26.09.2023** Natters (T)
- **Mi, 27.09.2023** Grödig bei Salzburg (S)
- **Do, 28.09.2023** Ansfelden (OÖ)
- **Di, 03.10.2023** Altlengbach (NÖ)
- **Mi, 04.10.2023** Gleisdorf (STMK)
- **Do, 05.10.2023** Klagenfurt (KTN)

Lassen Sie sich fachmännisch beraten, treffen Sie Vertreter der Herstellerfirmen und testen Sie die Maschinen im Einsatz. Nur so können Sie feststellen, ob sie Ihre Anforderungen erfüllen.

Wir ersuchen Sie um Anmeldung:
Telefonisch: +43 5338 8405
Email: info@hochfilzer.com
Online: www.hochfilzer.com

VERANSTALTER/GENERALVERTRETUNG: Hochfilzer GmbH & Co KG
6250 Kundl, Weinberg 18 | T +43 5338 8405 | info@hochfilzer.com | www.hochfilzer.com

Hochfilzer WIR SIND IHR PARTNER

50 JAHRE IHR PARTNER

FOTOMAYA/adobe.com

ARBEITSGEMEINSCHAFT HOCHWASSERSCHUTZ IM ÖWAV

Bewältigung von **Starkregen und Überflutungen**

Aktualität, auf die man verzichten kann: Der August 2023 brachte für viele Teile Österreichs eine unerwartete Herausforderung in Form von massiven Starkregenfällen und verheerenden Überflutungen. Inmitten dieser Naturkatastrophen erwies sich jedoch die Effizienz und Organisation der österreichischen Gemeinden als bemerkenswert.

Fernab von Gewässern ergibt sich für die Gemeinden durch vom Klimawandel weiter angetriebene Extremereignisse wie Starkregen und den dadurch entstehenden Oberflächenabfluss, der mittlerweile rund die Hälfte aller „Hochwasserschäden" verursacht, ein weiteres Problemfeld, dem nur durch erhöhte Eigenvorsorge der Bevölkerung begegnet werden kann.

FOTO // MICHAEL - STOCK.ADOBE

TEXT // HANS BRAUN

Die schnelle und koordinierte Reaktion auf die außergewöhnlichen Wetterbedingungen verdeutlichte die Widerstandsfähigkeit und die Fähigkeit der Gemeinden, in Krisensituationen erfolgreich zu agieren.

Die jüngsten Starkregenereignisse stellten eine echte Prüfung für die Gemeinden in Österreich dar. Die intensiven Niederschläge führten zu Überschwemmungen, Hangrutschungen, Straßensperrungen und Gefahren für Leib und Leben – und in Kärnten zumindest zu einem Todesfall. Die Behörden jedoch waren bestens vorbereitet und zeigten eine rasche und durchdachte Reaktion. Notfallpläne wurden aktiviert und die Zusammenarbeit zwischen den lokalen Feuerwehren, Rettungsdiensten, der Polizei und anderen relevanten Stellen funktionierte nahezu nahtlos.

Die erfolgreiche Bewältigung der Starkregenfälle und Überflutungen kann auch auf vorbeugende Maßnahmen und gut geplante Infrastruktur zurückgeführt werden. Österreichische Gemeinden haben in den vergangenen Jahren in den Ausbau von Hochwasserschutzsystemen und -infrastrukturen investiert, um die Auswirkungen von extremen Wetterereignissen zu minimieren. Dazu gehören beispielsweise Deiche, Rückhaltebecken und Entwässerungskanäle, die sich während dieser Ereignisse als äußerst wertvoll erwiesen haben. Als überaus hilfreich für die Gemeinden haben sich hierbei auch die vielen Schulungen erwiesen, die den Gemeinden angeboten wurden und werden.

Lessons Learned für die Zukunft. Die Ereignisse Anfang August verdeutlichen einmal mehr die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung von Krisenplänen und -strategien. Während Österreichs Gemeinden sich in dieser Situation bewährt haben, ist es wichtig, aus diesen Erfahrungen zu lernen und sich auf kommende Herausforderungen vorzubereiten. Investitionen in fortschrittliche Technologien zur Überwachung von Wetterereignissen und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden und Institutionen können dazu beitragen, die Resilienz in Krisensituationen weiter zu stärken.

ARGE Hochwasserschutz. In der letzten Ausgabe des KOMMUNAL stellte der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) die „Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Hochwasserschutz“ als Forum und Plattform für die anstehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit Hochwasserschutzthemen und als wichtige Plattform zum Informationsaustausch für die Hochwasserschutz- und Erhaltungsverbände sowie Genossenschaften und Gemeinden vor. In dieser Ausgabe werden nun einige dieser aktuellen Themen näher beleuchtet und die dazu veröffentlichten Informations- und Förderungsinstrumente vorgestellt

Die für den Hochwasserschutz verantwortlichen Institutionen haben anspruchsvolle Aufgaben wie Sofortmaßnahmen, Planungen, Baumaßnahmen und Instandhaltungen, Pflegemaßnahmen, laufende Wartungen und Kontrollen der technischen Bauwerke wie Hochwasserschutzbauten und Hochwasserrückhaltebecken durchzuführen. Dies speziell auch unter Berücksichtigung der rechtlichen und wirtschaftlichen Anforderungen und insbesondere Fragen der Haftung, wozu neben den bereits vorgestellten ÖWAV-Kursen und Seminaren auch einige Regelwerke sowie weitere Praxishilfen vom ÖWAV bzw. vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) zur Verfügung gestellt werden, die größtenteils in der ARGE Hochwasserschutz initiiert, diskutiert und durch deren Mitglieder in den letzten zehn Jahren mitentwickelt wurden.

Fernab von Gewässern ergibt sich für die Gemeinden durch vom Klimawandel weiter angetriebene Extremereignisse wie Starkregen und den dadurch entstehenden Oberflächenabfluss, der mittlerweile rund die Hälfte aller „Hochwasserschäden“ verursacht, ein weiteres Problemfeld, dem nur durch erhöhte Eigenvorsorge der Bevölkerung begegnet werden kann. Auch dazu können zur Information einige Unterlagen beim ÖWAV bzw. beim BML bezogen werden.

Zusätzliche Aufgaben ergeben sich für die Gemeinden durch die Ökologisierung der Gewässer, die in der EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) eingefordert wird. Auch zu diesem Bereich können zur Unterstützung einige Unterlagen beim ÖWAV bzw. auch über Austrian Standards bezogen werden

Die Förderungsrichtlinien für Maßnahmen zu Hochwasserschutz und Ökologie werden von den zuständigen Bundesministerien mit Unterstützung von Behördenvertreter:innen laufend weiterentwickelt. Die Förderungsabwicklung erfolgt bereits in vereinfachter digitaler Form. »

> **„Die erfolgreiche Bewältigung der Starkregenfälle und Überflutungen** kann auch auf vorbeugende Maßnahmen und gut geplante Infrastruktur zurückgeführt werden.“

> „Die Förderungsrichtlinien für Maßnahmen zu Hochwasserschutz und Ökologie werden laufend weiterentwickelt. **Die Förderungsabwicklung erfolgt bereits in vereinfachter digitaler Form.“**

zukunft SEIT 1909 denken

Arbeitsbehelfe des ÖWAV und der ARGE Hochwasserschutz

REGELWERKE SOWIE PRAXISHILFEN, die vom ÖWAV bzw. vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) zur Verfügung gestellt werden, die größtenteils in der ARGE Hochwasserschutz initiiert, diskutiert und durch deren Mitglieder in den vergangenen zehn Jahren mitentwickelt wurden:

- ÖWAV-RB 220: **Niederschlag-Abfluss-Modellierung**
- ÖWAV-RB 306: **Überprüfung von Stau- und Hochwasserschutzanlagen – einschl. Programm zur Flutwellenabschätzung (Begutachtung bis 31.10.2023)**
- ÖWAV-AB 005: **Mustersatzungen für Hochwasserschutzverbände**
- ÖWAV-AB 042: **Mobiler Hochwasserschutz**
- ÖWAV-AB 053: **Zustandsermittlung von Hochwasserschutzdämmen**
- ÖWAV-AB 061: **VRV in der Abwasser-, Abfall- und Schutzwasserwirtschaft**
- ÖWAV-AB 064: **Kosten- und Leistungsrechnung in der Abwasser-, Abfall- und Schutzwasserwirtschaft**
- ÖWAV-MB: **Zivil-, verwaltungs- und justizstrafrechtliche Haftung in Wasser- und Abfallverbänden**
- ÖWAV-PP: **Strategie 2013+: Hochwasser und Muren**

STARKREGEN UND DER DADURCH ENTSTEHENDE OBERFLÄCHENABFLUSS, der mittlerweile rund die Hälfte aller „Hochwasserschäden" verursacht, ist ein weiteres Problemfeld, dem nur durch erhöhte Eigenvorsorge der Bevölkerung begegnet werden kann:

- **Eigenvorsorge bei Oberflächenabfluss** – ein BML-Leitfaden für Planung, Neubau und Anpassung
- ÖWAV-EP: **Klimawandelanpassung Wasserwirtschaft** – Pluviales Hochwasser
- ÖWAV-AP: **Prüfung von Wassergefahren auf Gebäude und Infrastruktur**
- ÖWAV-LF: **Wassergefahren für Gebäude und Schutzmaßnahmen**

Auch zur Ökologisierung der Gewässer, die in der **EU-WASSERRAHMENRICHTLINIE (EU-WRRL)** eingefordert wird, können zur Unterstützung einige Unterlagen beim ÖWAV bzw. auch über Austrian Standards bezogen werden:

- ÖWAV-RB 303: **Gewässerwärter:in – Gewässermeister:in**
- ÖWAV-RB 304: **Ausbildungskurs „Fachkraft für Neophytenmanagement"**
- ÖWAV-RB 305: **Verwendung und Verwertung von Sedimenten**
- ÖWAV-AB 049: **Neophytenmanagement**
- ÖWAV-AB 056: **Wartung von Fischaufstiegshilfen**
- ÖWAV-AB 063: **Holz in und an Fließgewässern – Wildholzmanagement**
- **Fließgewässer erhalten und entwickeln** – BMLFUW/ÖWAV-Praxisfibel

Weitere und aktuelle Informationen finden Sie auf **www.oewav.at**

FOTO // Aich

Die Schäden an der Infrastruktur – hier der überflutete Glan-Radweg bei St. Veit an der Glan — werden die Gemeinden noch lange beschäftigen.

Projekte können vor Baubeginn über die Online-Plattform **www.meinefoerderung.at** beim zuständigen Amt der Landesregierung eingereicht werden. Die weitere Abwicklung der Förderung erfolgt dann über die Abwicklungsstelle des Bundes, der Kommunalkredit Public Consulting GmbH (KPC). Über das Umweltförderungsgesetz (UFG) kann jede Gemeinde, die einen Bach- oder Flusslauf renaturieren und Maßnahmen zur Vernetzung und Verbesserung von Gewässerlebensräumen umsetzen will, für bis zu 60 Prozent der Kosten eine Förderung beim BML beantragen. Zusätzlich wird eine Förderung des jeweiligen Bundeslandes gewährt, was eine Förderintensität von bis zu 90 Prozent ergibt. Sofern die Maßnahmen alternativ über den GAP-Strategieplan gefördert werden können, werden ebenfalls in Summe 90 Prozent erreicht (**bml.gv.at/gewaesseroekologie-gemeinde**). Bis zum Jahr 2027 stehen dafür in Summe 200 Millionen Euro an Förderungsmitteln zur Verfügung. Aktuell besteht durch Kombination einer weiteren Förderschiene die Möglichkeit, Projekte für die Verbesserung der Gewässerökologie noch bis 2026 zusätzlich über den Biodiversitätsfonds des Klimaministeriums zu fördern, wodurch der aufzubringende **Eigenmittelanteil** auf **zwei bis fünf Prozent** reduziert werden kann.

Mit der bekannten Förderung über das Wasserbautenförderungsgesetz des BML werden im Rahmen von Hochwasserschutzprojekten auch Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit finanziert.

Mehr Informationen zu diesem Thema und vielen anderen finden Sie auf der Website **www.oewav.at**

familienfreundlichegemeinde

FAMILIE & BERUF MANAGEMENT GMBH

Auf dem Weg zur Familienfreundlichkeit!

Wir begleiten Sie - Schritt für Schritt!

Die Zertifizierung

familienfreundlichegemeinde ist ein nachhaltiger, kommunalpolitischer Prozess für österreichische Städte, Marktgemeinden und Gemeinden mit dem Ziel, in Workshops und durch aktive Bürgerbeteiligung familienfreundliche Maßnahmen in den Gemeinden zu verankern. Nach erfolgreichem Abschluss des Zertifizierungsprozesses, der europaweit als Vorzeigebeispiel gilt, wird die Gemeinde mit dem staatlichen Gütezeichen ausgezeichnet.

Werden auch Sie Teil des familienfreundlichen Österreich!

Insgesamt haben österreichweit bereits über **600 Gemeinden** an der Zertifizierung teilgenommen, das sind rund **30 Prozent aller österreichischen Gemeinden**. Somit profitieren rund **drei Millionen Bürgerinnen und Bürger,** also ein **Drittel der Gesamtbevölkerung,** von den familienfreundlichen Maßnahmen.

Familienfreundlichkeit lohnt sich

Ob Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, Bürgerinnen und Bürger, jung oder alt, alle profitieren von familienfreundlichen Maßnahmen. Die Vorteile dieser liegen auf der Hand: Durch eine Aufwertung des Standorts und eine stärkere Identifikation mit dem Wohnort lässt sich Abwanderung gezielt vorbeugen.

Eine familienfreundliche Standortpolitik gewinnt damit immer mehr an Bedeutung für eine bedarfsgerechte Lebensumgebung. Dabei hat eine rezente Studie im Auftrag der Familie & Beruf Management GmbH gezeigt, dass in zertifiziert familienfreundlichen Gemeinden das Bevölkerungswachstum stärker und auch die Erwerbsquote höher war als in nicht zertifizierten Gemeinden.

Die ersten Schritte zum Zertifikat

1. **TEILNAHME AN INFOVERANSTALTUNG** kostenlos und unverbindlich
2. **GEMEINDERATBESCHLUSS** über Teilnahme an der Zertifizierung
3. **TEILNAHMEVEREINBARUNG** postalische Übermittlung
4. **ZUTEILUNG DES PROZESSBEGLEITERS**

UNICEF-Zusatzzertifikat

Gemeinden können im Rahmen der Zertifizierung familienfreundlichegemeinde auch das UNICEF-Zusatzzertifikat „Kinderfreundliche Gemeinde" erlangen.

EINLADUNG familienfreundlichegemeinde

KOSTENLOSE INFOVERANSTALTUNG

Erfahren Sie mehr über den Inhalt und den Ablauf des Zertifizierungsprozesses.

Die nächsten Termine:
jeweils von 13:00 - 16:00 Uhr

Di, 05. September 2023
Di, 19. September 2023
Di, 03. Oktober 2023
Mi, 18. Oktober 2023
Do, 09. November 2023
Di, 05. Dezember 2023

Melden Sie sich online unter **www.familieundberuf.at** an!

Kontakt: zertifizierungen@familieundberuf.at

Bezahlte Anzeige

www.familieundberuf.at /familieundberufat /familieundberufat @familieundberufat

GASTKOMMENTAR ZUR KLIMARESILIENZ

Es führt **kein Weg mehr daran vorbei**

Viele Folgen des Klimawandels können wir nicht mehr aufhalten. Deshalb müssen wir uns dagegen wappnen, meint Lorenzo Marchetti. Er ist Public Affairs Manager bei Everbridge, einem Spezialisten für Critical Event Management, und stammt aus der jüngst von einer Flutkatastrophe betroffenen Emilia-Romagna.

Österreich und Slowenien erleben derzeit die Folgen von Unwettern und Starkregen mit Niederschlagsmengen von teilweise 60 Litern pro Quadratmeter, die vor allem in Kärnten und der Steiermark verheerende Erdrutsche auslösten und Flüsse über die Ufer treten ließen. Gleichzeitig kämpft Kanada mit Waldbränden unbekannten Ausmaßes, die italienische Emilia-Romagna wurde im Mai von katastrophalen Überschwemmungen heimgesucht und auch aus dem deutschen Ahrtal sind die Bilder der Zerstörung ebenfalls noch auf dramatische Weise präsent. Diese aktuellen Ereignisse sind nur einige Beispiele dafür, dass der Klimawandel deutliche Spuren hinterlässt und extreme Wetterereignisse zunehmend zur Regel werden.

Die Vorkommnisse in der Emilia-Romagna zeigten überdeutlich, wie wichtig die Arbeit der Vereinten Nationen und anderer Organisationen für den Aufbau resilienter Gesellschaften ist, um so viele Menschenleben wie möglich zu retten. Denn mit den Konsequenzen des Klimawandels stehen uns globale Herausforderungen von immenser Tragweite bevor. Wir können extreme Wettererscheinungen nicht verhindern, aber wir können sie antizipieren und durch angemessene Reaktionen Menschen retten, die Wirtschaft stabilisieren und Güter schützen. Doch dafür

> „Das effektivste Mittel, um in Notfällen alle gefährdeten Bürger flächendeckend zu erreichen, **stellt die Cell-Broadcast-Technologie dar.“**

benötigen wir ganzheitliche resiliente Management-Ansätze und leistungsfähige öffentliche Warnsysteme.

Das effektivste Mittel, um in Notfällen alle gefährdeten Bürger flächendeckend zu erreichen, stellt die **Cell-Broadcast-Technologie*** dar. Mit ihr können Behörden Warnmeldungen auf alle Smartphones und auch herkömmliche Handys schicken, die sich im Sendebereich eines Funkmasts befinden. Dafür benötigen die Behörden keine Mobilfunknummer und die Empfänger brauchen keine spezielle App. Der Datenverkehr der Warnungen wird auch nicht durch ein erhöhtes Aufkommen an Mobilfunkgesprächen eingeschränkt. Selbst wenn ein Funkmast überbucht ist, sodass keine Gesprächseinwahl mehr möglich ist, gehen die Warnmeldungen raus. Es gibt keinen besseren Warnkanal, um Menschen schnell, zuverlässig und anonym zu erreichen. Viele Deutsche sind auch bereits mit Cell-Broadcast-Technologie in Berührung gekommen, vielleicht ohne es zu wissen. Beim bundesweiten Warntag im Dezember 2022, als viele Bürgerinnen und Bürger Alarme auf ihren Mobiltelefonen erhielten, wurde diese Technologie getestet, mittlerweile ist sie in Deutschland in Betrieb und wird sehr viel genutzt.

Aber auch die beste Technologie ist auf Solidarität angewiesen – so, wie sie die verwüstete Emilia-Romagna erleben durfte und wie sie auch den betroffenen Regionen in Österreich und Slowenien zukommt. In Italien halfen Menschen aller Altersgruppen in ihrer Freizeit, Freiwillige aus anderen Regionen räumten auf und reparierten, internationale Zivilschützer pumpten rund um die Uhr Wasser aus der überschwemmten Stadt. Solidarität ist ein oft missbrauchter Begriff, aber das war Solidarität in ihrer wahren Form. Auf sie wird es in Zukunft mehr ankommen denn je.

Anmerkung: Der Autor dieser Zeilen berichtet von den Geschehnissen aus erster Hand, denn er stammt aus dem betroffenen Gebiet der Emilia-Romagna. Und just zu der Zeit, als in seiner Heimat die Flut kam, nahm er an einer UN-Konferenz in New York teil, die internationale Strategien für das Katastrophenmanagement diskutierte. Während er über Risikobeherrschung sprach, sah er Bilder von zusammenbrechenden Brücken. Während er über Notfallkommunikation sprach, hörte er von Toten und Vermissten. Während er die Bedeutung von Technologie hervorhob, schickten ihm Dutzende Menschen Nachrichten, um sich nach seiner Familie zu erkundigen.

* Cell Broadcast, auch SMS-CB genannt, ist ein seit 1999 eingesetzter Mobilfunkdienst zum Versenden von Nachrichten ähnlich SMS-MT durch Rundsenden an alle Empfänger innerhalb einer Funkzelle.

LORENZO MARCHETTI ist Public Affairs Manager bei Everbridge. Der Absolvent der Johns Hopkins School of Advanced International Studies war Analyst für das Private Equity and Finance for Growth Laboratory bei SDA Bocconi und Praktikant bei der Delegation der Europäischen Union in den Vereinigten Staaten in Washington. Er leitet auch die Kommunikationsabteilung des Zentrums für Verfassungsstudien und demokratische Entwicklung.

ISGUS
UNTERNEHMENSGRUPPE

UNTERNEHMENS-
SICHERHEIT

SICHERHEITSKONZEPTE
FÜR GEBÄUDE,
BESUCHER &
MITARBEITER

www.isgus.at

FOTO// ShniDesign - stock.adobe.com

Förderung für mehr Klimaschutz und Energieeffizienz

Die Energie- und Mobilitätswende umsetzen und den Klimaschutz vorantreiben – was vielerorts bereits alltägliche und gelebte Praxis ist, soll nun sukzessive erweitert und ausgebaut werden. Tatsächlich sind es in Österreich schon 1.134 Gemeinden, die zusammen insgesamt 124 „Klima- und Energie-Modellregionen" (KEM) bilden. Im Rahmen des gleichnamigen Programms stellt der Klima- und Energiefonds heuer 12 Millionen Euro, dotiert aus Mitteln des Klimaschutzministerium (BMK), zur Bildung und Fortführung von KEMs zur Verfügung.

Die **Ausschreibung** ist offen – die Einreichung ist ab sofort bis **31.01.2024,** 12:00 Uhr, möglich:
www.umweltfoerderung.at/klimaundenergiemodellregionen

Thermische Bauteilaktivierung kühlt und heizt effizient

Hoher Energieverbrauch und große Mengen an CO_2 – Gebäude tragen maßgeblich zur Umweltbelastung in Österreich und Europa bei. Bei den meisten bestehenden Gebäuden gibt es daher ein hohes Potenzial zum Sparen von Energie und zur Verbesserung der Wohnqualität. Mit dem Programm „Mustersanierung 2.0" fördert der Klima- und Energiefonds im Auftrag des Klimaschutzministeriums (BMK) daher mustergültige Gebäudesanierungen mit 1,5 Millionen Euro.
Diese Einreichung ist ausschließlich online möglich, die **Einreichfrist endet am 29.02.2024,** 12:00 Uhr.

www.klimafonds.gv.at/call/mustersanierung-2023/

Unter **http://www.bauteilaktivierung.info** finden Sie weiterführende Informationen für die Zielgruppe der Planer und Umsetzer zum Thema.

FOTO // Selux / Xavier BOYMOND

Dank der diskreten Integration der Lichtstelen in den Park können sich die Menschen hier mit der Familie entspannen oder einfach nur ausruhen.

Außenlicht im Einklang mit der Natur

Künstliches Licht im Außenbereich sollte menschliche Bedürfnisse hocheffizient erfüllen und gleichzeitig die Bedürfnisse der Pflanzen- und Tierwelt berücksichtigen.
Selux vereint dies nun mit seinen wissenschaftlich basierten „Circularen Lichtprofilen". Diese beleuchten den Außenraum einfach und vorprogrammiert so, dass sie sich intelligent an die jeweiligen Anforderungen anpassen.

Mehr Infos auf www.selux.de

FOTO // Saubermacher/pixelmaker

Josef Ober, Bürgermeister von Feldbach, Hans Roth, Saubermacher-Gründer, und Manfred Reisenhofer, Obmann des Abfallwirtschaftsverbands Feldbach

Saubermacher testet Treibstoff aus Bio-Reststoffen

Als erster Entsorger Österreichs setzt Saubermacher bei der Abfallsammlung auf den fossilfreien Kraftstoff HVO 100.
Der „grüne Treibstoff" wird aus Rückständen aus der Lebensmittelindustrie sowie Abfällen aus der Pflanzenölproduktion hergestellt und spart bis zu 90 Prozent CO_2 ein. Geprüft wird der „Verwertungskraftstoff" bei 17 LKWs für die Abfallsammlung in der Oststeiermark.

Das senkt die CO_2-Emissionen bis zum Jahresende um rund 323 Tonnen. Ziel von Saubermacher ist es, den gesamten Fuhrpark bis 2040 vollständig klimaneutral zu betreiben.

Mehr Information unter:
saubermacher.at

5,9 %

Im 2. Quartal 2023 stieg der Baupreisindex für den Hoch- und Tiefbau laut Berechnungen von Statistik Austria auf 121,9 Punkte. Im Vergleich zum 2. Quartal des Vorjahres legten die Baupreise damit um 5,9 % zu, im Vergleich zum Vorquartal um 1,0 %.

7 %

Die Inflationsrate für Juli 2023 lag laut Statistik Austria bei 7,0 % (Juni 2023: 8,0 %). Der Indexstand des Verbraucherpreisindex 2020 (VPI 2020) betrug 120,5. Gegenüber dem Vormonat Juni 2023 stieg das durchschnittliche Preisniveau um 0,1 %.

In nachhaltigen Ideen schwelgen
Die „Urban Future 2023“ in Stuttgart //
SEITE 84

Prävention immer wichtiger
Trockenheit lässt die Waldbrandgefahr steigen //
SEITE 90

Die „Tour zur Nahversorgung“
Die „RegionIMpuls“-Tour startet am 15. September //
SEITE 92

NAHAUFNAHME MARTIN STAUDINGER

Der Polit-Profi vom Bodensee

NAME | **Martin Staudinger**
ALTER | **44**
GEMEINDE | **Hard (am Bodensee)**
EINWOHNERZAHL | **13.786** (Jänner 2023)
BÜRGERMEISTER SEIT | **27. September 2020**
PARTEI | **SPÖ**

Martin Staudinger, der Bürgermeister von Hard am Bodensee, kann eine ungewöhnliche Karriere vorweisen: vom Bund ins Land und vom Land in die Gemeinde. Als Ortschef lautet sein Credo: Umsetzen statt immer nur planen!

TEXT // ANDREAS HUSSAK

Der Lebenslauf von Martin Staudinger liest sich wie der Plot zu einem Hollywood-Film. Als junger Bursch verlässt er seine Heimat, um in der Ferne sein Glück zu suchen. Dort studiert er und legt alsbald eine rasante Karriere in der Politik hin. Fast 20 Jahre später kehrt er als gestandener Mann und versierter Polit-Profi wieder zurück und schafft es, mit einem fulminanten Wahlsieg nicht nur den Bürgermeistersessel zu erobern, sondern auch die politische Mehrheit in seiner Gemeinde nach 70 Jahren erstmals zu drehen. Happy End.

Gleichwohl der Film hier wohl enden würde, geht es damit im realen Leben für Staudinger erst so richtig los. Doch alles der Reihe nach: Der kleine Martin wächst in den 80er- und 90er-Jahren in der gar nicht so kleinen Vorarlberger Marktgemeinde Hard auf. Mit rund 14.000 Einwohnern liegt sie auf Platz 50 der bevölkerungsreichsten Gemeinden und ist tatsächlich größer als die meisten österreichischen Städte.

Staudinger ist ein ausgezeichneter Schüler und hat ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden, daher scheut er auch nicht davor zurück, sich für seine Klassenkameraden einzusetzen und mit den Lehrern zu streiten, wenn diese einen Mitschüler schlecht behandelt haben. Dieser Sinn für Gerechtigkeit sollte später auch seine Hauptmotivation werden, sich politisch zu engagieren – gemeinsam mit dem Wunsch zu gestalten. Diesem Wunsch folgend beabsichtigt Staudinger ursprünglich etwas wie Industriedesign oder Architektur zu studieren. Nach der Matura geht er nach Wien, entscheidet sich letztendlich aber für Volkswirtschaft und Politikwissenschaft. Während des Studiums tritt Staudinger dem Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs (VSStÖ) bei, weil er seine Grundwerte bei der SPÖ am ehesten erfüllt sieht, und wird Finanzreferent der ÖH an der Uni Wien – just zu der Zeit, als die Studiengebühren eingeführt werden und aufgrund der rückläufigen Inskriptionszahlen plötzlich 20 Prozent weniger Budget zur Verfügung steht. Die Strukturen dennoch aufrechtzuerhalten ist die erste große Prüfung für den Vorarlberger Studenten.

2006 schließt Staudinger beide Diplomstudien erfolgreich ab und wird Bezirksrat in der Inneren Stadt, dazu stellvertretender Klubobmann

> **Ich bin kein Oppositionspolitiker,** der kritisiert, sondern jemand, der gestalten möchte."
>
> **Martin Staudinger** über seine Ambitionen in der Politik

FOTO // Frederick Sams

DAS AMT UND SEINE TRÄGER*INNEN

Sie tragen die politische Hauptverantwortung für die Lebensqualität in den 2.093 Gemeinden Österreichs. Ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten sie je nach Blickwinkel als Reibebaum oder Respektsperson, Geldbeschaffer oder -verteiler, machtlos oder machtbewusst. KOMMUNAL fragt nach: Wie ticken unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister? Was treibt sie an? Wie interpretieren sie ihr Amt zwischen Erwartungsdruck, rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen? Eine KOMMUNAL-Porträtserie über Gemeindeoberhäupter, die ihre Kommune nicht nur verwalten, sondern gestalten und ihre Visionen umsetzen wollen.

Für mich ist das kein Abstieg, sondern der Weg zurück in die Heimat“

Martin Staudinger über seinen Karriereweg vom Bund über das Land in die Gemeinde.

sowie Bezirksgeschäftsführer. Zwei Jahre später wechselt er in die Bundespolitik, konkret ins Kabinett von Sozialminister Rudolf Hundstorfer. In den folgenden sieben Jahren konzipiert und verhandelt er in dieser Position unter anderem die Mindestsicherung, die Pflegegeldreform und den Pflegefonds. „In dieser Zeit habe ich sehr viel dazugelernt und sie hat mich stark geprägt“, erinnert sich Staudinger zurück.

Nach 18 Jahren Wien zieht es Staudinger zurück in die Heimat. Er leitet fortan die Landesstelle Vorarlberg des Sozialministeriumservice, promoviert in Politikwissenschaft und wird Landesparteivorsitzender der SPÖ, die unter seiner Führung Zugewinne bei Europa- und Landtagswahlen verzeichnen kann. Staudinger zieht in den Landtag ein und wird Klubvorsitzender.

Immer wieder fragen ihn Menschen aus Hard, ob er sich nicht auch in seiner Heimatgemeinde engagieren möchte. „Das Bürgermeisteramt war kein Sandkastentraum von mir und eigentlich nie ein Lebensziel“, bekennt Staudinger, doch mit der Zeit findet er immer mehr Gefallen an dem Gedanken. „Mich hat die konkrete Gestaltung der eigenen Heimat zunehmend gereizt. Es ist eine spannende Aufgabe, weil es um die Zukunft des Ortes geht, in dem man selbst lebt, und die Arbeit im täglichen Umfeld unmittelbar erlebbar wird.“

2020 stellt sich Staudinger mit der Liste „Dr. Martin Staudinger – Mitanand für Hard“ der Wahl und katapultiert die SPÖ von 8 auf 28 Prozent. In der direkten Stichwahl kann er gegen die Amtsinhaberin sogar zwei Drittel aller Stimmen für sich verbuchen. Wie angekündigt legt Staudinger seine Parteifunktionen auf Landesebene zurück und konzentriert sich auf seine Verantwortung als Ortschef, „denn das ist zweifellos ein Full-Time-Job.“ Ein Job, der dem heute 44-Jährigen sehr entgegenkommt, denn „ich bin kein Oppositionspolitiker, der kritisiert, sondern jemand, der gestalten möchte“. Damit das möglich wird, legt der Makroökonom und frühere Finanzreferent seinen Fokus auf die Gemeindefinanzen. „Vor dem politischen Wechsel wurde sehr viel geplant, etwa was das Ortszentrum oder die Entwicklung am Hafen betrifft. Die Grundgedanken waren zwar gut, aber die Pläne waren zu bombastisch – mit zu vielen internationalen Beratern – und sind von der Bevölkerung einfach nicht goutiert worden. Es sind sechsstellige Summen für Planungen ausgegeben worden. Für das Strandbad gab es beispielsweise 2014 einen Wettbewerb, bei dem das Siegerprojekt 70.000 Euro bekommen hat. Gebaut wurde dann allerdings nichts.“ Der jetzige Ortschef konzentriert sich heute daher sehr darauf, nicht nur große Pläne zu machen, sondern auch wirklich in die Umsetzung zu gehen. „Für einige Projekte wurde wiederum sehr viel Geld ausgegeben, sodass die finanzielle Situation von Hard eine extrem schwierige geworden ist“, berichtet Staudinger. „Ich muss also schauen, dass ich einerseits die budgetäre Situation in den Griff bekomme und andererseits gleichzeitig doch die Gemeindeentwicklung weiterführe.“

Anstatt großer Sprünge, die dann doch nur im Ansatz verharren, sind nun kleine Schritte angesagt. „Das Strandbad reißen wir seit August ab und werden es über den Winter neu bauen. Die weitere Gemeindeentwicklung werden wir stückweise vorantreiben - in enger Abstimmung mit den Bürgern und mit allen Parteien, damit das finanziell überhaupt möglich wird.“

Als Landespolitiker kennt Staudinger die Oppositionsrolle nur zu gut und in der Koalition auf Bundesebene hat er die Mechanismen und Effekte des Kompromissfindens gelernt. Auf

Der begradigte Neue Rhein mit der Rheinbrücke, die Fußach (links) mit Hard (rechts) verbindet. Die Staatsgrenze verläuft weiterhin dem ursprünglichen, weiter westlich gelegenen Flussverlauf folgend, daher sind hier beide Rheinseiten österreichisch.

FOTO // Herbert Heim CC BY-SA 4.0 // Frederick Sams

Blick über das Binnenbecken auf das winterliche Hard. Die größte Bucht der Marktgemeinde wird unter anderem von Häfen, Parks und dem Strandbad gesäumt.

Hard von Osten. Am oberen Bildrand ist die künstlich verlängerte Mündung des Rheins in den Bodensee zu sehen.

FOTO //Asurnipal // Frederick Sams

In der Vergangenheit wurde in Hard viel geplant, aber wenig realisiert. Staudinger pocht darauf, dass auch umgesetzt wird – finanziell vertretbar, in kleineren Schritten, aber dafür jetzt und nicht irgendwann.

Gemeindeebene bemüht er sich daher darum, immer alle Parteien miteinzubinden.

„Einiges wird ja von der Verwaltung gemacht und ist unstrittig, aber bei den großen Entwicklungsprojekten erstelle ich immer eine Arbeitsstruktur, bei der alle fünf Parteien in der Gemeinde vertreten sind. Alle paar Monate legen wir die nächsten Schritte vor, diskutieren sie und schauen, ob es eine Mehrheit dafür gibt. Ich nehme dabei einerseits die Rolle des Managers ein, der die Sache vorantreibt, aber andererseits auch die Rolle des Moderators der Demokratie. Jede Partei kann ihre Abänderungswünsche einbringen und ich lasse über jeden Wunsch mit freien Mehrheiten abstimmen. Natürlich wird es immer Kompromisse geben müssen, weil wir nicht unendlich viel Geld ausgeben können. Aber was die Mehrheit entscheidet, das ist für mich in Ordnung“, erklärt der Bürgermeister. Man könne ohnehin immer nur so viel weiterbringen, wie man auch an Mehrheit hinter sich habe.

Eine Veränderung könne nur so groß und stark sein, dass eine Mehrheit noch damit leben kann. Daher werde man nie radikale Schritte machen, sondern immer solche, die zum jeweiligen Zeitpunkt und Ausmaß vom Großteil mitgetragen werden, meint Staudinger. Das gelte natürlich auch in der Gemeindepolitik.

Dass Staudinger den gegenteiligen Karriereweg beschritten hat als zumeist üblich, nämlich die Verwaltungsebenen Bund/Land/Gemeinde hinunter anstatt hinauf, sieht er keineswegs negativ: „Für mich ist das kein Abstieg, sondern der Weg zurück in die Heimat und dorthin, wo man eigentlich hingehört. Und dabei fühle ich mich sehr wohl.“ Seine Heimatverbundenheit hört man Staudinger auch an, sobald er über Hard zu sprechen beginnt. Wer bei der Vorarlberger Gemeinde allerdings an Berge denkt, ist auf dem Holzweg. Hard ist brettleben, da es im Rheintal unmittelbar westlich von Bregenz und direkt am Südufer des Bodensees liegt. Die Grenze zur Landeshauptstadt bildet die Bregenzer Ach. Gegenüber, Richtung Fußach, ist es hingegen der Alpenrhein, der die Grenze markiert und in diesem Abschnitt seit seiner Begradigung Ende des 19. Jahrhunderts Neuer Rhein genannt wird. Die Vorstreckung, also die künstliche Verlängerung des Flussbetts mittels Dämmen in den Bodensee hinein, wurde notwendig, weil die Fußacher und Harder Bucht zu verlanden begannen. Die gesamte Damm-Struktur der Rheinmündung gehört ebenso zum Gemeindegebiet von Hard. Die Marktgemeinde ist somit in drei Himmelsrichtungen von Gewässern umgeben.

Wenig verwunderlich, dass Staudinger den Bodensee als besonders identitätsstiftend bezeichnet. Hard ist charakterisiert durch viele Buchten und Häfen und kann über 1.000 Bootsliegeplätze vorweisen. Diese sind bei den Hardern heiß begehrt, denn im Ort haben nicht nur reiche Leute ein Boot. „Das geht tief in die Bevölkerung rein. Viele Harder haben ein kleines Boot mit Außenbordmotor.“ Dementsprechend lang sind die Wartelisten. Hinzu kommt, dass die Harder Bevölkerung weit mehr vom See hat als die Menschen andernorts. „Im Gegensatz zu vielen anderen Seen in Österreich, aber auch zu den Ufern des Bodensees in Deutschland und der Schweiz, ist praktisch das gesamte österreichische Seeufer öffentlich zugänglich“, erklärt Staudinger stolz. Und das wird auch so bleiben.

Die Harder freut’s, denn sie wissen, dass dieser Umstand ein Luxus ist, den nicht viele vor ihrer Haustür in Anspruch nehmen können. Zum Vergleich: Am Attersee sind nur 13 Prozent des Seeufers öffentlich zugänglich, am Wörthersee neun Prozent und am Ossiacher See gar nur noch sieben Prozent.

URBAN FUTURE 2023

In **nachhaltigen Ideen** schwelgen

Es liegt ein Hauch von Utopie in der Luft, wenn sich 2.000 Menschen über grüne, saubere, regenerative – mit einem Wort nachhaltige – Städte und Gemeinden austauschen. Auf der „Urban Future"-Konferenz in Stuttgart wurden die erfolgreichsten nachhaltigen Maßnahmen von Kommunen aus der ganzen Welt vorgestellt. Drei Tage voller Ideen, Impulse und Erkenntnisse auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Welt.

REBECCA PIRON IST CHEFIN VOM DIENST BEI „die:gemeinde", DEM MAGAZIN FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN DES BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GEMEINDETAGES, UND WAR FÜR KOMMUNAL AUF DER URBAN FUTURE 2023 IN STUTTGART

„Über den Tellerrand schauen" – das meint „act outside the box" und ist eine der wesentlichen Botschaften der „Urban Future".

FOTOS // Urban Future 23 © Calvin.Leander

TEXT // REBECCA PIRON

Die Zukunft der Städte und Gemeinden positiv und vor allem nachhaltig gestalten – das ist das Ziel der Menschen, die aus der ganzen Welt auf die „Urban Future"-Konferenz strömen. Die Konferenz bietet viele Möglichkeiten, sich untereinander zu vernetzen. In Vorträgen berichten Praktikerinnen und Praktiker von zukunftsweisenden Maßnahmen, die sie in ihren Kommunen umgesetzt haben. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen für die Städte und Gemeinden relevante neue Forschungen und Versuche vor. So sollen für die Praxis gute Ideen gestiftet und neue Impulse gesetzt werden.

In diesem Sommer wurde die Urban Future im Stuttgarter Haus der Wirtschaft ausgerichtet. Warum Stuttgart? Die Stadt hat sich erst im letzten Jahr das Ziel gesetzt, ab 2035 klimaneutral zu sein. 2022 wurde sie außerdem vom Rat für nachhaltige Entwicklung als Deutschlands nachhaltigste Stadt geehrt. „Wir haben in Stuttgart eine großartige ‚Urban Future'-Konferenz und eine großartige ‚Urban Future'-Atmosphäre erlebt", sagt Stuttgarts Oberbürgermeister Frank Nopper. „Jetzt ist es wichtig, dass wir die vielen Vorschläge, Ideen und Impulse in konkreten Maßnahmen implementieren. Besonders mit Blick auf unser Ziel, 2035 klimaneutral zu sein."

2.000 Interessierte aus 71 Ländern reisten für die „Urban Future" nach Stuttgart. In diesem Jahr berichteten mehr als 250 Rednerinnen und Redner an zwei Tagen von ihren Erfahrungen und Forschungsergebnissen. Der dritte Tag der Konferenz war für Exkursionen reserviert – 35 verschiedene Optionen zeigten den Teilnehmenden, welche Nachhaltigkeitsmaßnahmen in und um Stuttgart bereits Wirkung zeigen. So etwa das erste anpassungsfähige Hochhaus der Welt, das sich an die Sonnen-, Wind- und Niederschlagsverhältnisse anpassen kann. „Um die Menschen davon zu überzeugen, ein klimafreundliches Verhalten anzunehmen, müssen wir ihnen bessere Alternativen bieten", sagte der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann auf der Konferenz. „Die Urban Future ist der perfekte Ort, um erfolgreiche Herangehensweisen auszutauschen und sich noch stärker zu vernetzen."

Im nächsten Jahr wird die Konferenz vom 5. bis 7. Juni im niederländischen Rotterdam stattfinden. „Nach diesem guten Beispiel hier in Stuttgart freue ich mich schon auf die Urban Future in Rotterdam nächstes Jahr", sagt die Vizebürgermeisterin der niederländischen Hafenstadt, Chantal Zeegers. „Ich hoffe, der Geist der Urban Future wird sich dort genauso entfalten wie hier."

Kurze Wege, grüne Viertel, saubere Luft. Unter dem Titel „Green and thriving neighbourhoods: it is all about proximity" war die 15-Minuten-Stadt Thema – eine Stadt, in der Einwohnerinnen und Einwohner ihre alltäglichen Erledigungen in einem Radius von 15 Gehminuten um ihre Wohnung erledigen können.

Madrid startete seinen Weg zur 15-Minuten-Stadt mit einer Datenanalyse. So konnte die Stadt mit einer klaren Priorisierung beginnen: Die Gegenden mit den größten Defiziten benötigen die meiste Aufmerksamkeit. Die Datenanalyse zeigt, dass die Stadt im Bereich Parks bereits gut ausgestattet ist, dass dagegen im Bereich Mobilität viele Verbesserungsmöglichkeiten bestehen.

Auch in Rotterdam steht die Mobilität im Fokus. Man möchte weg von der Pkw-Zentrierung, um andere Ziele verfolgen zu können: Aufenthaltsqualität, Grünflächen und zukunftsfähige Nachbarschaften. In diesen Prozess soll auch die Kreativität der Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden, weshalb er von vielen Bürgerbefragungen begleitet wird. „Ein gemeinsames Ziel hilft dabei, Zustimmung und Verständnis für die Maßnahmen zu bekommen", sagt Vizebürgermeisterin Zeegers, die für Klima, Bauen und Wohnen zuständig ist. »

Oslo hat sich nicht die 15-Minuten-Stadt zum Ziel gesetzt, sondern die 10-Minuten-Stadt. Im Stadtraum wurden die meisten Parkflächen abgeschafft. Einige Straßen wurden für den motorisierten Verkehr geschlossen. Gleichzeitig wurde das Fuß- und Radwegenetz ausgebaut. Durch die Innenstadt dürfen nur E-Busse und E-Taxis fahren. Das Resultat: eine höhere Aufenthaltsqualität, geringere Luftverschmutzung und mehr Flächen für Begrünung, Restaurants und Cafés.

In Vitoria-Gasteiz hat man früh begonnen, die Stadt zentriert um Mensch und Natur zu planen statt um die Autos, sagt Juan Carlos Escudero-Achiaga, Leiter der Abteilung Mobilität und Datenwissenschaft der Stadt im spanischen Baskenland. Die Stadt arbeitet dabei in sogenannten Superblocks, in die nur noch Anwohnerinnen und Anwohner einfahren dürfen. Nicht-Anlieger können außen um die Blocks herumfahren. Wichtig ist es laut Escudero-Achiaga, das Konzept der 15-Minuten-Stadt positiv zu vermitteln. „Es ist unsere Aufgabe, Enthusiasmus für diese Transformation zu schaffen."

Für diesen Enthusiasmus können unter anderem Leuchtturm-Projekte wie Jernbanebyen sorgen. Mit Jernbanebyen hat die Stadt Kopenhagen ein klimaneutrales 15-Minuten-Quartier entwickelt. Das Viertel hat drei Parks und eine Markthalle, die als gemeinschaftliche Treffpunkte dienen. An Mobilitäts-Hubs können Besucherinnen und Besucher ihre Autos abstellen und ihren Weg mit dem Fahrrad oder zu Fuß fortsetzen. Die Wohngebäude beherbergen bezahlbare Wohnungen.

Teil der Diskussion um die 15-Minuten-Stadt ist auch die Frage nach bezahlbarem Wohnraum. Wohnraum für alle ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern sorgt auch für funktionierende Gesellschaften, so Besim Nebiu von Habitat for Humanity. Doch: In Deutschland sinkt die Zahl der Sozialwohnungen jährlich. In vielen osteuropäischen Ländern liegt die Rate der Sozialwohnungen bei unter einem Prozent. Als Lösung werden in vielen Städten Hochhaussiedlungen auf der grünen Wiese geplant – das genaue Gegenteil der 15-Minuten-Stadt. Nebiu wirbt für eine bessere Durchmischung und Sozialwohnungen in allen Vierteln.

„Sehen, was nicht gesagt wird." Die moderne Führungsrolle war in „A new brand of leaders" Thema. Mohamed Ridouani, Bürgermeister der Stadt Leuven, ist davon überzeugt, dass es für

2.000 Interessierte aus 71 Ländern reisten für die Urban Future nach Stuttgart, 250 Rednerinnen und Redner referierten in interessanten und innovativen Formaten an zwei Tagen über Erfahrungen und Forschungsergebnisse.

Rechts: Immer mehr Kommunen gehen eigene Wege. Hanna Zdanowska, Bürgermeisterin der polnischen Stadt Lodz, und Gerald Babel-Sutter.

Ganz rechts: Stuttgarts Oberbürgermeister Frank Nopper überreicht Chantal Zeegers, Vizebürgermeisterin der Austragungsstadt 2024, Rotterdam, das „Urban-Future-Wanderbäumchen".

FOTOS // Urban Future 23 © Calvin.Leander

moderne Führungspersönlichkeiten essenziell ist, Menschen die Möglichkeit zu geben, Verantwortung für ihren eigenen Arbeitsbereich zu übernehmen. Mitarbeitende erhalten die Chance selbst Herangehensweisen zu entwickeln, die dem von ihm vorgegebenen Leitbild zuarbeiten. Er müsse nicht in jede Entscheidung einbezogen werden, wenn die Expertise an anderer Stelle liegt. Aber: „Ich bleibe die verantwortliche Person für die Entscheidungen“, sagt Mohamed Ridouani. „Mitarbeitende müssen nicht fürchten, für ihren Beitrag Probleme zu bekommen, wenn etwas nicht funktioniert.“

In den letzten Jahren wurden in Leuven viele Parkmöglichkeiten abgebaut. Dafür habe es besonders von den weniger privilegierten Bürgerinnen und Bürgern viel Kritik gegeben. Hier hat Ridouani Rede und Antwort gestanden. Man habe es geschafft, dass viele Menschen auf das Fahrrad umgestiegen sind. Die Stadt habe aber auch beobachtet, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht dazu neigen, auf das Fahrrad umzusteigen. Eine dieser Gruppen waren Frauen mit Migrationshintergrund. „Wir haben uns das genauer angesehen und erkannt, dass es in vielen Kulturen unüblich ist, Fahrrad zu fahren, und das besonders Frauen eher nicht Fahrradfahren lernen“, erzählt Mohamed Ridouani. „Deshalb haben wir eine Fahrradschule eröffnet, die sehr beliebt ist und noch einmal viele weitere Menschen auf das Fahrrad gebracht hat.“ Ein Tipp, den Leuvens Bürgermeister mit dieser Anekdote vermitteln möchte: „Wir müssen als Führungspersonen versuchen zu sehen, was nicht gesagt wird.“

Auch Krista Kampus, die das Projekt „Tallinn European Green Capital 2023“ leitet, sieht einen großen Wert darin, Mitarbeitenden Freiraum bei der Arbeit zu lassen. Sie hat sich für die Arbeit an der „Green Capital“ ein starkes Team zusammengestellt. Dieses arbeitet jeweils in kleinen Gruppen an Teilzielen des Projekts. Für die Zusammenarbeit mit Unternehmen, die im Rahmen des Projekts neue grüne Technologien in Tallinn testen möchten, wurde eigens ein Projektmanager eingestellt. Krista Kampus hat die Initialphase somit engmaschig betreut – die richtigen Menschen für das Team finden, erkennen, welche Stellen geschaffen werden müssen, um für einen reibungslosen Ablauf zu sorgen. „Als Führungsperson bin ich im täglichen Geschäft engagiert, bis das Team bereit ist, auf eigenen Beinen zu stehen. Dann »

„Die **Urban Future hat sich zu einem äußerst inspirierenden Treffpunkt für leidenschaftliche ‚Change-Maker‘** entwickelt, die schnell eine sehr starke Gemeinschaft gebildet haben.“

Gerald Babel-Sutter,
Mitgründer und CEO von Urban Future

„2 Minuten 2 Millionen“ für Städte und Gemeinden

Viele gute Ideen für mehr Nachhaltigkeit gibt es bereits. Doch können die Akteure diese auch glaubwürdig verkaufen? Dieser Frage ging das Format „Sink or Swim: Welcome to the urban shark tank“ nach – „2 Minuten 2 Millionen“ für Städte und Gemeinden. Das aus Amerika stammende Format (dort „Shark Tank“) soll es bei der Urban Future ermöglichen, viele gute Beispiele für Nachhaltigkeit in kurzer Zeit vorzustellen.

Susa Eräranta von der Stadt **Helsinki** berichtet von einer Innovation auf der Website der Stadt. Da die Straßen in Helsinki regelmäßig zugeschneit oder vereist sind, ist es für die Einwohnerinnen und Einwohner wichtig zu wissen, wann ihre Straße von Schneepflügen geräumt wird. Diese waren bereits mit GPS ausgerüstet und die Website der Stadt hatte bereits eine Karte integriert. So mussten nur noch die GPS-Daten der Schneepflüge auf der Karte dargestellt werden, sodass für jede Straße an jedem Tag nachgesehen werden kann, ob sie bereits geräumt ist oder wie weit der nächste Schneepflug noch von der Straße entfernt ist. „Wir haben dafür nur genutzt, was längst da war“, sagt Susa Eräranta.

Loic Grenard berichtet davon, wie sein Unternehmen gemeinsam mit Städten und Gemeinden dafür sorgt, dass die Gebäude über PV-Anlagen ihre eigene Energie herstellen. Funktioniert hat das etwa in **Le Mont-sur-Lausanne**: Hier hat sich zwar ein erhöhter Stromverbrauch seit Beginn der Maßnahmen gezeigt. Jedoch wird 80 Prozent weniger Strom von außen benötigt. Lukas Nussbaumer arbeitet für Nomoko, eine Firma, die digitale Zwillinge erstellt. Sie sammelt dafür selbst Daten, so etwa anhand von Helikopterflügen über die jeweilige Stadt oder Gemeinde. So erhält der digitale Zwilling eine besonders hohe Auflösung. Besonders im Bereich der Innenstadtentwicklung wurden die digitalen Zwillinge der Firma bisher verwendet.

Ein lokaler Partner für den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur – OMS – berichtet von dem eigenen Projekt mit der Stadt Lorch im baden-württembergischen **Ostalbkreis**. Dort wurden zwei Schnellladestationen an Park-&-Ride-Parkplätzen installiert. Denn die Menschen müssten ihre Pkw dort laden können, wo sie ohnehin länger stehen. Ergänzt durch weitere normale Ladestationen habe Lorch nun eine sehr gute und zukunftsfähige Ladeinfrastruktur.

kann man die Verantwortung abgeben“, meint Kampus.

Daten als Ansporn und Messlatte. In „Cutting Emissions with Data“ gaben Praktiker Einblick, wie Daten dabei helfen können, Städte und Gemeinden nachhaltiger zu gestalten. Ursula Eicker von der Concordia-Universität in Montréal erklärte etwa den digitalen Zwilling. Es handelt sich um ein digitales 3D-Bild, in das die unterschiedlichsten Informationen eingespeist werden können. Auf Grundlage des digitalen Zwillings einer Kommune können die Auswirkungen verschiedenster Veränderungen modelliert werden: Welche Auswirkung haben höhere Gebäude, mehr Grünflächen oder eine andere Straßenbeleuchtung? Für einen digitalen Zwilling braucht es ein Hochleistungsrechenzentrum. Die Daten zu sammeln ist dagegen einfach. „Unglaublich viele Daten zu Städten und Gemeinden liegen längst vor“, sagt Eicker. „Sie sind nur zwischen vielen verschiedenen Akteuren verstreut. Dieses Bündeln der Daten ist schon ein erster Vorteil des digitalen Zwillings.“

Marius Mohr vom Fraunhofer Institut berichtet darüber, wie sein Team Städte und Gemeinden auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit begleitet. Mit „City Lab“ hat das Team eine Methodologie entwickelt, die eine Datenauswertung für alle Städte und Gemeinden möglich macht. Die quantitativen Daten müssen die Kommunen selbst liefern. Das Team sieht sich daraufhin die kritischen Daten an – die Bereiche, in denen die jeweilige Kommune schlecht abschneidet. In einem nächsten Schritt findet das Team heraus, was sich die Kommune und ihre Bürgerinnen und Bürger in den defizitären Bereichen wünschen. Auf dieser Basis wird ein Maßnahmenkatalog erstellt. Zu den einzelnen Maßnahmen führt das Team dann Workshops durch, die der Kommune zeigen, wie sie diese selbst umsetzen kann.

Die gemeinnützige Organisation CDP Europe pflegt ein Open-Data-Portal, über das Städte, Regionen, Länder, aber auch Unternehmen ihren Umwelteinfluss berechnen lassen können. „Wir helfen den Teilnehmenden, ihren Klimaeinfluss besser zu verstehen“, sagt einer der Leiter der Organisation, Étienne Métais. Von CPD Europe erhalten die Teilnehmenden regelmäßig Wertungen von A bis F. Bei den Unternehmen werden alle Wertungen veröffentlicht, bei Städten, Regionen und Ländern jeweils nur die A-Wertungen – diese konnten zum Beispiel

FOTOS // Urban Future 23 © Calvin Leander

schon Madrid und Lahti verzeichnen. „Es soll für unsere staatlichen Partner ein Ansporn sein und keine weitere Hürde“, sagt Métais.

Versuchen, versuchen, versuchen. Was macht eine gute Führungspersönlichkeit aus? Das erörterten der Bürgermeister der finnischen Stadt Lahti, Pekka Timonen, und die ehemalige Vizebürgermeisterin der Stadt Wien, Maria Vassilakou, unter dem Motto „Visionary: Leading change through visions“.

Dass man als Führungsperson nicht um unbeliebte Entscheidungen herumkommt, zeigt kaum etwas besser als das Bemühen um mehr Nachhaltigkeit. Davon kann Lahtis Bürgermeister Tikka Timonen in Bezug auf die Transformation zu einer nachhaltigen Stadt berichten. Denn zunächst hatte es viel Unmut in der Bürgerschaft gegeben. So lernte die Stadt, die Transformation immer auch mit positiven Projekten zu begleiten. Ein Beispiel ist der „High Hill“ – ein Hügel, der Skifahren auch ohne Schnee zu jeder Jahreszeit möglich macht. Der Hügel zeigt eine Alternative zur sehr emissionsreichen Beschneiung und sorgt gleichzeitig für Freizeitspaß und mehr Tourismus.

Zum Einnehmen einer Führungsrolle gehöre es außerdem, Fehler zu erkennen und zu berichtigen. Auch hier hat Pekka Timonen auf dem Weg zur Klimaneutralität einige Erfahrung gesammelt. Die Stadt hatte etwa eine App in Auftrag gegeben, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen sollte, ihren CO_2-Fußabdruck möglichst genau zu ermitteln. „Die App hat viel Strom gezogen, was für eine klimaschonende Maßnahme nicht wirklich passend ist“, sagt Timonen. „Und die User haben auch schnell wieder aufgehört, die App zu nutzen. Deshalb haben wir sie aufgegeben.“

Ein Misserfolg müsse aber auch nichts Ultimatives sein. So habe er etwa einen neuen Mobilitätsplan einführen wollen. Doch eine laute Minderheit habe sich sehr früh dagegengestellt. Die anschließende öffentliche Diskussion habe sich stark aufgeheizt und wenig mit dem eigentlichen Plan zu tun gehabt. Nun habe man einen neuen Plan gemacht – ein neuer Name, die gleichen Ziele. „Den alten Plan erwähnen wir nicht mehr“, sagt Timonen. „Mal sehen, ob es funktioniert.“

Einen Lernprozess in ihrer Arbeit als Vizebürgermeisterin der Stadt Wien beschreibt Maria Vassilakou. Sie habe eine 500 Meter lange Fußgängerzone umsetzen wollen mit jeweils 500 Meter anschließender verkehrsberuhigter Zone an beiden Enden. Der Gegenwind sei groß gewesen. Um ihre Gegner zu überzeugen, habe sie es mit Bürgerbeteiligungsmaßnahmen, dem Einladen von Expertinnen und Experten und vielen weiteren Maßnahmen versucht. Mit einem großen Team ist sie daraufhin von Haus zu Haus gegangen, um das Referendum schlussendlich mit einer geringen Mehrheit zu gewinnen.

Als die Straße nun zur Fußgängerzone umgewandelt war, gab man den Anwohnenden die Möglichkeit, auf den ehemaligen Parkplätzen eigene Begrünungsmaßnahmen durchzuführen. Bänke und große Blumenkübel wurden rausgestellt, die Straße war tagein, tagaus belebt. Schnell änderte sich die Einstellung zu der Maßnahme ins Positive.

Maria Vassilakous Fazit: „Man muss nicht alles von oben und allein schaffen. Man kann stattdessen die Bedingungen schaffen, damit die Menschen selbst die Veränderung herbeiführen.“

UF23

URBAN FUTURE
(WE MAKE IT REAL)

Die URBAN FUTURE ist Europas größte Veranstaltung für nachhaltige Städte und bietet eine Plattform, um die fortschrittlichsten Konzepte zur nachhaltigen Stadtentwicklung kennenzulernen und aktuelles Know-how und Fachwissen zu erwerben.

KOMMUNAL ist Medienpartner der Urban Future.

Mehr Infos auf **urban-future.info** oder **urban-future.org**

Mehr Berichte und Links zu den Fotos auf **www.kommunal.at**

WALDBRANDGEFAHR

Prävention immer wichtiger

Österreich ist ein Land der Wälder. Fast 48 Prozent der Fläche Österreichs ist von Wald bedeckt. In den vergangenen Jahren ist das Risiko von Waldbränden weltweit gestiegen. Auch Österreich ist davon betroffen. Eine Dunkelfeldstudie des KFV macht jedoch deutlich, dass ein österreichweites Konzept zur Brandprävention in heimischen Wäldern fehlt.

FOTO // yelantsevv - stock.adobe.com

FOTO // edK - stock.adobe.com

In den vergangenen Jahren wurden in Österreich im Schnitt 220 Waldbrände dokumentiert. Die meisten davon treten im Frühjahr und im Hochsommer (Juli und August) auf, bleiben aber meistens klein und können rasch gelöscht werden. Das Jahr 2023 ist in Österreich mit seinen bisher 44 Bränden jedoch unterdurchschnittlich. Die Universität für Bodenkultur in Wien geht aufgrund der bisher unbeständigen Witterung von einem besonders brandschwachen Jahr aus. „Auch wenn die derzeitige Lage in Zentraleuropa nicht so alarmierend ist wie im Mittelmeerraum, ist sie dennoch ernst zu nehmen“, warnt Dr. Armin Kaltenegger, Leiter des Bereichs Eigentumsschutz im KFV. „Infolge der Klimakrise werden lang anhaltende Trockenperioden das Risiko von Waldbränden in Österreich zukünftig verschärfen.“ Laut einem Bericht des UN-Umweltprogramms UNEP nehmen schwere Waldbrände in Europa bis 2030 um 9 bis 14 Prozent zu.

KFV-Dunkelfeldstudie* zeigt riskantes Verhalten der Bevölkerung in Wäldern. Die Klimakrise und die damit verbundene Trockenheit, die bei Wäldern wie ein Brandbeschleuniger wirkt, ist in den Köpfen der Bevölkerung bereits angekommen. Dabei wird oft auf die größte Gefahr für Waldbrände vergessen – den Menschen. Noch immer ist der Mensch mit seinem unbedachten Handeln der Brandauslöser Nummer 1. Etwa acht von zehn Bränden entstehen durch fahrlässiges Verhalten wie Rauchen oder das Entzünden eines Lagerfeuers. Das KFV hat deshalb eine Dunkelfeldstudie rund um riskantes Verhalten im Wald durchgeführt. Dabei wurden 1.524 Österreicher:innen ab 18 Jahren befragt, die mindestens einmal im Jahr einen Wald besuchen. Herausgekommen ist: Bereits jede:r fünfte erwachsene Österreicher:in hat mindestens einmal ein brandgefährliches Verhalten gesetzt und rund ein Viertel der Waldbesuchenden haben bereits ein Feuer abseits der dafür vorgesehenen Plätze entzündet. „Dabei sticht besonders die Personengruppe der Rauchenden im Zusammenhang mit brandgefährlichem Verhalten im Wald hervor: Ein Viertel der rauchenden Waldbesuchenden entsorgt ihre Zigarettenstummel am Waldboden, meist ohne diese sorgfältig auszutreten“, erläutert Kaltenegger.

Die Studie hat gezeigt, dass 87 Prozent der Befragten das Schild „Waldbrandgefahr“ nicht ausreichend verstanden haben.

Verständliche einheitliche Beschilderung fehlt
Die wichtigste Informationsquelle über eine Waldbrandgefahr sind entsprechende Beschilderungen beim Eingang in den Wald oder im Wald selbst. Die KFV-Studie hat jedoch gezeigt, dass 87 Prozent der Befragten das Schild „Waldbrandgefahr“ nicht ausreichend verstanden haben. Laut derzeitiger Rechtslage können Behörden im Anlassfall vor Ort Maßnahmen zur Vorbeugung von Waldbränden setzen. Diese umfassen das Verbot des Feuerentzündens bis hin zum Rauchverbot im Wald. Diese Verbote und Hinweise werden oft nur über Gemeindezeitungen oder ähnliche Medien kommuniziert. Dadurch wird nur ein kleiner Teil der Waldbesucher erreicht. „Zum Schutz der Wälder vor Bränden brauchen wir daher ein österreichweites Konzept mit einer einheitlichen und verständlichen Beschilderung, die Waldbesuchende über eine etwaige Waldbrandgefahr und entsprechende Verhaltensregeln informiert“, so Kaltenegger.

Überblick über die derzeitigen rechtlichen Bestimmungen: Derzeit sieht das österreichische Forstgesetz einen Stufenplan rund um die Waldbrandgefahr vor. Je nach Gefahrenlage gelten die nachfolgenden drei Stufen:

- **Keine Gefahr:** Das Entzünden von Feuer ist nur durch Berechtigte erlaubt, es wird zu einem vorsichtigen Umgang mit feuergefährlichen Gegenständen gemahnt (§ 40).
- **Geringe Gefahr**: Generelles Feuer- und Rauchverbot (§ 41 Abs 1)
- **Hohe Gefahr:** Betretungsverbot (§ 41 Abs 2)

Bei Zuwiderhandeln kann eine Geldstrafe von bis zu 7.270 Euro oder eine Freiheitsstrafe von bis zu vier Wochen verhängt werden.

* Dunkelfeldstudie. Das Ziel von Dunkelfelduntersuchungen ist es, Erkenntnisse über das Gesamtaufkommen bestimmter Straftaten einschließlich des sogenannten (relativen) Dunkelfeldes, also der bei der Polizei nicht bekannten Straftaten, zu gewinnen. Denn während sich die amtliche Kriminalstatistik auf das „Hellfeld“ amtlich registrierter Vorgänge – und somit nur auf einen kleinen Ausschnitt von Kriminalität – bezieht, versuchen Dunkelfelduntersuchungen ein umfassenderes Bild von Umfang und Struktur von Kriminalität zu liefern. (Definition laut www.bka.de)

„Infolge der Klimakrise werden lang anhaltende Trockenperioden das **Risiko von Waldbränden in Österreich zukünftig verschärfen.“**

Armin Kaltenegger, Leiter des Bereichs Eigentumsschutz im KFV

RegionIMpuls

Tour zum Thema **Nahversorgung**

Die Nahversorgung in den Regionen wird zu einer immer größeren Herausforderung. Regionenminister Norbert Totschnig diskutiert mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie relevanten Stakeholdern bei der österreichweiten „RegionIMpuls"-Tour über Chancen und Lösungsansätze. Der Auftakt der „RegionIMpuls"-Tour findet am 15. September in Tirol statt.

FOTO // © Lebenshilfe OÖ

Die Regionen in Österreich bieten eine sehr hohe Lebensqualität, jedoch sind sie aufgrund multipler Krisen mit großen Herausforderungen konfrontiert. Diese multiplen Krisen – wie die Covid-Pandemie und die Energiekrise – sowie das geänderte Konsumverhalten (unter anderem eine erhöhte Mobilitätsbereitschaft oder auch der Online-Einkauf) sind deutlich spürbar. Projekte und Strategien zur Attraktivierung und Klimawandelanpassung von Orts- und Stadtkernen sowie die Belebung von Leerständen wirken diesen Entwicklungen entgegen.

FOTO // BML / Paul Gruber

> **„Ziel der Tour ist es, Impulse für Lösungen** zur regionalen Nahversorgung **zu setzen**, die an die eigene Region angepasst sind."
>
> **Norbert Totschnig,**
> Minister für Regionen

Das Ziel der Regionen-Strategie 2022 des Regionenministeriums ist die Sicherung einer barrierefreien Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen in verträglichen Entfernungen und zu leistbaren Preisen. Damit wird ein Beitrag zu möglichst gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Regionen geleistet. Das ist traditionell vor allem für die eher ländlich geprägten und damit oft dünner besiedelten Regionen ein wichtiges und herausforderndes Thema. In einigen Gemeinden fehlen ausreichende Nahversorgungsangebote für Lebensmittel, Gastwirtschaften schließen vermehrt und dadurch fehlt ein Ort der Begegnung. Die Abhängigkeit von nicht heimischen Produkten führt zu Versorgungslücken.

Das Regionenministerium setzt im eigenen Wirkungsbereich dazu eine Reihe von Maßnahmen – insbesondere im Rahmen des GAP-Strategieplans 2023-2027 (Gemeinsame Agrarpolitik). Der GAP-Strategieplan 2023-27 ist das zentrale Instrument für die Weiterentwicklung der österreichischen Landwirtschaft mit enormer Bedeutung für den ländlichen Raum. Er bietet durch verschiedene Interventionen unterstützende Fördermöglichkeiten, die dieses Jahr anlaufen. Besonders hervorzuheben sind Investitionen zur Förderung der Orts- und Stadtkernstärkung und zur Stärkung der Innovationskultur im ländlichen Räumen sowie das bewährte LEADER-Programm und weitere Förderungen in den Bereichen Lebensmittelproduktion und unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit.

Tour „RegionIMpuls": „Ziel der Tour ist es, Impulse für Lösungen zu setzen, die an die eigene Region angepasst sind. Damit wird die regionale Nahversorgung sichergestellt und Orts- und Stadt-

Die RegionIMpuls-Tour

Folgende Tour-Stopps sind im 2. Halbjahr 2023 geplant:

- **15.09.** Tirol
- **21.09.** Niederösterreich
- **6.10.** Kärnten
- **13.10.** Burgenland
- **6.11.** Salzburg
- **14.11.** Steiermark
- **Datum folgt** Vorarlberg
- **15.12.** Oberösterreich

Die interaktive Tourkarte auf der Regionen-Dialog-Plattform gibt Überblick über alle Termine, hier finden Sie auch die aktuellsten Infos.

https://info.bml.gv.at/themen/regionen-raumentwicklung/regionen-dialogplattform-nahversorgung.html

FOTO // © Lebenshilfe OÖ

FOTO // BML/Hemerka

Oben links: Eine lokale Gruppe genießt ein Frühstück im Café des Vichtensteiner Ladens.

Oben rechts: Ein geschulter Mitarbeiter im Vichtensteiner Laden an der Kassa

Rechts: Norbert Totschnig bei einem Nahversorger in Ried in der Riedmark, der im Februar 2023 durch ein Förderprojekt entstanden ist

kerne werden attraktiviert und an die Herausforderungen angepasst. Dies geht von der Schaffung von Multifunktionshäusern – idealerweise durch die Nutzung leer stehender Gebäude – bis hin zu Möglichkeiten der Direktvermarktung für die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft in der Region. Die Nachfrage nach alternativen Vermarktungsangeboten steigt und wir setzen auf innovative Lösungen“, so Bundesminister Totschnig.

„Traditionelle Gegebenheiten im Bereich Nahversorgung funktionieren häufig nicht mehr. Es müssen neue innovative Lösungen entwickelt und getestet werden, die an die Region angepasst sind und lokal gelebt werden. Um diese neuen Wege und Möglichkeiten zu finden und zu leben, unterstützen wir unsere Regionen“, so der Minister weiter.

Auf acht Tour-Stopps in ganz Österreich diskutieren die Teilnehmenden mit dem Regionenminister und untereinander zu vier Themen der Nahversorgung. Es werden Inhalte zu den Bereichen Multifunktionshäuser für die Gemeinschaft, klimaangepasste Ortskerne, Erhalt der Landwirtschaft und Zukunftsperspektiven im ländlichen Raum unter Einbeziehung von Digitalisierungsmöglichkeiten und Innovationskultur besprochen.

Schwerpunktthema „Gemeinsam & multifunktional“. Um die regionale Nahversorgung sicherzustellen, wird vielfach die Schaffung von Multifunktionshäusern ins Spiel gebracht. Das Multifunktionshaus kombiniert in einem Gebäude verschiedene Angebote des täglichen Bedarfs, wie zum Beispiel Post, Café und Kultur-, Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen. Im Idealfall entsteht es auf einer bereits genutzten oder ungenutzten Fläche im Orts- oder Stadtkern und wird von der regionalen Bevölkerung unterstützt. Auf diese Weise soll mitten im Zentrum ein bedarfsorientiertes, gut genutztes Nahversorgungsangebot ermöglicht werden.

In Österreich gibt es bereits Projekte, die diesen multifunktionalen Ansatz nutzen: Der Vichtensteiner Laden befindet sich in den ehemaligen Räumlichkeiten der Post und Gemeinde. In Zusammenarbeit mit regionalen Ab-Hof-Lieferantinnen und -Lieferanten deckt er den täglichen Bedarf an saisonalen Grundnahrungsmitteln. Zudem werden frische Mehlspeisen im Laden-Café angeboten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lebenshilfe OÖ begleiten die Beschäftigten bei verschiedenen Tätigkeiten und Abläufen. Dadurch erlernen die Beschäftigen Fertigkeiten des Einzelhandels und können diese ausbauen. Der Laden ist ein sozialer Begegnungsraum. Detailinformationen zum Projekt sind unter **https://www.zukunftsraumland.at/projekte/2773** verfügbar.

Das Begegnungszentrum St. Stefan-Afiesl zeigt, wie durch engagierte Bürgerinnen und Bürger ein ehemaliger Gasthof wiederbelebt werden kann. Es entstanden ein Lebensmittelgeschäft als Nahversorger mit digital verlängerten Öffnungszeiten durch einen Selbstbedienungsladen sowie ein Panoramacafé, ein Veranstaltungssaal, Gastronomie und eine Kulturbühne. Detailinformationen zum Projekt sind unter **https://stefansplatzerl.at/** verfügbar.

Informationen zur Tour „RegionIMpuls“ sowie weitere gelungene Beispiele werden auf der Regionen-Dialog-Plattform mit dem ersten Modul „Nahversorgung“ angeführt. Die Plattform führt das handlungsleitende Prinzip der Regionen-Strategie – die Zusammenarbeit – weiter und wird zu verschiedenen Themen Austausch- und Vernetzungsangebote, Best-Practice-Beispiele, Förderinfos, Handbücher und vieles mehr anbieten.

DER ALPENLÄNDISCHE KREDITORENVERBAND

Zahlungsmoral bei Gemeinde-rechnungen

Im internationalen Vergleich war Österreich lange Zeit ein Musterschüler hinsichtlich der Zahlungsverlässlichkeit und -geschwindigkeit. Doch mit der Covid-Pandemie und nun vor allem mit der hohen Inflation hat sich das Zahlungsverhalten der Unternehmen und Privatpersonen massiv verändert.

Die Realität für jede nach dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht handelnde Gemeinde muss in Zukunft sein, dass zahlreiche Unternehmen und viele Konsumenten finanzielle Engpässe haben werden, wodurch Leistungen der Gemeinde und deren fristgerechte Zahlung besonders im Auge behalten werden müssen.

Nicht oder nur schleppend bezahlte Gebühren und Abgaben sind für jede Gemeinde nicht nur eine lästige Angelegenheit, sondern belasten teils beträchtlich das Gemeindebudget.

Durch viele professionelle Interventionen (schriftlich, telefonisch und persönlich) gelingt es dem AKV meist Zahlung zu erreichen. Die Erfolgsquote ist durch die Spezialisten des Alpenländischen Kreditorenverbands, die mit viel Fingerspitzengefühl jeden Fall bearbeiten, entsprechend hoch. Der AKV wird schon seit vielen Jahren als bewährter und zuverlässiger Partner bei der Betreibung von Außenständen durch Gemeinden und Gemeindeunternehmen beauftragt.

akv EUROPA
ALPENLÄNDISCHER KREDITORENVERBAND

MEHR INFOS
AKV EUROPA – Alpenländischer Kreditorenverband
Tel.: +43(0)5 04 1000
Fax: +43(0)5 04 100-1522
Schleifmühlgasse 2, 1040 Wien
www.akv.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

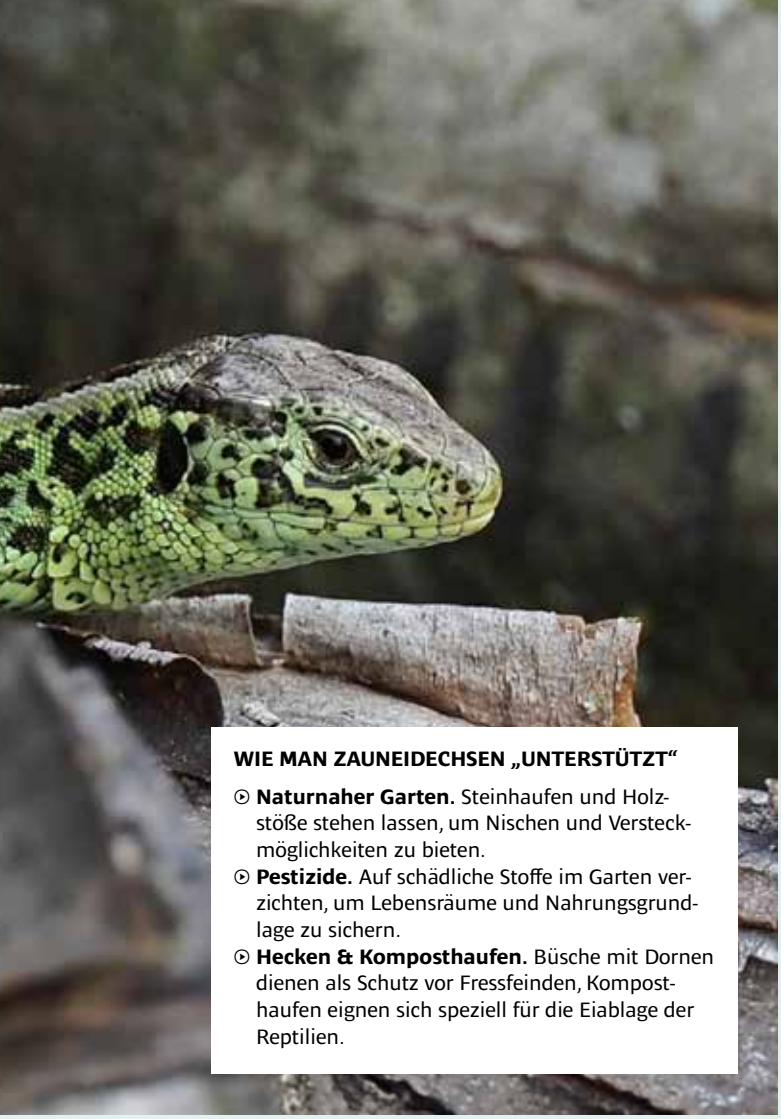
WEGRANDBEWOHNER

Flinke Meisterin der Tarnung

Zauneidechsen sind weitverbreitet und doch trifft man sie immer seltener an. Das liegt vor allem am Verschwinden ihrer Lebensräume und Nahrungsquellen. Zum Tag der Eidechse am 14. August stellte der Naturschutzbund deshalb im Rahmen der Serie „Wegrandbewohner“ das flinke Reptil vor.

Sein Name allein verrät schon, wo das Reptil gerne anzutreffen ist: Die Zauneidechse (Lacerta agilis) fühlt sich besonders in Saum- und Übergangsbereichen wohl. Dabei bewohnt sie Feldraine und Waldränder ebenso wie Gärten, Parks und Straßenböschungen. Eigentlich benötigt die Zauneidechse nicht viel: Ein sonnenbeschienener Platz zum Aufwärmen, ein nächtliches Versteck und ein Plätzchen, um die Wintermonate zu überdauern, genügen ihr.

Gut getarnte Sonnenanbeterin. Eidechsen sind scheue Tiere, deshalb braucht es Geduld und Glück, um einen Blick auf sie zu erhaschen. Ihren Lebensmittelpunkt richten die Zauneidechsen in diversen Verstecken ein, zu denen Holz- und Steinansammlungen sowie Baumhöhlen und Mäuselöcher gehören. Mit ihrer grundsätzlichen braunen Färbung und ihren dunklen Flecken fallen die etwa 20 Zentimeter langen Tiere nicht so leicht ins Auge. Während die Weibchen das gesamte Jahr über in Brauntönen gefärbt sind, zeigen die Männchen während der Paarungszeit im Frühling lebhaft grüne Flanken. Zwischen Mai und Juli legen die Weibchen dann ihre Eier in Erdlöchern ab, wo sie von der Sonne ausgebrütet werden. Nach eineinhalb bis zwei Monaten schlüpft der Nachwuchs. Ab August



WIE MAN ZAUNEIDECHSEN „UNTERSTÜTZT“

- **Naturnaher Garten.** Steinhaufen und Holzstöße stehen lassen, um Nischen und Versteckmöglichkeiten zu bieten.
- **Pestizide.** Auf schädliche Stoffe im Garten verzichten, um Lebensräume und Nahrungsgrundlage zu sichern.
- **Hecken & Komposthaufen.** Büsche mit Dornen dienen als Schutz vor Fressfeinden, Komposthaufen eignen sich speziell für die Eiablage der Reptilien.

suchen bereits viele Männchen geschützte Quartiere unter Laub und Moos auf, um dort ihren Winterschlaf zu halten, gefolgt von den Weibchen und Jungtieren im September.

Als Reptilien sind Zauneidechsen wechselwarm, sie können also ihre Körpertemperatur nicht eigenständig regulieren. Deshalb suchen sie morgens die Wärme der Sonne, um ihren in der Nacht abgekühlten Körper aufzuwärmen. So sind sie anschließend flink genug, um tagsüber aktiv auf die Jagd nach allerlei Kleingetier zu gehen. Hierbei stehen Insekten wie Heuschrecken, Käfer und Raupen, aber auch Spinnen besonders hoch im Kurs. Allerdings müssen die Zauneidechsen auch selbst wachsam sein und sich vor Beutegreifern sowie Mardern, Füchsen oder Wildschweinen in Acht nehmen.

Zauneidechsen schützen durch reptilienfreundliche Gartengestaltung! Die Zauneidechse ist eines der häufigsten Reptilien in Österreich und in sämtlichen Bundesländern heimisch. Nichtsdestotrotz ist ihr Bestand im Rückgang begriffen: Auf der Roten Liste Österreichs wird sie in der Kategorie „Gefährdet“ geführt. Verantwortlich dafür ist vor allem der Verlust von Lebensraum und Nahrungsquellen, nicht zuletzt durch Pestizideinsatz, und Hauskatzen.

SÜDTIROL NEWS

Streit um Hallenbad „sprengte“ Gemeinde

Rund 4.751 Wählerinnen und Wähler waren am 21. Mai 2023 aufgerufen, den Bürgermeister und den Gemeinderat von Sand in Taufers neu zu wählen.

Josef Nöckler bleibt mit deutlicher Mehrheit Bürgermeister von Sand in Taufers.

Etwas mehr als zwei Jahre nach den Gemeindewahlen war der Urnengang notwendig geworden, weil im Dezember die Gemeinderäte der Südtiroler Volkspartei dem amtierenden Bürgermeister das Vertrauen entzogen hatten. Auslöser für den Bruch der Koalition von Bürgerliste und Südtiroler Volkspartei war der Streit um das Hallenbad Cascade, das zuvor wegen zu hoher Kosten geschlossen wurde. Seither stand die Gemeinde unter kommissarischer Verwaltung.

Die Bürger mussten nun entscheiden, ob Josef Nöckler von der Bürgerliste „Taufers 2010“ weiterhin Bürgermeister bleiben oder ob Sand in Taufers mit Siegfried Stocker von der Südtiroler Volkspartei einen neuen Bürgermeister bekommen sollte. 1.616 Männer und 1.663 Frauen gaben ihre Stimme ab. Mit 69,01 Prozent lag die Wahlbeteiligung damit rund drei Prozent höher als bei den Wahlen 2020.

Für Nöckler und seine Bürgerliste war der Urnengang ein voller Erfolg. Er konnte sich mit einem deutlichen Vorsprung vor seinem Kontrahenten durchsetzen. Nöckler erhielt 65,4 Prozent der Stimmen, der Gegenkandidat kam auf 34,6 Prozent. Das Regieren dürfte für Nöckler nun wesentlich einfacher werden. Mit elf Sitzen verfügt die Bürgerliste über die absolute Mehrheit im Gemeinderat.

Darauf angesprochen, wie es mit dem Hallenbad Cascade weitergehen soll, sagt Josef Nöckler: „In der Zwischenzeit wurde ein neuer Verwaltungsrat bestellt, der ein umfangreiches Konzept ausgearbeitet hat. Wir werden das Konzept genau analysieren und anschließend im Gemeinderat diskutieren Der Wunsch nach einer Wiedereröffnung besteht, allerdings müssen dafür die nötigen Voraussetzungen vorhanden sein.“

presse@gvcc.net
Mehr Infos beim Südtiroler Gemeindenverband

PERSONALIA

Franz Rupp
1938–2023

HÖFLEIN // Der ehemalige Bürgermeister von Höflein (Bezirk Bruck an der Leitha) und Landtagsabgeordnete Franz Rupp ist Mitte August im 86. Lebensjahr verstorben. Der Bauernsohn Rupp war einer der ersten niederösterreichischen Landwirtschaftsmeister und zog bereits 1965, als 27-Jähriger, in den Höfleiner Gemeinderat ein.
1975 wurde er Bürgermeister und blieb es bis 2005. Als Obmann des ÖVP-Hauptbezirks und der Bezirksbauernkammer war Rupp ein geachteter und engagierter Anwalt seiner Region.

1981 zog er in den Landtag ein und blieb hier als Sprecher in Agrar- und Kommunalfragen bis 1993 tätig.
Rupp fasste auch bald in der kommunalen Interessensvertretung Fuß, wurde 1985 GVV-Bezirksobmann von Bruck, 1988 Landesobmann-Stellvertreter des GVV (der Gemeindevertreterverband wurde 2016 in nö. Gemeindebund umbenannt) und 1992 Landesobmann (nach der Umbenennung der Funktion ab 1996 Präsident). Dies blieb er bis 2001. Von Rupps Verbandsführung blieben vor allem zwei Fakten bzw. Entwicklungen über: die Abschaffung der von den Gemeinden zu entrichtenden Landesumlage sowie organisatorisch die Übersiedlung des GVV im Jahr 2000 von Wien nach Sankt Pölten.
Im April 2023 hatte Rupp noch seinen 85. Geburtstag gefeiert, dabei wurde auch das Werk „Meine Lebenserinnerungen – Eine persönliche Rückschau von Franz Rupp“, das seine Enkelin Johanna Maurer verfasst hat, präsentiert.

QUELLEN // NÖN / NÖ Gemeinde

Manfred Schaffer ist
der neue Bürgermeister

BAD BLUMAU // Der seit April 2023 vorbereitete Bürgermeister-Wechsel in Bad Blumau wurde mittlerweile durchgeführt. Manfred Schaffer wurde mehrheitlich zum neuen Bürgermeister sowie Vorgängerin Andrea Kohl mehrheitlich zur neuen Vizebürgermeisterin gewählt.
Schaffer hat es sich zum Ziel gesetzt, „die Gemeinde noch lebens- und liebenswerter zu gestalten“. „Wir werden mit allen zusammenarbeiten und das Miteinander zum Wohle der positiven Entwicklung von Bad Blumau in den Vordergrund stellen“, versicherte er.

QUELLE // www.meinbezirk.at/hartberg-fuerstenfeld/ vom 4.8.2023

EHRUNGEN

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 22. MAI 2023 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. ALEXANDER VAN DER BELLEN VERLIEHEN:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Otto Strazl, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Kopfing am Innkreis, OÖ.

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 24. JULI 2023

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

Anneliese Lindner, ehem. Gemeinderätin der Marktgemeinde Pabneukirchen, OÖ.

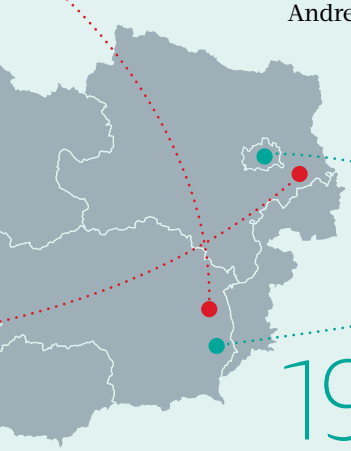
TERMINE

11-12/September

14. Österreichischer Radgipfel

Unter dem Motto „Ghörige Radkultur“ wird Radfahren als gesunde, klimaschonende Mobilitätsform aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und geht dabei über Grenzen – in geografischer wie auch in physischer, kultureller und sozialer Hinsicht. Eingeladen sind Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung sowie Vertreter:innen von NGOs. Am zweiten Tag der Konferenz wird die Veranstaltung für einen allgemein und kostenlos zugänglichen Vortrag des in Hohenems geborenen Meteorologen und Klimaexperten Andreas Jäger geöffnet..

https://radgipfel2023.at/
Ort: . Hohenems / Vorarlberg



19/Oktober

Bundeskongress kommunale Verkehrssicherheit

Ziel des Bundeskongresses kommunale Verkehrssicherheit ist es, möglichst viele am Thema Verkehrssicherheit Interessierte über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Vertreter:innen von Gemeinden und Städten sollen ebenso angesprochen werden wie Planer:innen und Behördenvertreter:innen.
Themen des diesjährigen fünften Bundeskongresses sind unter anderem Verkehrsüberwachung in Gemeinden, Rechtsabbiegen bei Rot für Fahrräder und Verkehrsberuhigung durch bauliche Gestaltungen.

http://www.fsv.at/veranstaltungen
Ort: Renaissance Hotel Wien

ÖSTERREICHISCHE BAUTAGE

07-09/November

Bautage 2023: „Bauen wir die Zukunft“

Die Bauwirtschaft ist mit großen Herausforderungen konfrontiert, die ein Umdenken in der Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette BAU erfordern. Bei diesem Veränderungsprozess wird kein Stein auf dem anderen bleiben. Bereiten Sie sich und Ihr Unternehmen darauf vor.
Die Bautage unterscheiden sich aus mehreren Gründen von den üblichen Kongressen der Baubranche. Mit Loipersdorf wurde eine ruhige Location im Südosten Österreichs gewählt – ein idealer Rückzugsort für alle Besucher der Bautage, die dem Stress des Arbeitsalltags entfliehen und die Zukunft auf dem Bau und rund um den Bau in entspannter und persönlicher Atmosphäre mitgestalten möchten.
Die Veranstalter der Österreichischen Bautage haben es sich zur Aufgabe gemacht, wahre Vorausdenker und Innovatoren als Speaker einzuladen. Nur so kann der Bautage-Kongress seinen Besuchern den Mehrwert bieten, den sich die Veranstalter zum Ziel gesetzt haben. Ein Mehrwert, den die Besucher wiederum ihren Kunden weitergeben können.

www.bautage.at
Ort: Congress Center Loipersdorf

FOTOS/ Österreichischer Gemeindebund

DAS BESTE ZUM SCHLUSS

Superlative aus Österreichs Gemeinden

Österreichs Gemeinden können mit einer Vielzahl an Einzigartigkeiten aufwarten. Manche davon sind gar Europa- oder Weltrekorde.

FOTO // gemeinfrei

Gustav Klimts letztes Porträtgemälde „Dame mit Fächer“ entstand 1917 in seinem Atelier in der Bundeshauptstadt **Wien**. Ende Juni wurde es um 99,57 Millionen Euro in London versteigert. Das ist der **höchste je für ein Kunstwerk in Europa erzielte Kaufpreis**.

Teuerstes Kunstwerk in Europa

In der oberösterreichischen Marktgemeinde **Bad Wimsbach-Neydharting** befindet sich das **älteste noch in Betrieb befindliche Moorbad der Welt.** In der im Jahr 1364 erstmals urkundlich erwähnten Heilanstalt war einst auch Paracelsus zur Kur.

FOTO // Linie29 CC BY-SA 4.0

Ältestes, existierendes Moorbad der Welt

Die oberösterreichische Landeshauptstadt **Linz** ist **Österreichs Gemeinde mit dem höchsten CO_2-Ausstoß** – sowohl pro Kopf als auch in absoluten Zahlen. Hauptverantwortlich dafür ist die Industrie, allen voran die Voestalpine AG.

FOTO // Wirthi CC BY-SA 3.0

Höchster CO_2-Ausstoß Österreichs

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstraße 6, 2. Stock, 1010 Wien
Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77,
E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
www.kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88;
Mag. Hans Braun – DW 516 (Chefredaktion), hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl – DW 515, helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak – DW 537, andreas.hussak@kommunal.at

Adressverwaltung Adrijana Fetaji – DW 518, leserservice@kommunal.at
oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:
http://kommunal.at/leserservice/

Grafik Thomas Max – DW 542
thomas.max@kommunal.at
Fotos stock.adobe.com; www.bilderbox.at, Fotos Mitarbeiter Gemeindebund: Philipp Monihart

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88;
Martin Pichler (Leitung) – DW 511, martin.pichler@kommunal.at;
Martin Mravlak – DW 528, martin.mravlak@kommunal.at;
Oliver Vogel – DW 512
oliver.vogel@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Wolfgang Schneider (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl;
Druckauflage KOMMUNAL: 33.445
(Jahresdurchschnitt 2022)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung
Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

ÖAK

PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
PEFC
www.pefc.org

Der Beschaffungsprozess für Gemeinden kann auch ganz einfach funktionieren.
Durch die unkomplizierte Bestellung aus unserem umfangreichen Sortiment und dem sicheren Kauf auf Rechnung.

KOMMUNALBEDARF.AT ist der Online Marktplatz mit **über 1 MIO. Artikeln für den kommunalen Bedarf.**

Erstellen Sie ein kostenloses Kundenkonto und **sichern Sie sich mit dem Gutscheincode KWF23 einen Rabatt von 5 % auf Ihre Bestellung.**

KOMMUNALBEDARF.AT

Einfach. Alles. Beschaffen.

Mehr Natur für unsere Gewässer

Gut für uns alle!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BML ILLUSTRATION: © BML/ZENZ

Bundesministerium
Land- und Forstwirtschaft,
Regionen und Wasserwirtschaft

Unsere Flüsse brauchen wieder mehr Raum und Vielfalt. Schaffen Sie in Ihrer Gemeinde wieder lebendige Flusslandschaften und erhöhen dadurch die Lebensqualität Ihrer Bürgerinnen und Bürger. Holen Sie sich bis zu **98 % Förderung** für Ihr Renaturierungsprojekt! Es zahlt sich aus!
Alle Förderinfos:
www.bml.gv.at/gewaesseroekologie-gemeinde